

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Bert Rürup/Werner Sesselmeier

Die demographische Entwicklung Deutschlands:
Risiken, Chancen, politische Optionen

Gerhard Bäcker

Im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand

Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer zwischen
demographischem Wandel und anhaltender Arbeitslosigkeit

Malte Ristau/Petra Mackroth

Latente Macht und neue Produktivität der Älteren

Klaus-Peter Schwitzer

Alte Menschen in den neuen Bundesländern
Das andere deutsche Alter

B 44/93

29. Oktober 1993

Bert Rürup, Dr. Dr. h. c., geb. 1943; Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft an der TH Darmstadt; mehrere Rufe an in- und ausländische Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Bücher, Gutachten und Aufsätze zu Fragen und Problemen der öffentlichen Planung und Effizienzkontrolle, der Steuer- und Finanzpolitik, der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, sektoraler Wandlungsprozesse sowie insbesondere Konsequenzen des ökonomischen, technologischen und demographischen Wandels für das System der sozialen Sicherung.

Werner Sesselmeier, Dr. rer. pol., geb. 1961; Studium der Volkswirtschaftslehre in Regensburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TH Darmstadt.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Gregor Blauermel) Arbeitsmarkttheorien: Ein Überblick, Physica-Lehrbuch, Heidelberg 1990; (Hrsg.) Der Arbeitsmarkt – Probleme, Analysen, Optionen, Probleme der Einheit Band 1, Marburg 1991; Gewerkschaften und Lohnfindung. Zur arbeitsmarkt- und gewerkschaftstheoretischen Analyse flexibler Lohnstrukturen, Heidelberg 1992; (zus. mit Bert Rürup) Einwanderung: Die wirtschaftliche Bedeutung, in: F. Balke u. a. (Hrsg.) Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt am Main 1993.

Gerhard Bäcker, Dr. rer. pol., geb. 1947; wissenschaftlicher Referent für Sozialpolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Reinhard Bispinck/Klaus Hofemann/Gerhard Naegele) Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., Köln 1989; (zus. mit Gerhard Naegele) Alternde Gesellschaft und Erwerbstätigkeit, Köln 1993; (Hrsg. zus. mit Brigitte Stolz-Willig) Kind, Beruf, Soziale Sicherung, Köln 1993.

Malte Ristau, geb. 1952; Studium der Geschichte, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Münster; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Planungsstab des SPD-Parteivorstandes, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Susanne Miller) Erben deutscher Geschichte, Reinbek 1988; Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992; (zus. mit Petra Mackroth) Produktivität eines neuen Alters: Lebensziele, Märkte und Produkte, in: Hans-Ulrich Klose (Hrsg.), Altern hat Zukunft. Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsdynamik, Opladen 1993.

Petra Mackroth, Diplom-Soziologin, geb. 1956; Studium der Soziologie in Frankfurt am Main; Leiterin des Referats Seniorenpolitik/Demographischer Wandel beim SPD-Parteivorstand, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautorin) Arbeits- und Lebensbedingungen als Gegenstand handlungsorientierten Lernens, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1988; (zus. mit Malte Ristau) Produktivität eines neuen Alters. Lebensziele, Märkte und Produkte, in: Hans-Ulrich Klose (Hrsg.), Altern hat Zukunft. Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsdynamik, Opladen 1993.

Klaus-Peter Schwitzer, Dr. sc. phil., geb. 1946; bis zur Abwicklung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR Forschungsgruppenleiter; seit Januar 1992 Beschäftigung im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) in den neuen Ländern.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor) Lexikon der Sozialpolitik, Berlin 1987; Sozialreport '90, Berlin-Bonn 1990; Aiding and Aging, New York-Westport-London 1990; (Mithrsg. und Mitautor) Altenreport 1992. Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern, Berlin 1993.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die demographische Entwicklung Deutschlands: Risiken, Chancen, politische Optionen

I. Einleitung

Der Begriff des Alters bzw. der älter werdenden Gesellschaft unterliegt in den meisten Fällen einer kryptonormativen negativen Wertung – und dies, obgleich Älterwerden nicht nur Krankheit, Einsamkeit, Armut, sondern auch in steigendem Maße mehr Erfahrung, mehr Sicherheit, mehr Freiheit und mehr Autonomie bedeuten kann.

Die demographische Entwicklung Deutschlands birgt folglich Chancen und Risiken für Bevölkerung, Gesellschaft und Wirtschaft, die rechtzeitig im politischen Willensbildungsprozeß erkannt und kanalisiert werden müssen. Grundlage der folgenden Argumentation sind die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahre 2030. Im Anschluß an die Präsentation der wichtigsten Befunde sollen vier Probleme, die im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung als besonders relevant anzusehen sind, näher analysiert werden: der Arbeitsmarkt, die Bedeutung des steigenden Durchschnittsalters der Gesellschaft für die Konsum- und Dienstleistungssphäre, die Vermögenssituation der Älteren und die Auswirkungen auf die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV). Die verschiedenen Chancen, Risiken und politischen Optionen werden zunächst für jeden Bereich einzeln diskutiert. Auf eventuelle Interdependenzen wird in einem abschließenden Kapitel eingegangen.

II. Die demographische Entwicklung in Deutschland bis zum Jahre 2030

In erster Linie ist hier auf die Resultate der siebten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der statistischen Ämter der Länder und des Bundes¹

1 Vgl. Bettina Sommer, Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. Ergebnis der siebten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, in: *Wirtschaft und Statistik*, (1992) 4, S. 217–222.

hinzuweisen. Diese Projektion stellt in bezug auf das Endergebnis für das Jahr 2030 eine mittlere Variante dar, verglichen mit den zwei ebenfalls wichtigen, neuen Studien, die eine von Manfred Thon², die als optimistische Variante bezeichnet werden kann, die andere von Günter Buttler³, der mit eher pessimistischen Resultaten aufwartet.

Die Hypothesen zur Bevölkerungsentwicklung beziehen sich vor allem auf drei Größen: die Geburtenentwicklung, die Sterblichkeitsrate und die Außenwanderung. Unter der Annahme einer weitgehenden Anpassung der Menschen in den neuen Bundesländern an die Verhaltensweisen im früheren Bundesgebiet hinsichtlich des Geburtenniveaus und der Lebenserwartungen – das derzeitige extreme Absinken der Geburtenrate wird man als ein temporäres „Überschießen“ ansehen können – ergibt sich ein für den Zeitraum 1990 bis 2030 kumulierter Überschuß der Sterbefälle über die Geburten von knapp 14 Millionen. Unter Ausschluß von Wanderungsbewegungen und bei gleichbleibenden Geburten- und Sterbeziffern würde sich somit eine Verringerung der Bevölkerung in Gesamtdeutschland von rund 80 Millionen (1990) auf gut 63 Millionen Einwohner (2030) ergeben⁴. Die Annahme über eine langfristige Angleichung der Lebensgewohnheiten ostdeutscher Bürger an die der westdeutschen wird allerdings durch kurzfristige Schocks, über deren Dauer keine Aussagen möglich sind, stark relativiert⁵. So lassen sich für die letzten drei Jahre dramatische Einbrüche bei den Geburten und Eheschließungen in den neuen Bundesländern feststellen, die auch im langfristigen historischen Vergleich als extrem hoch bezeichnet werden müssen. Zwar sind diese

2 Vgl. Manfred Thon, Perspektiven des Erwerbspotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (MittAB)*, (1991) 4, S. 706–712.

3 Vgl. Günter Buttler, *Der gefährdete Wohlstand. Deutschlands Wirtschaft braucht die Einwanderer*, Frankfurt am Main 1992.

4 Vgl. B. Sommer (Anm. 1), S. 218; M. Thon (Anm. 2), S. 708.

5 Vgl. Wolfgang Zapf/Steffen Mau, Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? Dramatischer Rückgang von Geburten, Eheschließungen und Scheidungen, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*, (1993) 10, S. 1–5.

Veränderungsraten stark gesunken, aber es blieb beim Rückgang. So belief sich der Geburtenrückgang von 1990 bis 1991 auf 40 Prozent und der von 1991 bis 1992 auf 19 Prozent. Analog entwickelte sich der Rückgang der Eheschließungen von 50 auf 5 Prozent. Wichtig für die im folgenden skizzierten Prognosen ist deshalb die Annahme, daß diese kurzfristigen Einbrüche „nur“ das Ergebnis individuellen Verhaltens aufgrund der dramatischen gesellschaftlichen Umwälzungen darstellen, sich aber nicht zu langfristigen Verhaltensweisen stabilisieren werden.

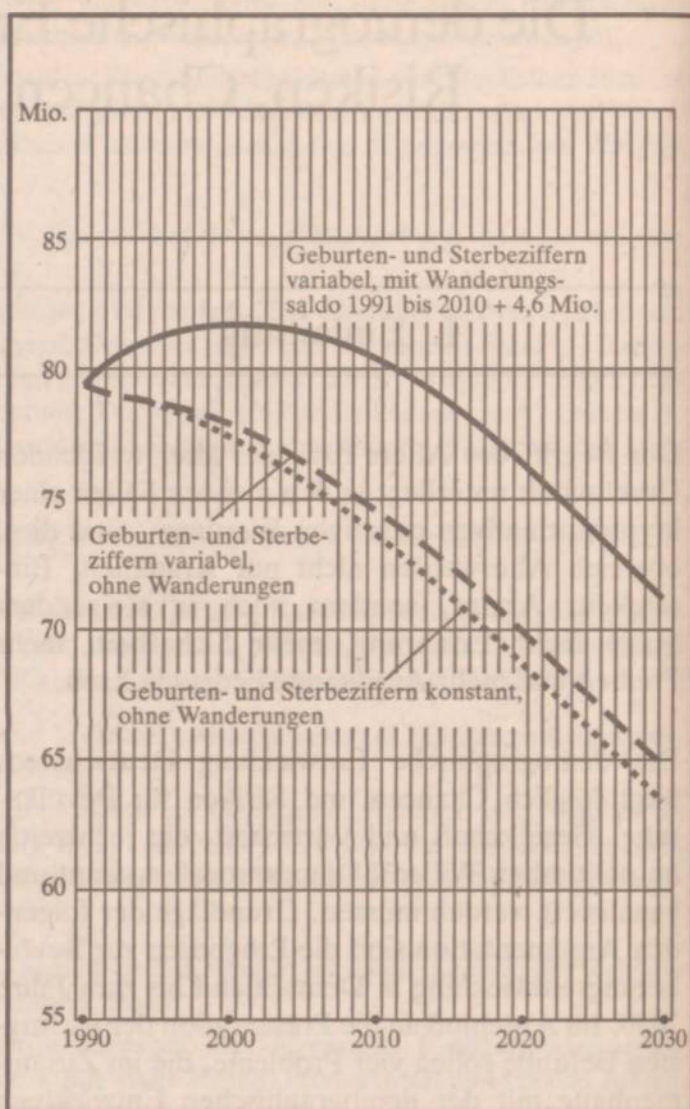
Neben dieser rein demographischen Komponente muß der Einfluß von Wanderungen berücksichtigt werden. Bei der Außenwanderung sind wiederum drei Gruppen zu unterscheiden: die Migrationsbewegungen von Deutschen, Aussiedlern und Ausländern. Insbesondere das Verhalten der Aussiedler sowie die Formen der Migration dürften am schwierigsten abzuschätzen sein⁶. Der Saldo aus Zu- und Fortzügen Deutscher kann insgesamt als ausgeglichen angesetzt werden, so daß der sich ergebende Wanderungssaldo von den beiden anderen Gruppen bestimmt wird. Dabei ist zum einen von einem Abebben des Zuzugs von Aussiedlern bis zum Jahr 2000 und zum anderen von einem bis 2030 anhaltenden, aber sich stark abschwächenden Nettozuzug von Ausländern auszugehen. Insgesamt wird für das vereinte Deutschland im Zeitraum 1990 bis 2030 ein Wanderungsüberschuß von 4,75 Millionen Personen erwartet, von denen rund zwei Drittel Ausländer sind⁷. *Abbildung 1* verdeutlicht, daß dieser Wanderungsüberschuß die oben aufgezeigte demographische Entwicklung nur insoweit beeinflussen kann, als er die Bevölkerungsabnahme in Deutschland hinauszögert und von einem höheren Niveau beginnen läßt. Am generellen Trend ändert der Wanderungsüberschuß jedoch nichts.

Neben der quantitativen Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland ist vor allem deren qualitative Veränderung von Bedeutung. Schließlich hat die Altersstruktur einer Bevölkerung enorme Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und die Leistungsfähigkeit des Sozialversicherungssystems. *Abbildung 2* verdeutlicht den Wandel der Altersstruktur im Prognosezeitraum ausgehend von einer angedeuteten Pyramide hin zu einem pilzförmigen Gebilde.

6 Vgl. Elmar Hönekopp, Ursachen und Perspektiven: Ost-West-Wanderungen, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.), Zuwanderungspolitik der Zukunft, Bonn (1992), S. 23–32.

7 Vgl. B. Sommer (Anm. 1), S. 218.

Abbildung 1: Bevölkerung in Gesamtdeutschland 1990–2030 nach drei Projektionsvarianten in Millionen Personen

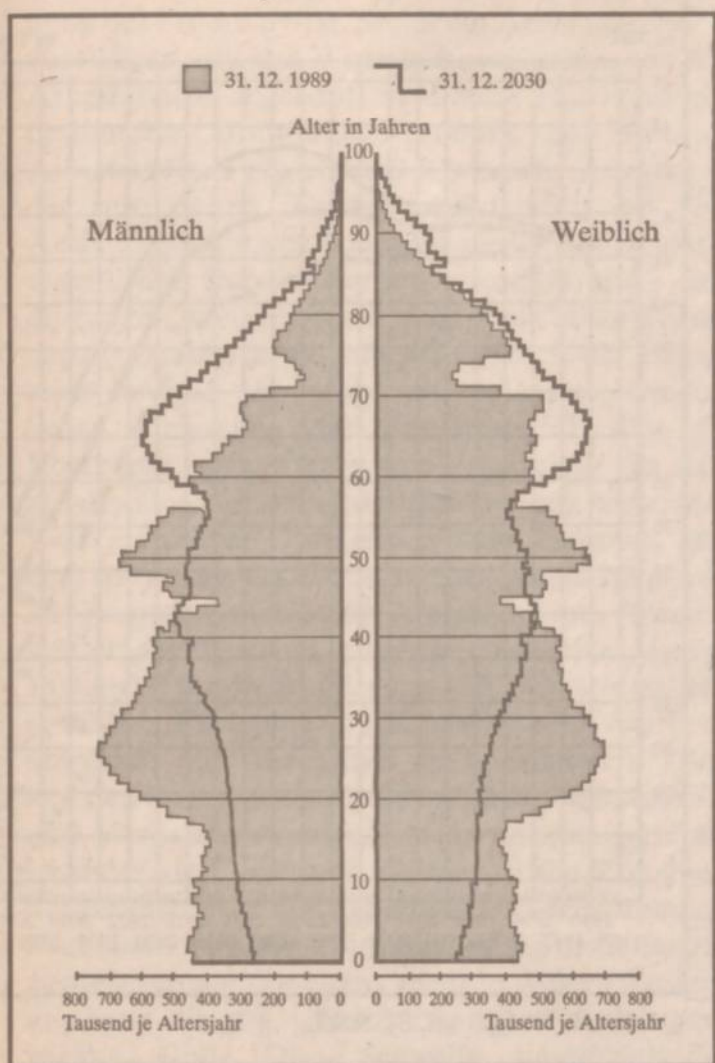


Quelle: M. Thon (Anm. 2), S. 707.

Für das Verhältnis der verschiedenen Altersgruppen bedeutet dies eine nur als dramatisch zu bezeichnende Verschiebung: So betrug der Jugendquotient – das ist der Anteil der unter 20jährigen je 100 20- bis unter 60jährige – 1990 37,4 Prozent. Sein Wert von 35,8 Prozent für das Jahr 2030 zeigt keine starke Belastung für die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter, also die Gruppe der 20- bis unter 60jährigen an. Der Altersquotient dagegen – der Anteil der über 60jährigen an den 20- bis unter 60jährigen – steigt von 35,2 Prozent in 1990 auf 72,7 Prozent für das Jahr 2030; dies bedeutet eine Steigerung um 107 Prozent. Der Gesamtquotient aus Jugend- und Altersquotienten wird 2030 somit 108,5 Prozent betragen. Damit ist die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter auf einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 48 Prozent, d. h. um 10 Prozent gegenüber 1990 gesunken. *Abbildung 3* verdeutlicht diese Entwicklung.

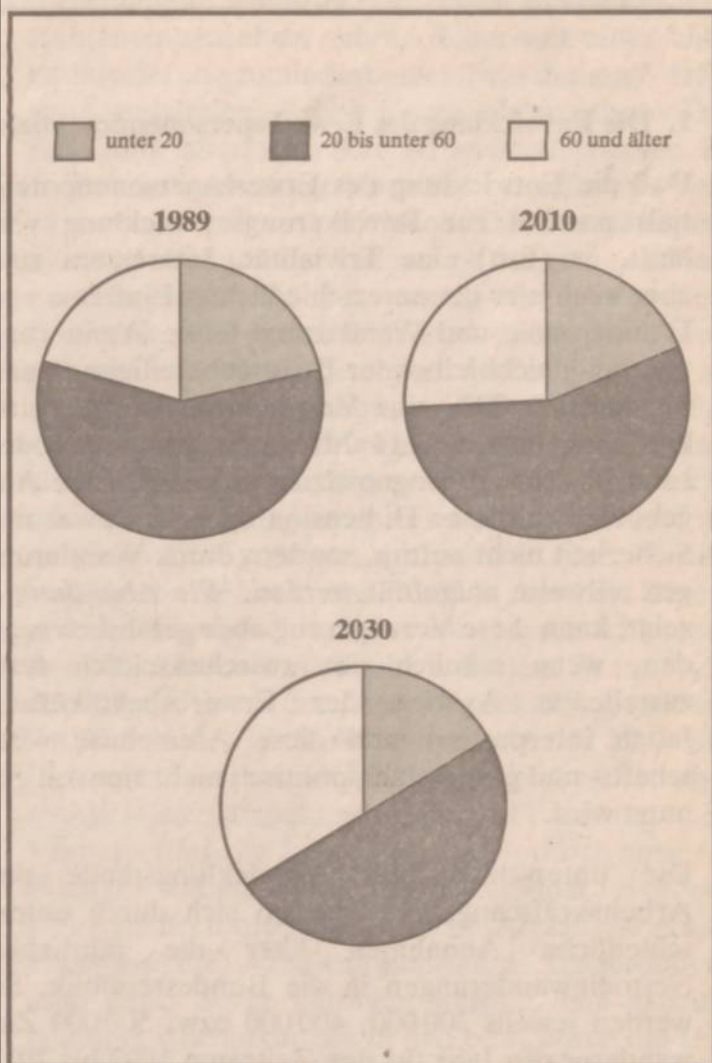
Es bleibt somit festzuhalten, daß der im Reproduktionsverhalten angelegte Bevölkerungsrück-

Abbildung 2: Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990)



Quelle: B. Sommer (Anm. 1), S. 219.

Abbildung 3: Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen (Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990)



Quelle: B. Sommer (Anm. 1), S. 221.

gang in der Bundesrepublik Deutschland durch einen positiven Wanderungssaldo nur verlangsamt wird und mit einer Verschiebung der Altersstruktur einhergeht.

Wie wichtig der Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Einwanderung ist, zeigt *Tabelle 1*, in der die demographische Entwicklung unter drei verschiedenen Annahmen – keine Zuwanderung, konstante Zuwanderung, Bevölkerungskonstanz bewirkende Zuwanderung – berechnet wird.

Diese Entwicklung beeinflusst und verändert die sozioökonomische Situation Deutschlands in allen Lebensbereichen. Eine vorausschauende Politik muß diese Veränderungen analysieren und für sich nutzbar machen. Im folgenden werden deshalb die Auswirkungen und Folgen der Bevölkerungsentwicklung auf die Faktor-, Güter- und Kapitalmärkte sowie auf die gesetzliche Rentenversicherung als relevanter Bereich des Sozialversicherungssystems eingehender betrachtet.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bei verschiedenen Wanderungsannahmen 1990–2050

| Jahr | Bevölkerung in Millionen | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------------|--|
| | ohne Zuwanderung | jährl. Zuwanderung von 250 000 | jährl. Zuwanderung in Mio. zwecks Bevölkerungskonstanz |
| 1990 | 79,1 | 79,1 | 0 |
| 2000 | 77,4 | 80,8 | 0,3 |
| 2010 | 74,0 | 80,1 | 0,4 |
| 2020 | 69,0 | 78,2 | 0,5 |
| 2030 | 62,9 | 75,2 | 0,5 |
| 2040 | 55,8 | 71,2 | 0,6 |
| 2050 | 48,4 | 66,8 | 0,6 |
| Einwanderungen 1990–2050 | | | |
| insgesamt | 0 | 15,0 | 26,5 |

Quelle: Günter Buttler, Deutschlands Wirtschaft braucht Einwanderer, in: Hans-Ulrich Klose (Hrsg.), Altern der Gesellschaft. Antworten auf demographischen Wandel, Köln 1993, S. 63.

III. Die Perspektiven des Arbeitsmarktes

1. Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials

Daß die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials parallel zur Bevölkerungsentwicklung verläuft, ist (fast) eine Trivialität. Interessant sind aber auch hier die unterschiedlichen Einflüsse von Demographie und Wanderung. Ohne Wanderung und bei gleichbleibender Erwerbsbeteiligung kann für das Jahr 2030 eine Verringerung des Arbeitskräfteangebots um 14 Millionen Personen oder rund 30 Prozent prognostiziert werden⁸. Eine Angebotslücke dieser Dimension wird sich zwar mit Sicherheit nicht auftun, sondern durch Wanderungen teilweise aufgefüllt werden. Wie *Abbildung 4* zeigt, kann diese Verzögerung aber gefährlich werden, wenn nämlich der zwischenzeitlich festzustellende Anstieg der Erwerbsbevölkerung falsch interpretiert und diese Atempause wirtschafts- und gesellschaftspolitisch nicht sinnvoll genutzt wird.

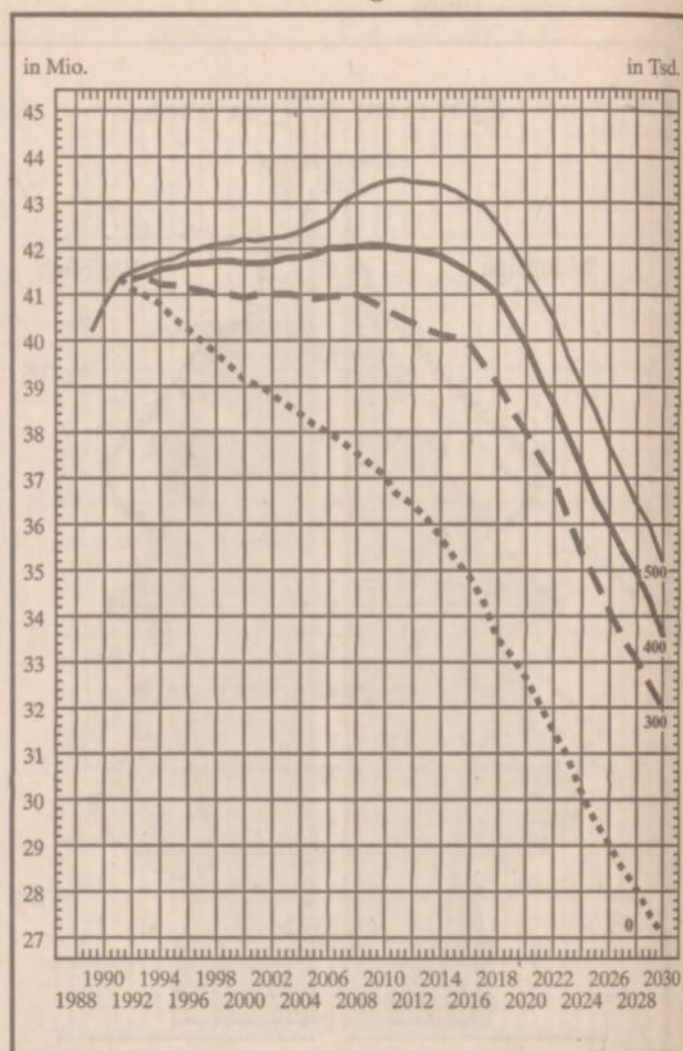
Die unterschiedlichen Entwicklungspfade des Arbeitskräfteangebots ergeben sich durch unterschiedliche Annahmen über die jährlichen Nettoeinwanderungen in die Bundesrepublik. So werden jeweils 300 000, 400 000 bzw. 500 000 Zuwanderer pro Jahr für den Zeitraum 1992 bis 2017 unterstellt⁹. Deutlich wird, daß je nach Variante zwischen den Jahren 2012 und 2022 das Niveau des derzeitigen Arbeitskräfteangebots in zunehmendem Maße unterschritten wird.

Insgesamt ist demnach für die nächsten 40 Jahre ein starker Rückgang der Bevölkerung allgemein und des Erwerbspersonenpotentials im besonderen – verbunden mit einer gleichzeitigen Änderung im Altersaufbau – zu konstatieren.

2. Kompensationsmöglichkeiten des Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials

Die im vorangegangenen Abschnitt aufgezeigten Veränderungen hinsichtlich Umfang und Struktur des Erwerbspersonenpotentials verlangen Kompensationsmöglichkeiten. Vier das Arbeitsleben sowohl qualitativ als auch quantitativ unterschied-

Abbildung 4: Entwicklung des Arbeitskräfteangebots bei unterschiedlicher Zuwanderung



Quelle: B. Hof (Anm. 8), S. 17.

lich beeinflussende Alternativen sollen zunächst einzeln diskutiert werden. Daran anschließend ist zu fragen, ob diese Möglichkeiten einen eher substitutiven oder komplementären Charakter aufweisen.

Ausgangspunkt der Analyse stellt die folgende Gleichung dar: $Y_r^n = AV^n * P_A^n$. Das reale Volkseinkommen (Y_r^n) ist immer das Produkt aus Arbeitsvolumen (AV^n) und Produktivität (P_A^n). Die Produktivität stellt eine Funktion von Qualifikation, Kapitalintensität, Arbeitsorganisation, Motivation, sozialem Frieden dar. Das Arbeitsvolumen seinerseits kann weiter zerlegt werden: $AV^n = A^n * T^n$ und ist somit das Produkt aus der Anzahl der Arbeitnehmer (A^n) und der Arbeitszeit (T^n). Die Zahl der „aktiven“ Arbeitnehmer ist die Differenz aus Erwerbspersonen (EP^n) und Arbeitslosen (AL^n), wobei bei letzteren zwischen den offiziell registrierten Arbeitslosen und der stillen Reserve unterschieden werden muß. Ferner erweist es sich als notwendig, diese Größen noch geschlechtsspezifisch zu separieren. Daraus folgt: $Y_r^n = [(EP_{männl}^n - AL_{männl}^n) + (EP_{weibl}^n - AL_{weibl}^n)] * T^n * P_A^n$.

⁸ Vgl. Bernd Hof, Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft, Arbeitsmarktchancen für Zuwanderer, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Anm. 6), S. 17; M. Thon (Anm. 2), S. 709; s. a. den Beitrag von Gerhard Bäcker in diesem Heft, Kapitel III.

⁹ Vgl. B. Hof (Anm. 8), S. 18.

a) Steigerung der Arbeitsproduktivität

Das erste Argument zur Kompensation eines sinkenden Erwerbspersonenpotentials lautet: Erhöhung der Produktivität. Steigt die Arbeitsproduktivität stärker als das Wirtschaftswachstum, werden Arbeitsplätze abgebaut, in diesem Fall kann ein bestimmtes Bruttoinlandsprodukt mit weniger Arbeitskräften erwirtschaftet werden. Angesichts der sehr hohen Wettbewerbsintensität auf den Auslandsmärkten und der sehr starken binnenwirtschaftlichen Importsubstitutionskonkurrenz – Bedingungen, von denen seit langem ein hoher Rationalisierungsdruck ausgeht – ist jedoch der Erfolg einer bewußt demographisch motivierten zusätzlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität als Kompensationsstrategie wenig realistisch. So sind aus der jüngsten Arbeitsmarktforschung besonders zwei empirische Zusammenhänge bekannt, die eine stärker als das Wirtschaftswachstum steigende Arbeitsproduktivität zum Ausgleich eines Arbeitskräftemangels kaum möglich erscheinen lassen: Erstens ist für die Bundesrepublik Deutschland ein paralleler Rückgang der Zuwachsraten von Produktivität und Wachstum zu konstatieren. Dies legt den Schluß nahe, daß Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum nicht unabhängig voneinander sind, und vor allem, daß die Zunahme der Produktivität der Zunahme des Sozialprodukts über einen längeren Zeitraum hinweg nicht davonzueilen vermag. Zweitens spielt in diesem Zusammenhang die sog. „Beschäftigungsschwelle“ eine wichtige Rolle. Diese Schwelle quantifiziert die Wachstumsrate, die einen neutralen Beschäftigungseffekt zur Folge hat. Liegt das Wachstum über (unter) der „Beschäftigungsschwelle“, steigt (sinkt) die Zahl der Beschäftigten. Für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich in den letzten 30 Jahren eine stetige Senkung der Beschäftigungsschwelle. Dies bedeutet, daß positive Beschäftigungseffekte mit immer niedrigeren Wachstumsraten erreicht werden konnten und können, was wiederum bedeutet, daß der Faktor „Arbeit“ in der Zukunft zu einer das Wirtschaftswachstum limitierenden Größe werden könnte.

b) Erhöhung der Lebensarbeitszeit

Betrachtet man die durchschnittliche Lebenserwartung von 72,5 Jahren sowie die Projektion eines Anstiegs eben dieser Lebenserwartung auf 74,2 Jahre bei Männern bis zum Jahr 2000¹⁰, so ergibt sich die Frage nach einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit für männliche Arbeitnehmer nahezu von selbst. Darüber hinaus zeigt sich, daß die Menschen nicht nur älter werden, sondern – in den meisten Fällen – auch in Grenzen noch ge-

sundheitlich belastbar sind. Gleichwohl ist parallel zu dieser Entwicklung eine hohe Zahl an Frühverrentungen aufgrund zu starker beruflicher Beanspruchungen festzustellen. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters müßte daher mit einer Umstrukturierung zumindest eines Teils der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze einhergehen. Die Schaffung altersgerechter Arbeitsbedingungen ist somit eine notwendige Voraussetzung für eine Verlängerung der Erwerbstätigkeit. Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer kann nicht dadurch gesichert werden, daß die Altersgrenze in der GRV sukzessive nach oben verschoben wird. Denn die Unternehmen werden bei genügend großer Auswahl an Arbeitskräften versuchen, nur die leistungsfähigsten Älteren auf ihren angestammten Arbeitsplätzen länger zu beschäftigen. Für einen nur durchschnittlich Leistungsfähigen wird es in diesem Fall zu einem *down-grading*, d. h. auch zu einer Herabstufung des Einkommens kommen, bzw. die Unternehmen werden diesen Arbeitnehmern schlechter bezahlte Nebenerwerbsjobs anbieten. Wenn eine derartige, sich aus dem einzelwirtschaftlich rationalen Kalkül der Unternehmer ergebende Entwicklung verhindert werden soll, muß die bevölkerungs- und gesellschaftspolitisch richtige Forderung nach Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch entsprechende Rahmenbedingungen ergänzt werden. Dazu gehören die tarifrechtliche Absicherung und altersgerechte Arbeitsorganisation. Insbesondere muß dafür Sorge getragen werden, daß arbeitsbedingte Erkrankungen in den bzw. durch die Unternehmen verringert werden. Dieses arbeitsmarktpolitische Ziel ließe sich vielleicht dadurch erreichen, daß den Arbeitgebern einerseits gewisse Steuererleichterungen bei der Beschäftigung von über 50jährigen gewährt, sie jedoch andererseits stärker als bisher an den Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen beteiligt werden.

Zu fragen ist, ob eine Lebensarbeitszeitverlängerung auch tatsächlich den Wünschen und Bedürfnissen der davon betroffenen Menschen entspricht – eine Frage, die sich nicht eindeutig beantworten läßt: Weder eine schablonenhafte Verlängerung der Erwerbstätigkeit noch die Fortschreibung des in den letzten Jahren zu beobachtenden vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben kann eine für alle älteren Erwerbspersonen befriedigende Entwicklung darstellen. Daher erscheint die Gestaltung von Wahlmöglichkeiten für Ältere sinnvoll, wobei sowohl ökonomische als auch soziale Belange berücksichtigt werden müssen. Für die Akzeptanz einer verlängerten Lebensarbeitszeit ist es wichtig, den Stellenwert der Arbeit als fundamentaler Lebensbestandteil stärker bewußt zu machen. Aus biographischer Perspektive hat eine frühe Berufsaufgabe zur Folge, daß sich die

¹⁰ Vgl. M. Thon (Anm. 2), S. 675.

Altersphase im Vergleich zur Erwerbsphase und zum gesamten Lebenslauf immer mehr ausdehnt und damit „dominant“ wird. Statistisch beträgt die Altersphase bei Männern derzeit 19, bei Frauen 23 Jahre. Die in der eigentlichen Erwerbsarbeitsphase verbrachte Zeit liegt damit gegenwärtig schon deutlich unter der erwerbsfrei verbrachten Lebenszeit. Vor diesem Hintergrund ist die Bewertung einer weiteren Ausdehnung der Altersphase, eine Vorverlegung des Renteneintrittsalters, als „soziale Errungenschaft“ zu revidieren. Die Aufgabe der Zukunft wird es sein, eine verlängerte Erwerbsphase altersadäquat zu gestalten.

Beachtet man die Rekrutierungslogik innerbetrieblicher Arbeitsmärkte und die Einstellungsmuster der unternehmerischen Personalpolitik, so sind die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer ungeachtet der demographischen Entwicklung nicht als günstig zu beurteilen. Die Betriebe sind aus vielerlei Gründen nicht an alternden Belegschaften interessiert. Ältere werden nur dann eingestellt oder gehalten, wenn keine anderen Kompensationsmöglichkeiten gesehen werden. Darauf deutet die selbst in ausgesprochenen Wachstumsbranchen mit steigenden Beschäftigungszahlen zu beobachtende vorzeitige Ausgliederung Älterer bzw. die jugendzentrierte Einstellungspolitik hin. Die Betriebe werden sich im Zweifelsfall erst um jüngere weibliche Arbeitskräfte bemühen, bevor sie eine Ausweitung der Alterserwerbstätigkeit in Betracht ziehen, von der auch nur diejenigen Älteren profitieren dürften, die über ein durchschnittlich hohes Qualifikations- und Flexibilitätpotential sowie über eine gute psychische und physische Konstitution verfügen.

c) Erhöhung der Frauenerwerbsquote

Neben der Erhöhung der Lebensarbeitszeit muß also eine Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit ins Auge gefaßt werden. Betrachtet man die Frauenerwerbsquote der alten Bundesrepublik im internationalen Vergleich und betrachtet man die unterschiedliche Entwicklung in den beiden ehemaligen deutschen Staaten sowie die durchschnittliche Lebenserwartung von 79 Jahren bei Frauen¹¹ (Männer: 72,5), so zeigt sich auch hier ein nicht zu unterschätzender gesellschaftspolitischer Spielraum: Bis zur Jahrtausendwende wird sich die Zahl der „aktiven Erwerbspersonen“ durch die verstärkte Frauenerwerbstätigkeit voraussichtlich um etwa eine halbe Million erhöhen, ab 2010 dürfte das weibliche Erwerbspersonenpotential weitgehend ausgeschöpft sein. Allerdings müßten dann wesentlich mehr Frauen als bisher in Männerberufen tätig werden. Ausbildungsberufe, in denen es

1977 weniger als 20 Prozent weibliche Auszubildende gab, gelten als Männerberufe. Die bisherige Entwicklung ist eher ambivalent.

Insgesamt gesehen ist also ein gewisses „Frauenpotential“ vorhanden, das zur Steigerung der Erwerbspersonenzahl mobilisiert werden könnte und sollte. Allerdings dürfen dabei zwei Punkte nicht übersehen werden: Erstens verringert eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote das demographische Problem nur für eine gewisse Zeitspanne, da die Altersstruktur der Frauen äquivalent zu der der Gesamtbevölkerung ist. Zweitens erscheint eine Ausweitung der Frauenerwerbsquote etwa entsprechend skandinavischen Verhältnissen aus politischen und finanziellen Gründen nicht realisierbar. Die mit den skandinavischen Zahlenwerten verbundene Professionalisierung verschiedenster Pflege- und Betreuungsaufgaben wird in der Bundesrepublik nicht durchsetzbar sein. Insgesamt dürfte sich das Frauenerwerbspotential bis zur Jahrtausendwende um ungefähr eine Million erhöhen¹².

Zukünftig wird auch dem Thema ältere Arbeitnehmerinnen unter dem Blickwinkel ihrer Beschäftigungsförderung mehr Aufmerksamkeit zu widmen sein, denn deren Erwerbsquoten steigen in den relevanten Altersklassen überdurchschnittlich an. Zudem überwiegt die Neigung, möglichst bis zur Altersgrenze im Erwerbsleben bleiben zu wollen, und zwar insbesondere um eine ausreichende eigene soziale (Alters-)Sicherheit zu erlangen. Aufgrund der höheren Humankapitalinvestitionen der besser ausgebildeten Frauen steigt ihr Interesse an einem längerfristigen und qualifizierteren Berufsverlauf. Zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen der mittleren Altersgruppen müßten in das Instrument des Arbeitsförderungsgesetzes zusätzliche motivationale Anreize (u.a. finanzielle Förderung, Beratung und sozialpädagogische Betreuung) eingebaut werden. Bei der Konzeption von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ist auf die speziellen Lernbedürfnisse und -erfahrungen dieser zumeist eher bildungsungewohnten Frauen Rücksicht zu nehmen, indem z.B. eine „Verschulung“ vermieden wird und stärker anwendungsorientierte Kurse angeboten werden.

Auch eine Ausweitung der Beschäftigung von Frauen in den mittleren und oberen Altersgruppen wirft spezielle Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf: Aufgrund der zunehmenden Zahl von älteren Menschen wird dieser Personenkreis vermehrt berufliche Anforderungen mit familiären Pflegeverpflichtungen zumeist gegenüber den eige-

11 Vgl. B. Sommer (Anm. 1), S. 217.

12 Vgl. B. Hof (Anm. 8).

nen Eltern bzw. Schwiegereltern in Übereinstimmung bringen müssen. Daher gilt es, zusätzliche Arrangements zu treffen, die sich insbesondere auf einen flexiblen Arbeitseinsatz bzw. auf variable Arbeitszeitgestaltung sowie auf konkrete Beratungs- und Unterstützungsangebote (z.B. in Kombination mit sozialen Diensten) beziehen sollten. In der Bundesrepublik gibt es hierzu erst sehr wenige Modelle. Zu denken wäre in diesem Kontext an gesetzliche Regelungen, z.B. in bezug auf die Möglichkeit eines „Pflegerurlaubs“ sowie dessen sozialversicherungsrechtliche Absicherung.

d) Gezielte Einwanderungspolitik

Die vierte Möglichkeit zur Bekämpfung der demographischen Arbeitsangebotslücke ist in einer bewußt gesteuerten Einwanderungspolitik zu sehen. Betrachtet man die Entwicklung der Ausländerbevölkerung und -beschäftigung in der alten Bundesrepublik seit 1973 sowie die Aufenthaltsdauer der verschiedenen Ausländergruppen, so wird deutlich, daß der Zuzug von Ausländern bei der Lösung demographischer Probleme kein neuer Tatbestand ist. Auch in den eingangs vorgestellten Bevölkerungsprognosen wird daher mit einem weiterhin stetigen positiven und sogar ansteigendem Wanderungssaldo für die Bundesrepublik gerechnet.

Das Ziel deutscher Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sollte also weniger darin bestehen zu versuchen, die sicheren und unvermeidlichen Einwanderungen durch Defensivmaßnahmen zu reduzieren. Diese Zuwanderungen sollten vielmehr als gesellschaftliche und wirtschaftliche Chance begriffen werden. Dabei kommt es zunächst darauf an, die Bestimmungsgründe der Zuwanderer in den Sende- und Aufnahmeländern zu analysieren. Als zweites sollte vor dem Hintergrund des (zukünftigen) Facharbeitermangels der Bedarf an Arbeitskräften möglichst genau erfaßt werden, um daraus Kriterien für die Einwanderung ableiten zu können. Eine derartige Einwanderungspolitik muß schließlich durch eine gezielte und integrationsfördernde Eingliederungspolitik¹³ unterstützt werden. Dies gilt um so mehr, als sich die übrigen westeuropäischen Länder analogen demographischen Problemen gegenübersehen, so daß ein verstärkter Zustrom von Arbeitskräften aus diesen Ländern nur für die Anfangsphase des Europäischen Binnenmarktes und für bestimmte hochqualifizierte Arbeitnehmergruppen zu erwarten ist¹⁴. Dem-

gegenüber wird die Bundesrepublik im Rahmen gesamteuropäischer Migrationsprozesse im Mittelpunkt von Süd-Nord- und Ost-West-Wanderungen stehen.

3. Zwischenfazit

Die diskutierten Befunde sollten zeigen, daß sich das Problem der demographischen Arbeitsangebotslücke mit keiner der aufgeführten Einzelmaßnahmen für sich genommen lösen läßt. Folglich muß nach einer geeigneten Kombination gefragt werden. Strenge Nebenbedingungen für eine Realisation der einen oder anderen Kombination ist deren Umsetzungswahrscheinlichkeit. Hier könnte sich ein *trade off* zwischen den gesellschaftspolitisch erwünschten Anhebung der Lebensarbeitszeit und der Frauenerwerbsquote auf der einen sowie dem Zuzug von Ausländern auf der anderen Seite ergeben. Denn eine Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials durch ausländische Arbeitnehmer dürfte den für die beiden anderen Möglichkeiten notwendigen gesellschaftlichen Druck relativieren und zu einer gewissen Strukturkonstanz führen. Andererseits werden die beiden gesellschaftspolitischen Reformen nicht für eine durchgreifende Änderung des demographischen Problems sorgen können, sondern dessen Lösung nur hinauszögern, so daß eine gezielte Einwanderungspolitik wirklich notwendig wird. Ein echter Einwanderungsbedarf für die deutsche Wirtschaft dürfte zwar erst in etwa 10 bis 15 Jahren akut werden, der einwanderungspolitische Steuerungsbedarf ist aber gerade im Interesse der beruflichen Emanzipation der Frauen und des Auf- und Ausbaus altersgerechter Arbeitsplätze bereits jetzt vorhanden. Ist man sich dieses Ablaufs bewußt, so wäre durch eine zeitliche Aufteilung der verschiedenen Maßnahmen auch eine Überwindung dieses Konflikts zwischen den einzelnen Alternativen möglich. Prinzipiell jedoch sind diese als Komplemente und nicht als Substitute einer umfassenden und verantwortungsvollen Bevölkerungspolitik zu sehen.

IV. Die altersspezifische Vermögens- und Konsumstruktur

Nach der Betrachtung der demographischen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt soll nun nach den Folgen für die Güter- und Kapitalmärkte gefragt werden. Dazu sollen zunächst die gegenwärtige altersspezifische Vermögensstruktur und das ent-

13 Vgl. Bert Rürup, Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 115.

14 Vgl. Werner Sesselmeier, Die arbeitsmarktpolitische Dimension in besonderer Betrachtung, in: Peter Ermer/Thomas Schulze/Frank Schulz-Nieswandt/Werner Sessel-

meier, Soziale Politik im EG-Binnenmarkt. Bisherige und zukünftige Entwicklungschancen, Regensburg 1990, S. 110-146.

sprechende Konsumentenverhalten vorgestellt werden, um im Anschluß daran verschiedene Entwicklungspfade und Nutzungsmöglichkeiten diskutieren zu können.

1. Der Bestand an Geld- und Realkapital nach Altersgruppen und sozioökonomischen Haushaltsgruppen

Betrachtet man die Ergebnisse der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988¹⁵, so wird deutlich, daß Rentner und Pensionäre heute durchschnittlich doppelt soviel Kapital angespart haben wie Berufstätige. Bis zur Jahrtausendwende wird ein Viertel des gesamten Geld- und Grundvermögens den über 65jährigen gehören. Armut hat schon längst nicht mehr alleine etwas mit dem Alter zu tun. Während sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der alten Bundesrepublik seit 1973 verdreifacht hat, ist sie unter den Ruheständlern stark zurückgegangen. Nur noch 1,5 Prozent von ihnen beziehen Sozialhilfe. Von rund 1,8 Millionen Haushalten, die 1991 Sozialhilfe bezogen, waren nur gut 20 500 Rentnerhaushalte¹⁶.

Angesichts dieser Zahlen ist allerdings darauf hinzuweisen, daß längst nicht alle vom Trend zum Altersreichtum profitieren. Viele Senioren sind zwar Mehrfachverdiener: Zur eigenen Versicherungsrente oder Pension kommen Witwenrente, Betriebsrente, Zinseinnahmen, ausgezahlte Lebensversicherungen, Mieterträge und anderes hinzu. Aber die Zusatzeinnahmen kommen meist jenen zugute, die sowieso schon recht hohe Renten haben. Jeder zweite wird auch in Zukunft ausschließlich auf eine Rente oder Pension angewiesen sein. Besonders mißlich ist die Lage der alleinstehenden Frauen. So kann man auch heute noch ohne weiteres behaupten, daß die Armut in Deutschland hauptsächlich „weiblich, alt und kinderreich“ ist¹⁷.

¹⁵ Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden in einem fünfjährigen Turnus erhoben, so daß die Stichprobe von 1988 die neueste ist, deren Daten allerdings noch nicht vollständig ausgewertet sind. Soweit keine andere Quelle vermerkt ist, stammen die folgenden Zahlen aus dieser Stichprobe; vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, (1988) 2, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988. Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Wiesbaden 1991; s. a. Ulrike Schneider, *Alternde Gesellschaft – Konsum im Alter. Perspektiven für die Entwicklung des privaten Verbrauchs vor dem Hintergrund des demographischen Reifungsprozesses*, in: *Forum demographie und politik*, (1992) 2: *Alternde Gesellschaft – Dynamische Wirtschaft?*, Schriftenreihe der Kommission Demographischer Wandel/Seniorpolitik beim SPD-Parteivorstand, Bonn 1992, S. 82–108; Jürgen Borchert, *Renten vor dem Absturz. Ist der Sozialstaat am Ende?*, Frankfurt am Main 1993.

¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Anm. 15).

¹⁷ Vgl. J. Borchert (Anm. 15), S. 146, auch für die folgenden Ausführungen.

1991 lagen über die Hälfte der Versichertenrenten von Frauen unter 431 DM, die Renten der Männer lagen dagegen zu über 50 Prozent über 1 855 DM. Ebenso verhindert auch die Witwenrente nicht den Gang zum Sozialamt. So lag 1992 die durchschnittliche Witwenrente in der Arbeiterversicherung mit 853,62 DM erheblich unter und die in der Angestelltenversicherung mit 1 181,53 DM nur knapp über den durchschnittlichen Sozialhilfeleistungen für Alleinstehende in Höhe von 1 158 DM. Die Ursachen hierfür sind immer noch in den Unvereinbarkeiten von Mutterschaft und Teilnahme am Erwerbsleben zu sehen¹⁸.

Eine weitere Problemgruppe sind die älteren Menschen in Ostdeutschland¹⁹. Insgesamt besteht im Durchschnitt für den älteren Teil der deutschen Bevölkerung im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung kein größeres Armutsrisiko, wohl aber ist eine sich verstärkende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung bei den Älteren zu konstatieren. Im einzelnen werden im folgenden die Einkommen, Geld- und Sachvermögensbestände der Haushalte strukturiert nach Alter und sozioökonomischer Gruppe verglichen. Bei den oberen Altersgruppen bietet es sich an, nochmals zwischen den Altersgruppen 55 bis unter 65 Jahre, 65 bis unter 75 Jahre sowie 75 Jahre und darüber zu unterscheiden. Diese Altersgruppen haben insgesamt folgenden Anteil an der Summe aller Haushalte in Deutschland²⁰ (vgl. *Tabelle 2*):

Tabelle 2: Anteil der Haushalte und Einpersonenhaushalte der älteren Bevölkerung an den Haushalten und Einpersonenhaushalten der Gesamtbevölkerung 1990 (in Prozent)

| Altersgruppe | Haushalte | Einpersonenhaushalte |
|----------------------|-----------|----------------------|
| 55 – unter 65 Jahre | 16,1 | 11,2 |
| 65 – unter 75 Jahre | 12,4 | 16,4 |
| 75 Jahre und darüber | 11,7 | 22,5 |

Ein Vergleich des verfügbaren Haushaltseinkommens – Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit plus Bruttoeinkommen aus Unternehmertätig-

¹⁸ Vgl. Anita B. Pfaff, *Sozialbudget des Alters*, in: Hans-Ulrich Klose (Hrsg.), *Altern der Gesellschaft. Antworten auf den demographischen Wandel*, Köln 1993, S. 121–150; Barbara Riedmüller, *Umbau des Sozialstaats. Die Krise als Chance nutzen*, in: ebd., S. 151–171; Renate Schubert, *Ökonomische Diskriminierung von Frauen. Eine volkswirtschaftliche Verschwendung*, Frankfurt am Main 1993.

¹⁹ Vgl. dazu den Beitrag von Klaus-Peter Schwitzer in diesem Heft.

²⁰ Vgl. U. Schneider (Anm. 15), S. 93.

keit plus Bruttoeinkommen aus Vermögen plus empfangene laufende Übertragungen minus Steuern – von Rentnern und Pensionären mit dem der Privathaushalte insgesamt zeigt, daß ein Rentnerhaushalt auf 70,3 Prozent und ein Pensionärshaushalt auf 95,8 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens eines durchschnittlichen Privathaushalts kommt. Dabei ist neben den empfangenen laufenden Übertragungen insbesondere das Einkommen aus Vermögen von Bedeutung. Ein genaueres und gleichzeitig differenzierenderes Bild ergibt sich bei Betrachtung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Rentnerhaushalte noch im Verhältnis zu anderen sozioökonomischen Haushaltstypen²¹. In *Tabelle 3* wird die – gerade mit steigender Anzahl der Rentner- und Pensionärshaushalte – Relevanz der demographischen Entwicklung für die Güter- und Kapitalmärkte deutlich.

Der bereits erwähnte beachtliche Anteil des Einkommens aus Vermögen deutet auf relevante Vermögensbestände bei den Haushalten dieser oberen Altersgruppen hin. Untergliedert nach Sparguthaben, Bausparguthaben, Wertpapieren und Immobilien ergeben sich nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988 folgende Werte (vgl. *Tabelle 4*)²².

Hinsichtlich der Vermögensdiversifikation läßt sich noch ein gravierender Unterschied zwischen den Haushalten der oberen Altersgruppen und den übrigen Privathaushalten feststellen: Während die Anteile der Haushalte mit Sparguthaben, Bausparguthaben und Wertpapieren über die verschiedenen Altersklassen relativ gleich verteilt sind, ergibt sich bei der Vermögensform Immobilien ein krasser Unterschied: So haben nur 6,2 Prozent aller Privathaushalte Haus- und Grundstückseigentum gegenüber 49 Prozent in den drei oberen Altersgruppen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner das Faktum der in den nächsten Jahren über die Generation der 50jährigen „Westbürger“ schwappenden Woge des ererbten Vermögens aus den akkumulierten Ersparnissen der Aufbaugeneration der Nachkriegszeit oder aus den fällig werdenden Lebensversicherungen, die am Ende der Wirtschaftswunderzeit in den sechziger Jahren abgeschlossen wurden. Dieser „zweiten Generation der Nachkriegserben“ werden in den nächsten zehn Jahren eine Billion DM an Geldvermögen, 700 Milliarden DM an Immobilienwerten (in heutigen Preisen) und über 360 Milliarden DM aus fälligen Lebensversicherungen, d. h. insgesamt über 2 Billionen DM zufließen, wobei der typische Erbe

21 Vgl. U. Schneider (Anm. 15), S. 97.

22 Vgl. ebd., S. 100.

Tabelle 3: Pro-Kopf-Einkommen der Rentnerhaushalte im Verhältnis zu anderen sozialökonomischen Haushaltstypen 1991

| Haushaltstyp | Verfügbares Einkommen je Haushaltsmitglied in DM | |
|----------------------|--|---------------------------------|
| | absolut | in Prozent der Rentnerhaushalte |
| Selbständige | 54 497 | 236 |
| Pensionäre | 31 493 | 137 |
| Angestellte | 25 380 | 110 |
| Beamte | 25 152 | 109 |
| Rentner | 23 054 | 100 |
| Arbeiter | 18 089 | 79 |
| Landwirte | 14 596 | 63 |
| Arbeitslose | 13 291 | 58 |
| Sozialhilfeempfänger | 10 703 | 46 |

Tabelle 4: Vermögensbestände der oberen Altersgruppen westdeutscher Haushalte 1988 (in Milliarden DM)

| Art des Vermögens | Haushalte insgesamt | Haushalte der Altersgruppen | | |
|--------------------|---------------------|-----------------------------|---------------|----------------|
| | | 55 – unter 65 | 65 – unter 70 | 70 und darüber |
| Sparguthaben | 270,0 | 58,3 | 31,7 | 60,3 |
| Bausparguthaben | 101,6 | 14,8 | 4,9 | 4,8 |
| Wertpapiere | 222,7 | 48,4 | 30,8 | 50,6 |
| Immobilien | 512,3 | 108,9 | 45,7 | 61,1 |
| Vermögen insgesamt | 1 106,6 | 230,4 | 113,1 | 176,8 |

der nächsten Jahre kein „Youngster“ sein wird, sondern eben der etablierte 50jährige²³.

2. Konsum

Neben der Einkommens- und Vermögenssituation ist auch die Verwendungsseite, also die Konsumstruktur der Seniorenhaushalte sowohl für sich als auch im Vergleich zu anderen Altersgruppen, von Interesse. Generell ist hier zu konstatieren, daß die Konsumquote der Rentner- und Pensionärshaushalte bei 73 Prozent liegt. Die entsprechende Quote aller Haushalte liegt demgegenüber bei 90 und die der Altersklasse der 25- bis unter 35jährigen bei 82 Prozent, immer bezogen auf den

23 Vgl. J. Borcherdt (Anm. 15), S. 71–74.

altersspezifischen Median²⁴. Dabei unterscheidet sich die Struktur des privaten Verbrauchs der oberen Altersklassen nur geringfügig von der der übrigen. Insgesamt läßt sich aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe folgende Konsumstruktur der Seniorenhaushalte feststellen (vgl. *Tabelle 5*)²⁵:

Tabelle 5: Konsumstruktur der Seniorenhaushalte 1988 (in Prozent)

| | |
|-------------------------|------|
| Wohnungsmieten | 22,5 |
| Nahrung und Genuß | 21,7 |
| Verkehr/Nachrichten | 12,1 |
| Bildung/Unterhaltung | 8,5 |
| Haushaltsführung | 8,3 |
| Bekleidung/Schuhe | 7,8 |
| Energie | 7,2 |
| Körperpflege | 6,2 |
| Persönliche Ausstattung | 6,0 |

Ausstattungsdefizite sind im Sinne der Haushaltslebenszyklustheorie typischerweise bei langlebigen Gebrauchsgütern wie etwa Geschirrspülmaschinen, Mikrowellengeräten, Gefrierschränken und Wäschetrocknern festzustellen. Das gleiche gilt für bestimmte Produkte des Unterhaltungssektors wie Videorekorder, CD-Player und Spiegelreflexkameras. Schließlich besitzen nur knapp 40 Prozent der älteren Haushalte ein Auto gegenüber 67 Prozent aller Haushalte.

Schließlich darf der Anteil des Ausgabenvolumens der Rentner- und Pensionärshaushalte an der Haushaltsgesamtheit in Relation zu deren Bevölkerungsanteil nicht unerwähnt bleiben. Bei einem Bevölkerungsanteil von 15 Prozent lag ersterer bei gut 21 Prozent, was auf ein erhebliches Marktpotential schließen läßt.

3. Mögliche Entwicklung altersspezifischen Konsums und altersspezifischer Dienstleistungen

Vor dem geschilderten Hintergrund erscheint es nur natürlich, daß hier ein schlummerndes Marktpotential erkannt wird, das es von Marketingstrategen zu aktivieren gilt. In diesem Zusammenhang ist erstens zu fragen, welche Güter nur von bestimmten Altersklassen nachgefragt werden und welche Güter über alle Altersgruppen hinweg konsumiert werden. Zweitens muß die altersspezifische Konsumintensität festgestellt werden. Das

Produkt aus beiden Größen ergibt dann das Marktpotential der oberen Altersgruppen. Das Ergebnis ist ex ante noch unbestimmt: „Der demographisch bedingte Strukturwandel, der einzelne Märkte wachsen und andere schrumpfen läßt, kann positive oder negative Nettoniveaueffekte erzeugen oder sich als Nullsummenspiel erweisen.“²⁶ Die von der Altersforschung als „neue Alte“ bezeichneten zukünftigen Ruheständler werden sich aller Voraussicht nach von den jetzigen Pensionären und Rentnern dahingehend unterscheiden, daß sie weiterhin einer hohen Konsumneigung folgen und diese auch realisieren werden. Zudem dürfte diese Gruppe eine geringere Hemmschwelle gegenüber technischen Neuerungen im Bereich der langlebigen Gebrauchsgüter sowohl der Haushaltsführung als auch der Unterhaltungsbranche haben. Die derzeit noch zu konstatierenden Ausstattungsdefizite wird es bei den kommenden Ruheständlergenerationen nicht mehr geben. Ebenso sind im Vergleich zu den anderen altersspezifischen Haushaltsgruppen noch Potentiale in den Bereichen „Nachrichten und Verkehr“ sowie „Bildung und Unterhaltung“ festzustellen. Schließlich besitzt ein wesentlich geringerer Teil der älteren Haushalte, insbesondere der Frauen, ein Auto, so daß auch hier – unter Vernachlässigung ökologischer und verkehrspolitischer Aspekte – ein relativ großes Marktpotential besteht.

Entsprechend dürfte sich das Verhalten der Älteren hinsichtlich altersspezifischer Dienstleistungen sowohl im Bereich der Gesundheits- und Körperpflege als auch im Haushalt (Bereich Wohnen) ausbauen. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Konzepte altersgerechten Wohnens von Bedeutung, das in der Zukunft auch und gerade eher dezentralen Charakter haben sowie das Zusammenleben von Jung und Alt jenseits der traditionellen Familienbande fördern sollte.

4. Instrumentalisierung des „Altenreichtums“

Vor dem Hintergrund der gegenwärtig und zukünftig angespannten Haushaltslage der Gebietskörperschaften und insbesondere des Bundes einschließlich der in den nächsten Jahren in den Bundeshaushalt zu integrierenden Schattenhaushalte infolge der Wiedervereinigung besteht auch ein fiskalisches Interesse an den weiter oben dargestellten Vermögensverhältnissen der oberen Altersgruppen. Insbesondere die Erbschafts- und Schenkungssteuer gerät zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses; nicht zu Unrecht, wenn man bedenkt, daß in den nächsten Jahren rund 2 Billionen DM bzw. mindestens 100 Milliarden Mark pro

24 Vgl. U. Schneider (Anm. 15), S. 100.

25 Vgl. ebd., S. 102.

26 Vgl. ebd., S. 89; s. a. den Beitrag von Malte Ristau/Petra Mackroth in diesem Heft.

Jahr zur Vererbung anstehen²⁷. Wird zudem berücksichtigt, daß die Erbgeneration selbst bereits um die 50 Jahre alt ist, so kommt es hier zu einer immensen Vermögenskonzentration.

Daneben wäre – aufgrund der starken Ungleichverteilung des Vermögens – innerhalb der oberen Altersgruppen auch ein intragenerativer Finanzausgleich vorstellbar. Angesichts dieser Polarisierung erscheint es zweckmäßig, den Gedanken eines „Solidarausgleichs der Älteren untereinander“ als eine neue, den gewandelten ökonomischen Verhältnissen Rechnung tragende Idee nicht von vornherein zu verwerfen. Eine Instrumentalisierung bzw. Mobilisierung des Seniorenreichtums scheint auch und gerade unter Verteilungsgesichtspunkten eine bislang zu wenig erwogene Strategie zu sein.

5. Zwischenfazit

Die oben aufgezeigten beachtlichen Dimensionen der Geld- und Sachvermögensbestände der jetzigen und zukünftigen oberen Altersklassen werfen ein Licht auf die ökonomische Bedeutung dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe für eine Volkswirtschaft.

Die ökonomische Aktivierung der Älteren sollte dabei nicht nur aus dem engen Blickwinkel einer Monetarisierung dieses Potentials diskutiert werden. Darüber hinaus wäre eine bessere gesellschaftliche und soziale Integration der älteren Menschen in einer sich überwiegend über die Art und Weise der Geldverwendung definierenden Gesellschaft anzustreben.

V. Auswirkungen auf die Gesetzliche Rentenversicherung

Neben den bisherigen Auswirkungen wird die demographische Entwicklung auch Konsequenzen für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) haben. Der steigende Altenlastquotient wird zu einer Verschlechterung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern führen. So ergeben die Vorausberechnungen im Rentenversicherungsbericht 1992²⁸ hinsichtlich der Beitragssätze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten eine Steigerung von derzeit 17,7 auf rund 21 Prozent für das Jahr 2006. Schwankungen um diese 21 Prozent beruhen auf

27 Vgl. J. Borchert (Anm. 15), S. 73.

28 Vgl. Deutscher Bundestag, Bericht der Bundesregierung über die gesetzlichen Rentenversicherungen, Drucksache 12/3111, Bonn 1992.

der verwendeten Berechnungsmethode mit neun Modellvarianten, basierend auf jeweils drei Annahmen zur Entwicklung der Beschäftigtenzahl. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Rentenreformgesetz von 1992 bereits seine ausgaben-dämpfenden und die Finanzstruktur stabilisierenden Wirkungen zeigt und die Beitragsentwicklung nicht mehr so stark auf Änderungen der Beschäftigtenzahlen und der Entgeltentwicklung reagiert. Dies folgt aus dem internen Rückkopplungsmechanismus, dem zufolge ein zusätzlicher Beitragsbedarf gleichzeitig zu einer Erhöhung des Bundeszuschusses und zu einer Abflachung der Rentenanpassung aufgrund der Nettoformel führt. So wird der Bundeszuschuß bei mittlerem Lohnanstieg und ebenfalls mittlerer Beschäftigungsentwicklung bis zum Jahr 2006 absolut steigen und – gemessen am Anteil der gesamten Rentenausgaben – sich konstant bei über 19 Prozent bewegen.

Vor diesem Hintergrund wird immer wieder die Diskussion auf der Grundlage des Mackenroth'schen Satzes über die „bessere“ Finanzierung der Rentenversicherung entfacht, konkret: über die Frage nach der Vorzugswürdigkeit von Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren²⁹. Der Sozialwissenschaftler Gerhard Mackenroth, in dessen Institut wertvolle Beiträge zu aktuellen sozialpolitischen Fragen, u. a. auch zur Sozialreform entstanden, hat 1952 formuliert: „Nun gilt der einfache klare Satz, daß aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseigentum der laufenden Periode gedeckt werden muß. Es gibt gar keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne, es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand. Kapitaldeckungsverfahren und Umlageverfahren sind also der Sache nach gar nicht wesentlich verschieden. Volkswirtschaftlich gibt es immer nur ein Umlageverfahren.“³⁰

Allgemein haben Rentner und Kinder somit eines gemeinsam: Sie sind unproduktive Konsumenten; d. h., ihre Alimentation erfolgt immer aus der von der jeweiligen Erwerbsbevölkerung erbrachten Wertschöpfung. Jede Rente, generell jeder Sozialtransfer muß immer aus dem jeweiligen Sozialpro-

29 Vgl. Bernhard Felderer, Soziale Lasten und Generationenfolge, in: Friedrich Buttler/Gerhard Kühlewind (Hrsg.), Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag – Perspektiven bis 2030, Beiträge zu Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) (1989) 130, S. 35–42; Bernhard Külpe, Unterschiedliche Finanzierungssysteme der gesetzlichen Rentenversicherung und ihr Einfluß auf die Verteilung zwischen den Generationen, in: Hamburger Jahrbuch, Hamburg 1991, S. 35–54.

30 Vgl. B. Felderer (Anm. 29), S. 35.

dukt finanziert werden. Dies gilt sowohl beim Umlageverfahren, bei dem die Renten – sieht man einmal vom Bundeszuschuß ab – von den erzielten Arbeitseinkommen abgezweigt werden, als auch beim Kapitaldeckungsverfahren. Denn innerhalb einer Volkswirtschaft muß die Summe aller Sollzinsen genauso groß sein wie die Summe aller Habenzinsen, und jedem Verkäufer eines Wertpapiers muß ein Käufer gegenüberstehen. Dies bedeutet, daß auch kapitalstockfinanzierte Renten immer aus der Wertschöpfung der jeweiligen Periode entnommen werden müssen.

Die beiden Finanzierungssysteme unterscheiden sich dabei insbesondere in ihrer Abhängigkeit von bestimmten Größen: Während das Umlageverfahren von der Lohnentwicklung abhängt, ist das Kapitaldeckungsverfahren von der Zinsentwicklung abhängig. Damit hängen beide von der aktuellen Wertschöpfung ab. Wenn jedoch bei schrumpfender Bevölkerung die Wertschöpfung kaum steigt, sind die Renten auch nach dem Kapitaldeckungsverfahren gefährdet. Zusätzlich werden die Rentner auch hier eine Reduktion ihrer realen Renten durch eine Verschlechterung des Rentnerquotienten hinnehmen müssen³¹. Selbst wenn man nach Berücksichtigung weiterer Faktoren wie Bernhard Külz zu dem Schluß gelangt, daß nur ein geringer Vorteil des Kapitaldeckungsverfahrens gegenüber dem Umlagesystem verbleibt³², so verschwindet dieser doch durch die auf rund 30 Jahre – also eine Generation – zu veranschlagende Übergangsperiode, in deren Verlauf die Bevölkerung die bestehenden Rentenanwartschaften nach dem Umlageverfahren finanzieren und gleichzeitig einen eigenen Kapitalstock ansparen müßte.

Ähnlich wichtig wie die Diskussion um die Finanzierungsart der Renten ist die Frage nach einer Mindestsicherung im Alter, die sowohl die sich aus der Erwerbsbiographie ergebende Altersarmut reduziert als auch einen flexiblen Übergang in die Rente bei prinzipiell möglicher Verlängerung der Erwerbsphase ermöglicht³³. Angesichts der aus den verschiedensten Gründen, insbesondere aber Wettbewerbsgründen zu fordernden Flexibilisierung des Arbeitslebens und der zunehmenden Verbreitung neuer Formen der Erwerbsarbeit wird eine ausschließlich lohnbezogene Alterssicherung – wie wir sie haben – langfristig dysfunktional. Vor dem Hintergrund der zu beobachtenden Erosion des Nor-

malarbeitsverhältnisses – der stillschweigenden Voraussetzung unseres lohnbezogenen sozialen Sicherungssystems – durch Teilzeitbeschäftigung, Job-sharing, geringfügig Beschäftigte oder neue Selbständige wird die Zahl der „unordentlichen“ Sozialversicherungsbiographien zunehmen. Damit wächst zugleich die Zahl der potentiell „Altersarmen“, was zu der bereits erwähnten Polarisierung im Alter führen wird.

Da beide Verfahren der Rentenversicherung – das Umlage- und das Kapitaldeckungsverfahren – gleichermaßen von der demographischen Entwicklung betroffen sind, stellt die Diskussion um das „richtige“ Finanzierungsverfahren weitgehend ein Scheingefecht dar, das von den wirklichen Problemen – der zunehmenden gesellschaftlichen und ökonomischen Individualisierung – ablenkt.

VI. Schlußfolgerungen

Ausgehend von den Prognosen zur demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sollten exemplarisch deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Konsumsphäre und die Vermögensverhältnisse sowie auf die gesetzliche Rentenversicherung gezeigt werden. In allen vier skizzierten Bereichen sind mehr oder weniger starke Reformen und Änderungen der Kategorisierung gesellschaftlicher Gruppen notwendig. Dabei darf nicht übersehen werden, daß zwischen den einzelnen Problemkreisen auch Interdependenzen bestehen bzw. auftreten können.

Die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung bleibt in mittelfristiger Perspektive die zentrale politische Herausforderung. Ein hoher Beschäftigungsstand ist die Voraussetzung für eine emanzipatorische Politik vor dem Hintergrund der nicht nur schrumpfenden, sondern auch alternden Bevölkerung. Zunächst gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft zu stärken. Unter dieser Prämisse ist die hier vorgetragene Forderung nach einer flexiblen Lebensarbeitszeitregelung – im Gegensatz zu einer pauschalen Erhöhung des Renteneintrittsalters – zu sehen. Ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich war und wird auch in Zukunft in der Qualität ihres Humankapitals liegen. Aus diesem Grunde sollte darüber nachgedacht werden – auch angesichts des Tatbestandes, daß wir im internationalen Vergleich die ältesten Hochschulabsolventen und kürzesten Jahresarbeitszeiten haben –, ob diese Ressource – die in vielen Fällen mit zunehmendem Alter nicht etwa veraltet,

31 Vgl. B. Külz (Anm. 29).

32 Vgl. ebd., S. 53.

33 Vgl. Hans-Jürgen Krupp, Mindestsicherung im Alter – im gesellschaftlichen Wandel erst recht notwendig, in: H.-U. Klose (Anm. 18), S. 172–186; Winfried Schmähl (Hrsg.), Mindestsicherungen im Alter. Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien, Frankfurt am Main–New York 1993.

sondern sogar noch an Qualität gewinnt – nicht möglichst langfristig und effizient in den Unternehmen eingesetzt, statt durch Vorruhestandsregelungen verschwendet werden sollte. Wenn gleich jeder freiwerdende Arbeitsplatz in den Unternehmen die angespannte Arbeitsmarktsituation entlasten hilft, stellt sich doch vor dem Hintergrund zunehmender technologischer und arbeitsorganisatorischer Anforderungen die Frage, ob die aufzubringenden Mittel für die vorzeitige Freisetzung älterer, aber noch immer leistungsfähiger und hochqualifizierter Arbeitnehmer nicht besser verwendet werden können. Zu denken ist etwa an die befristete Freisetzung jüngerer – aber minderqualifizierter – Arbeitnehmer mit dem Ziel der Weiterbildung. Im Vergleich zum konsumptiven Charakter der Ruhestandszahlungen wären dies Investitionen in die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Unternehmen und Staat sollten also Anreizmechanismen entwickeln und fördern, die wertvolles Humankapital binden, sie sollten aber auch die Möglichkeit zur krankheitsbedingten Frühverrentung einräumen.

Eine zentrale Rolle innerhalb der oben diskutierten Bereiche spielt somit die flexible Ausweitung der Lebensarbeitszeit, da hier Synergieeffekte, also positive Effekte des Zusammenspiels der verschiedenen Bereiche, zum Tragen kommen können. Den Befund etwa, daß bei einer Frauenerwerbsquote von 50 Prozent immerhin 25 Prozent der Ausbildungsinvestitionen brachliegen, weil ein erheblicher Anteil der Frauen zur Kindererziehung aus dem Erwerbsleben austritt, wird sich die Bundesrepublik Deutschland auf Dauer nicht leisten können. Eine demographisch motivierte Erhöhung der Frauenerwerbsquote darf dabei nicht als isoliertes emanzipatorisches Ziel verfolgt werden: Sie muß als Reaktion auf geänderte familienpolitische Rahmenbedingungen erfolgen. Andernfalls ginge eine erhöhte Frauenerwerbsquote nicht nur zu Lasten der Reproduktionsrate, sie würde auch zu einer Zunahme der Rentenanwartschaften führen, die die nächste Generation eben-

falls vor das Problem der Rentenfinanzierung stellen würde.

Bis zum Jahre 2030 wird sich die demographische Struktur Deutschlands – auch unter Berücksichtigung der Wanderungsströme – so stark verändert haben, daß das Sozialversicherungssystem in seiner derzeitigen Form von der um 10 Prozent geschrumpften Erwerbsbevölkerung kaum mehr zu finanzieren sein wird. Eine zur Lösung dieses Problems erforderliche Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials bedarf zunächst eines entsprechenden Wirtschaftswachstums, das – vor dem Hintergrund einer um zehn Millionen geschrumpften Bevölkerung – im Inland kaum ausschließlich von einem expansiven Konsumdrang der wachsenden Gruppe der „vitalen, reichen Alten“ getragen werden könnte und somit durch entsprechende Exportaktivitäten zu erreichen sein wird. Das erforderliche Wirtschaftswachstum ist somit unmittelbar von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und damit auch von der Qualität des Humankapitals abhängig. Ausreichendes Humankapital in qualitativer und quantitativer Sicht kann und muß somit – neben der humanitären durch eine „gezielte“ d. h. wirtschaftspolitisch rationale Einwanderungspolitik – durch eine flexible Verlängerung der Lebensarbeitszeit der „vitalen Erfahrungsträger“ und durch eine Mobilisierung weiblicher Humankapitalressourcen als Folge geänderter familienpolitischer Rahmenbedingungen oder arbeitsorganisatorischer Innovationen gebildet werden. Zur Finanzierung all dieser Reformvorhaben ist dann wiederum der Vermögensbestand der älteren Mitbürger notwendig.

Die Politik steht aufgrund der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung vor einem Verteilungsproblem. Herausragende Aufgabe ist es dabei, allen davon betroffenen Gruppen bereits jetzt die damit verbundenen Konsequenzen bewußt zu machen und die notwendigen Schritte einzuleiten, um so aus diesem Verteilungsproblem kein Akzeptanzproblem werden zu lassen.

Im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand

Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer zwischen demographischem Wandel und anhaltender Arbeitslosigkeit

I. Lebensarbeitszeitverlängerung oder Frühverrentung?

Der Widerspruch könnte kaum größer sein: Während die Bundesregierung in ihren programmatischen Aussagen und Dokumenten – so zuletzt in dem Papier „Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ – dafür plädiert, die Lebensarbeitszeit möglichst bald und nachhaltig heraufzusetzen, will dieselbe Bundesregierung den anstehenden Personalabbau in den drei Postunternehmen und bei der Bahn durch Vorruhestandsregelungen für Beamte ab dem 55. Lebensjahr bewältigen.

Hinter diesem Widerspruch stehen zwei unterschiedliche Problemanalysen und Betrachtungsweisen: Es geht einerseits um den demographischen Wandel, andererseits um die durch Massenarbeitslosigkeit geprägte Arbeitsmarktlage in Ost- wie Westdeutschland und die verschiedenen Reaktionen darauf. Die Aufforderung, wieder länger zu arbeiten und die Altersgrenzen in den Alterssicherungssystemen heraufzusetzen, bezieht sich auf die Folgen des bereits wirksamen und sich ab der Jahrtausendwende verschärfenden demographischen Umbruchs: Durch die Doppelwirkung der weiter steigenden Lebenserwartung und der anhaltend niedrigen Geburtenrate wird nicht nur die inländische Bevölkerung sinken, sondern es wird sich – folgenreicher noch – auch die Altersstruktur zu Lasten der jüngeren Jahrgänge verschieben. Immer mehr älteren Menschen werden immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen. Die Rentenversicherung gerät in Finanzierungsprobleme; starke Beitragssatzsteigerungen sind absehbar. Wird nun die Erwerbsphase zeitlich verlängert und die Ruhestandsphase verkürzt, läßt sich der demographisch bedingte Anstieg des Altersquotienten (Verhältnis der 20- bis 60jährigen zu den über 60jährigen) zumindest ein Stück weit ausgleichen. Denn wenn sich durch den späteren Rentenbeginn die Bezugsdauer der Rente und die Zahl der Rentner verringern, während gleichzeitig durch den verlängerten Verbleib im Beruf die Zahl der Beitragszahler zunimmt und die

Einnahmen entsprechend steigen, errechnet sich eine positive finanzielle Entwicklung sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite der Rentenversicherung¹. Die demographischen Belastungen werden also nicht allein (durch höhere Beiträge) den Jüngeren aufgebürdet, sondern den Älteren wird zugemutet, durch eine verlängerte Erwerbstätigkeit ihren Teil zur Problembewältigung beizutragen.

Diese Perspektive hat mit der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt und der betrieblichen Beschäftigungspolitik allerdings nichts gemein. Von einem (langsam) beginnenden Trend hin zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit und einer betrieblichen wie beruflichen Förderung älterer Arbeitnehmer kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Der die letzten Jahrzehnte prägende Trend einer „Entberuflichung des Alters“² hält bis heute unvermindert an. Die Definitionsgrenze „ältere Arbeitnehmer“ hat sich nach unten verlagert. Die sogenannten „alterstypischen“ Beschäftigungsprobleme setzen früh ein, vor allem dann, wenn das Qualifikationsniveau gering, der Grad der physischen und psychischen Anforderungen am Arbeitsplatz sehr hoch ist, wenig individuelle Handlungsmöglichkeiten vorhanden sind und sich am Arbeitsplatz und im Betrieb ein rascher technologischer sowie organisatorischer Wandel vollzieht. Dann kumulieren sich schon ab dem 50. Lebensjahr die Probleme im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt. Zu reden ist von der gesundheitlichen Beeinträchtigung, der Gefahr des beruflichen Abstiegs und der Dequalifizierung und schließlich von Frühinvalidität, Arbeitslosigkeit und Frühverrentung.

In der Bundesrepublik ist der frühe Ausstieg aus dem Berufsleben zur Normalität geworden; ältere Arbeitnehmer werden auf dem Arbeitsmarkt nur

1 Vgl. Winfried Schmähl, Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Fragen, Ziele, Wirkungen – Ein Überblick, in: ders. (Hrsg.), Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase, Tübingen 1988, S. 15ff.

2 Die „Entberuflichung“ zählt zu einem der wesentlichen Merkmale des Strukturwandels des Alters. Vgl. dazu Gerhard Bäcker/Margret Dieck/Gerhard Naegele/Hans-Peter Tews, Ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen. Gutachten zur Lage der älteren Menschen und zur Altenpolitik in NRW, Düsseldorf 1989, S. 29ff.

noch wenig nachgefragt. So hat sich die Erwerbsquote jenseits des 60. Lebensjahres (in Westdeutschland) im Jahr 1991 gegenüber 1970 in etwa halbiert! Nur jeder dritte Mann (32,9 Prozent) und nur etwa jede zehnte Frau (11,5 Prozent) dieser Altersgruppe stehen mittlerweile noch im Erwerbsleben³. 63jährige oder gar 65jährige Beschäftigte im Angestellten-, vor allem aber im Arbeiterbereich sind zu einer raren Spezies geworden. In den Großbetrieben der Industrie findet man sie gar nicht mehr. Damit ist nun kein deutsches Spezifikum beschrieben, der Prozeß der Frühausgliederung ist, zwar in den Formen und Wegen unterschiedlich geregelt, in allen westeuropäischen Industriegesellschaften zu beobachten⁴.

Bei einer Auswertung der Rentenstatistik wird sichtbar, daß der Rückgang der Alterserwerbstätigkeit zu einem großen Teil ein Spiegelbild der hohen und wachsenden Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersrenten ist⁵. Insgesamt, d.h. einschließlich der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, muß heute mit einem mittleren Rentenzugangsalter von 59 Jahren in der Arbeiterrentenversicherung und von 61 Jahren in der Angestelltenversicherung gerechnet werden⁶.

Damit ist aber die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer nur unzureichend beschrieben. Das durchschnittliche Berufsaustrittsalter liegt noch deutlich niedriger. Zwischen Rentenbeginn und Ende der Berufstätigkeit werden häufig unterschiedliche „Zwischen- und Wartephasen“ durchlaufen. Dazu zählen vor allem betriebliche und gesetzliche Vorruhestandsregelungen sowie die Arbeitslosigkeit. Unter allen registrierten Arbeitslosen machen die 55- bis 59jährigen 1992 einen Anteil von 16,2 Prozent aus – bei einem Beschäftigtenanteil dieser Altersgruppe von 9 Prozent. Das heißt, daß die altersspezifische Arbeitslosenquote mit 12,4 Prozent deutlich über dem Durchschnitt von 6,6 Prozent liegt⁷. Da ältere Arbeitslose fak-

tisch nicht mehr zu vermitteln sind, also keine Chance zur Wiedereingliederung in Arbeit mehr besteht, ist Erwerbslosigkeit im fortgeschrittenen Alter nahezu gleichbedeutend mit einem endgültigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Indikator dafür ist das hohe Ausmaß der Dauerarbeitslosigkeit älterer Arbeitsloser. So betrug 1992 die durchschnittliche Verbleibsdauer in Arbeitslosigkeit für ältere Arbeitslose auch ohne gesundheitliche Einschränkungen 65 Wochen⁸.

Noch krasser als in Westdeutschland wird der Gegensatz zwischen der Perspektive einer Lebensarbeitszeitverlängerung und der realen Beschäftigungssituation der Älteren in Ostdeutschland sichtbar. Dort, wo die Alterserwerbstätigkeit „normal“ war und damit auch zur Normalbiographie der Erwerbsbevölkerung zählte, wo also die nunmehr im Westen verfolgte neue Zielperspektive schon immer Realität war⁹, ist innerhalb kürzester Zeit, d.h. innerhalb weniger Monate (!), die westdeutsche Entwicklung, die sich über zwei Jahrzehnte vollzogen hat, nicht nur nachgeholt, sondern überholt worden. Ohne die massive Inanspruchnahme von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld (ab 55 Jahren) läge die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Juli 1993 in den neuen Bundesländern um 850 000 Personen höher¹⁰. Die Älteren haben – wie es schon bei den Vorruhestandsregelungen in Westdeutschland hieß – ihre Arbeitsplätze im Sinne des sogenannten Generationenvertrags für ihre Kinder und Enkel „freigemacht“ und damit ganz maßgeblich zur Kanalisierung der dramatischen Arbeitsmarktkrise beigetragen.

II. Der frühe Übergang in den Ruhestand – Eine Interessenkoalition zwischen Betrieben und Arbeitnehmern

Es sind vor allem die Betriebe, die der frühzeitigen Beendigung der Berufstätigkeit positiv gegenüberstehen. Die Technologieschübe und Rationalisie-

Arbeitsförderungsgesetz (AFG) „nicht mehr zur Verfügung stehen“, nicht mehr als arbeitslos registriert. Im August 1993 waren dies immerhin rd. 130 000 Personen.

8 Vgl. Helmut Rudolph/Heinz Gommlich, Arbeitslosigkeit konzentriert sich mehr auf Problemgruppen, in: IAB-Kurzbericht (hrsg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit), (1993) 6.

9 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer, Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/1992, S. 49f.; s. a. den Beitrag von K.-P. Schwitzer in diesem Heft.

10 Ende 1992 ist diese auf Ostdeutschland beschränkte Regelung ausgelaufen. Neuzugänge gibt es nicht mehr. Die Folge dürfte ein deutliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer sein.

3 Vgl. Stephan Lüken/Hans-Joachim Heidenreich, Erwerbsquote und Erwerbsverhalten – Ergebnisse des Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik, (1991) 12, S. 791.

4 Vgl. Martin Kohli u. a. (Hrsg.), Time for Retirement. Comparative Studies of Early Exit from the Labor Force, New York 1991.

5 Vgl. Udo Rehfeld, Das Rentenzugangsgeschehen im Zeitablauf, in: Deutsche Rentenversicherung, (1991) 10–11, S. 682ff. Eine vergleichbare Entwicklung zeigt sich im übrigen auch bei den Beamten. Vgl. Hans-Jürgen Stubig/Gert Wagner, Trend zum vorzeitigen Ruhestand, in: Bundesarbeitsblatt, (1991) 11.

6 Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Statistik Rentenzugang des Jahres 1991, Frankfurt am Main 1992, S. 77.

7 Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1992 – Jahreszahlen, Nürnberg 1993, S. 82 und 754. Allerdings ist damit noch nicht das tatsächliche Ausmaß der Altersarbeitslosigkeit ausgewiesen, denn seit 1986 werden die 58jährigen und älteren Arbeitslosen, die dem Arbeitsmarkt gemäß § 105c

rungswellen der letzten Jahre sind weitgehend mit jungen Belegschaften bewältigt worden, und für ihre altersselektive, jugendzentrierte Personalpolitik haben die Betriebe die verschiedenen gesetzlichen Regelungen zur Frühverrentung¹¹ genutzt und weit unterhalb der ohnehin schon vorgezogenen gesetzlichen neue betriebliche Altersgrenzen etabliert. Wie einleitend skizziert, dominiert diese Strategie bis heute: Um den Personalabbau sozialverträglich zu gestalten und direkte Entlassungen zu vermeiden oder zu minimieren, werden Maßnahmen zur Frühverrentung angeboten. Beispiele dafür liefern nicht nur die Automobilindustrie, deren Zulieferfirmen, die chemische Industrie, der Maschinenbau und der öffentliche Dienst¹². Am häufigsten wird von der folgenden Regelung Gebrauch gemacht: Ältere Beschäftigte verlassen per einvernehmlich vereinbartem Aufhebungsvertrag den Betrieb, werden arbeitslos, beziehen Arbeitslosengeld (bei einer maximalen Bezugsdauer von 832 Tagen) und können dann mit Erreichen des 60. Lebensjahrs eine vorgezogene Rente beantragen. Das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe werden durch Ausgleichszahlungen des Betriebes in je nach Vereinbarung unterschiedlicher Höhe aufgestockt, so daß der Netto-Einkommensverlust begrenzt bleibt.

Eine etwas genauere Betrachtung der Entwicklung in den vergangenen Jahren ergibt, daß die Frühverrentung nicht allein auf den Personalabbau in Struktur- und Konjunkturkrisen sowie in schrumpfenden Betrieben und Branchen zielt, sondern auch auf eine altersstrukturelle Personalumschichtung. Denn selbst in wachstums- und beschäftigungsexpansiven Branchen und Betrieben, wie etwa im Dienstleistungssektor, besteht ein erheblicher formeller und informeller vorzeitiger Ausgliederungsdruck¹³.

11 Dazu zählen vor allem: Absenkung der Schwerbehinderteraltersgrenze; zeitliche Ausdehnung der Arbeitslosengeldbezugsdauer für Ältere (auf bis zu 32 Monate); Erleichterung des Arbeitslosengeldbezuges für Ältere (die „Verfügbarkeit“ für den Arbeitsmarkt wird hier nicht mehr gefordert); vorgezogene Altersgrenze mit 60 Jahren wegen Arbeitslosigkeit; Erwerbsunfähigkeitsverrentungen aufgrund der sogenannten „konkreten Betrachtungsweise“; Einführung des Vorruhestandsgesetzes in Westdeutschland (bis Ende 1988); Einführung des Altersübergangsgeldes in Ostdeutschland (bis Ende 1992).

12 Vgl. Cornelia Knust, „Mit knapp über 50 schon zum alten Eisen“ – Wie deutsche Unternehmen den Vorruhestand zum sanften Personalabbau nutzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 7. 1993. Inwieweit die Neufassung des § 128 AFG, durch die der Arbeitgeber unter bestimmten Bedingungen verpflichtet ist, das Arbeitslosengeld für bis zu zwei Jahre zu erstatten, zu einer Änderung der Frühausgliederungspraxis führt, ist noch nicht abzuschätzen. Eine Fülle von Ausnahmeregelungen läßt eine lediglich begrenzte Wirksamkeit dieser Regelung erwarten.

13 Vgl. Joachim Rosenow/Frieder Naschold, Ältere Ar-

Dieser drastische Abbau der Alterserwerbstätigkeit wäre in den letzten Jahren wohl kaum so reibungslos und konfliktfrei vonstatten gegangen, wenn er nicht zu großen Teilen zugleich den Interessen der davon betroffenen Arbeitnehmer entsprochen hätte. Alle empirischen Untersuchungen zeigen übereinstimmend, daß trotz steigender Lebenserwartung und möglicher sozialer Folgerisiken von Frühverrentungen auch heute noch überwiegend ein frühes Ende der Erwerbstätigkeit angestrebt wird; und dies häufig nach dem Motto: „Je früher, desto besser“¹⁴. Das Motiv, möglichst früh aufzuhören, setzt sich dabei aus einer Mischung von „Push-“ und „Pull-Faktoren“ zusammen. Zu den wichtigsten „Fluchtmotiven“ zählen gesundheitliche Gründe vor allem bei Arbeitern, Unzufriedenheit und Enttäuschung mit den Arbeitsbedingungen speziell in der Spätphase des Erwerbslebens, Resignation und konkrete Zukunftsängste z.B. vor neuen Technologien oder dem drohenden Arbeitsplatzverlust. Es sind also vielfach Motive, die sich auch als „Urteilsspruch“ über insgesamt als verschlechtert wahrgenommene Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen interpretieren lassen¹⁵. Auffällig ist bei der Verrentung, daß nahezu ausschließlich der abrupte, d.h. stufenlose Übergang vom Arbeitsleben in die nachberufliche Phase gewählt und daß dieses traditionelle Austrittsmuster von den Betroffenen auch weitgehend gewünscht und akzeptiert wird¹⁶.

Viele Frühverrentungen sind zugleich Ausdruck und Folge der besonderen gesundheitlichen Probleme älterer Arbeitnehmer. Mit steigendem Alter wachsen die Gesundheitsrisiken und -gefährdungen: Dies betrifft (chronische und schwerwiegende) Krankheiten, längerfristige Arbeitsunfähigkeit (Krankenstand), Behinderungen und Frühinvalidität¹⁷. Immerhin mußte 1991 mehr als die Hälfte der männlichen Arbeiter (56,2 Prozent)

beitnehmer – Produktivitätspotential oder personalwirtschaftliche Dispositionsmasse?, in: Sozialer Fortschritt, (1993) 6–7, S. 146 ff.

14 Martin Kohli u. a., Je früher – desto besser? Die Verkürzung des Erwerbslebens am Beispiel des Vorruhestands in der chemischen Industrie, Berlin 1989. Der Wunsch nach Beendigung der Berufstätigkeit schließt nicht die Bereitschaft aus, während der Phase des Ruhestandes und Rentenbezugs einer neben- oder nachberuflichen Tätigkeit nachzugehen; vgl. Jürgen Warnken, Bislang unausgeschöpfte Potentiale, in: Bundesarbeitsblatt, (1993) 4, S. 5 ff.

15 Vgl. Martin Kohli/Jürgen Wolf, Altersgrenzen im Schnittpunkt von betrieblichen Interessen und individueller Lebensplanung, in: Soziale Welt, (1987) 1, S. 92 ff.

16 Vgl. Gerhard Bäcker/Gerhard Naegele, Alternde Gesellschaft und Erwerbstätigkeit – Modelle zum Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, Köln 1993, S. 70 ff.

17 Vgl. Gerhard Naegele, Zwischen Arbeit und Rente, Gesellschaftliche Chancen und Risiken älterer Arbeitnehmer, Augsburg 1992, S. 227 ff.

aus gesundheitlichen Gründen eine vorgezogene Rente beziehen (wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit zu 43,2 Prozent, wegen Schwerbehinderung zu 9,3 Prozent); bei den männlichen Angestellten lagen die entsprechenden Quoten bei 34,6 Prozent insgesamt (bzw. 22,1 Prozent bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und 11,5 Prozent bei Altersrente an Schwerbehinderte wegen Vollendung des 60. Lebensjahrs)¹⁸.

Allerdings ist bei diesen Zahlen zu berücksichtigen, daß die Frühinvaliditätsverrentung sich nicht ausschließlich auf Gesundheitsbeeinträchtigungen zurückführen läßt, sondern deren Niveau und Entwicklung spiegelt neben der geänderten Rechtslage („konkrete Betrachtungsweise“) auch deren betriebliche, arbeitsmarktabhängige Instrumentierung zur Förderung vorzeitiger Berufsaufgabe wider. Schließlich ist zu betonen, daß von den gesundheitlichen Problemen nur ein Teil der Beschäftigten betroffen ist. Keineswegs alle älteren Arbeitnehmer sind krank, behindert oder in ihrer physisch-psychischen Leistungsfähigkeit gemindert. Eine derartige Dramatisierung wäre unangebracht; sie läßt sich weder empirisch bestätigen, noch ist sie geeignet, Vorurteile über die berufliche Leistungsfähigkeit Älterer abzubauen.

Aus Sicht der Mehrzahl der Beschäftigten ist ein früher „Ruhestand“ kein Stigma, er wird vielfach eher als „Befreiung“ verstanden. Begrenzte Perspektiven in der Arbeit kontrastieren mit gewachsenen Handlungsmöglichkeiten, verbesserten Einkommensverhältnissen und neuen kulturellen Orientierungen nach und außerhalb der Arbeit. Auch wenn diese positive Einschätzung eines frühen Beginns der nachberuflichen Phase selbst wiederum nicht unabhängig von der Arbeitsmarktlage zu interpretieren ist und vor dem Hintergrund möglicher (schlechterer) Entscheidungs- und Lebensalternativen, die der Arbeitsmarkt allgemein und die Betriebe im besonderen den Betroffenen offenlassen, gesehen werden muß, so kann dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der „Run“ auf die verschiedenen vorgezogenen Verrentungsmöglichkeiten zugleich ein „gewandeltes Ruhestandsbewußtsein“ erkennen läßt¹⁹.

Das durch eine ausreichende Rente materiell abgesicherte Leben im Alter hat sich als eine eigenständige, vom Arbeitsleben abgegrenzte Lebensphase institutionalisiert, die nach den erbrachten Leistungen und Entbehrungen im Arbeitsleben als eine „verdiente“ Gegenleistung angesehen wird,

auf die ein „Rechts“anspruch besteht. Der frühe Ruhestand gilt gleichsam als „gerechtfertigte Wiedergutmachungsleistung“²⁰ nach der Pflichterbringung im Erwerbsleben. Hinzu kommt ein vielfältiger Nachholbedarf bei der Verwirklichung solcher privater Interessen, wozu früher keine Zeit und Gelegenheit bestanden. Entscheidend dabei ist, daß sich diese überwiegend positiven Erwartungen weitgehend auch später im Ruhestand selbst bestätigen. Nach übereinstimmenden Untersuchungsbeurteilungen aus den alten Bundesländern sind große Teile der (Früh-)Rentner mit ihrer Situation zufrieden²¹.

Vor diesem Hintergrund der Interessen- und Bewußtseinslage der Mehrzahl der betroffenen älteren Beschäftigten kann die breite Zustimmung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen zur Frühverrentung kaum überraschen. Von allen personalpolitischen Abbau- und Anpassungsstrategien, die eine Beteiligung der Gewerkschaften vorsehen und voraussetzen, ist die Lebensarbeitszeitverkürzung die konfliktfreieste. Sie ermöglicht im Unterschied zur offenen Entlassung einen individuell wie gesellschaftlich legitimierten Abgang vom Arbeitsmarkt, der nicht zum als diskriminierend empfundenen Status „Arbeitsloser“, sondern zum Status „Rentner“ oder „Vorruheständler“ führt, in dem die Betroffenen in der Regel finanziell und sozial besser abgesichert sind.

Demgegenüber haben die Folgeprobleme von Frühverrentungen in der öffentlichen Diskussion eine eher nachrangige Rolle gespielt, wie z. B. die faktische Unterminierung des Rechts auf Arbeit auch im Alter durch die Bevorzugung der Jüngeren bei der Arbeitsplatzzuteilung, die mögliche Steigerung der Arbeitsintensität bei den in den Betrieben verbleibenden Beschäftigten oder die Folgen der generellen Verengung der auf die Humankapitalnutzung bezogenen Zeitperspektive bei den Betrieben. In dem Maße nämlich, wie die zeitliche Beschäftigungserwartung immer kürzer wird, etwa nur noch bis zum 58. oder 60. Lebensjahr „geplant“ wird, entfällt bei den Betrieben die Einsicht in die Notwendigkeit einer längerfristig angelegten Politik der Humankapitalerhaltung z. B. über Gesundheitsschutz und Qualifizierung. Auch ist nicht von der Hand zu weisen, daß frühe (innerbetriebliche) Altersgrenzen die berufliche Wiedereingliederung von älteren Arbeitslosen und/oder von Frauen nach Ablauf ihrer Familienphase zusätzlich erschweren können.

18 Vgl. Rentenversicherungsbericht 1992, Bundestagsdrucksache 12/311, S. 77.

19 Vgl. Gerhard Naegele (Hrsg.), Theorie und Praxis des Vorruhestandsgesetzes, Augsburg 1989.

20 Jürgen Wolf, Die Veränderung der Altersgrenzen – Betriebliche Interessen und biographische Perspektiven, in: Sozialer Fortschritt, (1989) 4, S. 96.

21 Vgl. G. Naegele (Anm. 17), S. 292 ff.

III. Zukünftige Rahmenbedingungen

1. Demographischer Umbruch

Nun läßt sich von der skizzierten Ist-Situation der Alterserwerbstätigkeit nicht ohne weiteres auf die mittlere und fernere Zukunft schließen. Die aktuellen Bedingungen sind nicht statisch; vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen, ökonomischen und sozialstrukturellen Verschiebungen unterliegen sie vielmehr einem dynamischen Anpassungsprozeß. Die Frage ist also, ob die Annahmen und Begründungen, die für den die zukünftigen Perspektivenwechsel in der Alterspolitik in Richtung auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine Heraufsetzung der gesetzlichen Altersgrenzen vorgebracht werden, stimmig sind. Dabei handelt es sich nicht um unverbindliche Debatten. Mit der Rentenreform 1992 sind die gesetzgeberischen Schritte zu einer Anhebung der Altersgrenzen in der Rentenversicherung festgelegt worden. In gut sieben Jahren, ab dem Jahre 2001, werden die bisherigen vorgezogenen Altersgrenzen schrittweise auf die neue Regelaltersgrenze von 65 Jahren heraufgesetzt. Langjährig Versicherte, die bislang ihre Altersrente mit 63 Jahren in Anspruch nehmen können, müssen dann, wenn die Anhebung vollständig wirksam geworden ist, zwei Jahre länger auf ihre (ungekürzte) Altersrente warten. Und um immerhin fünf Jahre verlängert sich die Frist für Frauen und Arbeitslose, die nach geltendem Rechtsstand bereits mit 60 Jahren eine Altersrente beziehen können. Ausgenommen von dieser Altersgrenzanhebung bleibt allein der Bezug einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente sowie der vorgezogenen Altersrente (ab 60 Jahren) für Schwerbehinderte.

Soll beurteilt werden, ob diese rechtlichen Vorgaben tatsächlich wirksam werden, ist zweierlei zu klären: *erstens*, welchen Verlauf der demographische Umbruch nehmen wird, und *zweitens*, wie sich vor diesem Hintergrund die Arbeitsmarktlage allgemein und für die Älteren im besonderen entwickeln wird.

a) Zur demographischen Entwicklung

Wir wissen, daß demographische Prognosen mit großen Unsicherheiten behaftet sind. Während bei den Modellrechnungen die Entwicklung von Lebenserwartung und Geburtenhäufigkeit vergleichsweise gut abzuschätzen ist, bestehen erhebliche Unwägbarkeiten hinsichtlich der Größenordnung und der Struktur der Wanderungsbewegung. Die Annahmen über Niveau und strukturelle Zusam-

mensetzung (insbesondere hinsichtlich Geschlecht und Alter) der Nettozuwanderung beeinflussen hierbei nicht nur die Aussagen über die zu erwartende Entwicklung der Bevölkerungszahl, sondern auch über deren Altersstruktur²². Die vorliegenden Szenarien und Modellrechnungen lassen nur erkennen, daß bei einer weiter andauernden Zuwanderung die Bevölkerungszahl bis um das Jahr 2010 herum weiter steigen, danach aber – selbst bei hohen Zuwanderungen – rückläufig sein wird.

Entscheidender aber noch ist die Aussage, daß die Wanderung die Verschiebungen in der Altersstruktur nicht grundsätzlich aufhalten wird, sondern nur abbremsen und modifizieren kann. Angesichts der dominanten Wirkung der drastisch schrumpfenden Nachwuchsjahrgänge und der steigenden Lebenserwartung muß davon ausgegangen werden, daß die vereinigte Bundesrepublik zu einer alternden Gesellschaft wird, in der die ältere Generation absolut und relativ ein immer höheres Gewicht erhält. Während die Zahl der Bevölkerung im jüngeren Alter (unter 20 Jahre) und im mittleren Alter (20 bis unter 60 Jahre) in den nächsten Jahren sinkt – bis zum Jahr 2010 noch langsam, dann aber schnell –, nimmt die Zahl der Älteren (60 Jahre und älter) ebenso beständig zu. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung, der 1990 bei 20,4 Prozent lag, erhöht sich bis zum Jahr 2010 auf 25 Prozent und bis zum Jahr 2030 auf 34,9 Prozent²³.

Dieser kollektive Alterungsprozeß der Gesamtbevölkerung läßt keinen gesellschaftlichen Teilbereich unberührt und wirkt sich natürlich auch auf die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung aus, deren Durchschnittsalter steigt. Innerhalb der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60 Jahre) werden sich die nachwachsenden jüngeren Jahrgänge (unter 30 Jahre) in Anzahl und Anteil vermindern – zunächst zugunsten der mittleren Jahrgänge (30 bis unter 50 Jahre), etwa nach dem Jahr 2005 dann aber zugunsten der älteren Jahrgänge (50 Jahre und älter). So wird der Anteil der unter 30jährigen an allen Beschäftigten im Jahre

22 Vgl. Reiner Dinkel/Uwe Lebok, Könnten durch Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Zusatzkosten der Sozialen Sicherung aufgehoben oder verändert werden?, in: Deutsche Rentenversicherung, (1993) 6, S. 388 ff.

23 Vgl. Bettina Sommer, Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. Ergebnis der siebten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung, in: Wirtschaft und Statistik, (1992) 4, S. 217 ff. Die neuere Modellrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) weist demgegenüber (wegen offensiverer Annahmen über die Zuwanderung) eine geringfügig schwächere Entwicklung auf. Vgl. Erika Schulz, Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040, in: DIW-Wochenbericht, (1993) 23; s. a. den Beitrag von Bert Rürup/Werner Sesselmeier in diesem Heft, insbes. Kapitel III.

2010 noch ca. 23 bis 25 Prozent betragen, während der Anteil der über 50jährigen auf 26 Prozent steigt²⁴. Für die Altersgruppe 40 und älter geht Prognos (ein weltweit tätiges Forschungs- und Beratungsunternehmen mit Sitz in Basel) davon aus, daß bis zum Jahr 2010 ein Anstieg um drei Millionen Erwerbspersonen zu erwarten ist, während die jüngeren Altersjahrgänge auf dem Arbeitsmarkt um mehr als sechs Millionen Personen zurückgehen werden²⁵.

In einer absehbaren Zeitspanne wird es dann zum ersten Mal mehr ältere als jüngere Erwerbspersonen geben. Dieser Alterungsprozeß des Erwerbspotentials verläuft allerdings nicht bruchlos, er gewinnt seine volle Dynamik erst nach 2010; etwa um 2030 dürften die Älteren rund ein Drittel der Erwerbspersonen ausmachen, während die Jüngeren auf gut 20 Prozent abfallen. 1990 war das Verhältnis mit 32 Prozent zu 23 Prozent geradezu umgekehrt.

b) Zur Arbeitsmarktlage

Angesichts dieses Umbruchs stehen Gesellschaft, Arbeitsmarkt und Wirtschaft der Bundesrepublik vor schwerwiegenden Herausforderungen. Für die Zukunft von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ist die Frage entscheidend, wie eine alternde Erwerbsbevölkerung den Anforderungen des ökonomischen und technologischen Wandels entsprechen kann. Die Arbeitsmarkt- und Qualifikationsforschung hat gezeigt, daß in den nächsten Dekaden mit einem forcierten Strukturwandel der Arbeitslandschaft zu rechnen ist, d. h., die Arbeits- und Qualifikationsanforderungen und der betriebliche Arbeitskräftebedarf ändern sich grundlegend: Im Übergang zu neuen Produktionstechniken und zur Dienstleistungsgesellschaft verändern sich die Branchen- und Tätigkeitsstrukturen, unterliegen formelle Ausbildungsbeschlüsse einem schnellen Alterungsprozeß und wachsen vor allem die Anforderungen an die (fachübergreifende) Qualifikation und die Flexibilität der Beschäftigten²⁶.

Das bedeutet, daß die Betriebe die notwendigen Produkt- und Verfahrensinnovationen sowie zukünftigen Technologie- und Rationalisierungsschübe mit insgesamt älteren und anders zusammengesetzten Belegschaften (steigender Frauen-

und Ausländeranteil) zu bewältigen haben werden. Angesichts der schwächer besetzten Nachwuchsjahrgänge läßt sich der für die betriebliche Personal- und Arbeitswirtschaft der letzten Jahrzehnte so selbstverständliche Rückgriff auf jüngere Jahrgänge im „generationellen Austausch“ gegen ältere immer schwerer realisieren. Die Verfügbarkeit über jüngere, gut ausgebildete deutsche Nachwuchskräfte dürfte zu einem Wettbewerbsparameter werden: Die Betriebsbelegschaften insgesamt altern, aber die Altersstruktur der Beschäftigten wird – wie derzeit bereits – nach Branchen, Betriebsgrößenklassen, Geschlecht, Tätigkeitsprofilen usw. variieren.

2. Entwicklung des Arbeitsmarktes in mittelfristiger Sicht

Nun besagen diese demographischen Trends noch nicht, daß sich auch der Verbleib der Älteren im Beruf entsprechend verlängert, daß also die Betriebe bereit sind, für eine längere Beschäftigung älterer Arbeitnehmer Arbeitsplätze in entsprechender Quantität und Qualität bereitzustellen. Auch eine Anhebung der Altersgrenzen in der Rentenversicherung garantiert dies nicht. Wie die Ergebnisse sowohl der nationalen als auch der internationalen Forschung zeigen, lassen sich Kurskorrekturen in der Alterserwerbstätigkeit nicht allein durch eine rentenrechtliche „Außensteuerung“ erreichen²⁷. Vielmehr muß die Frage, wie und unter welchen konkreten betrieblichen Beschäftigungsbedingungen und individuellen Voraussetzungen der betroffenen Beschäftigten Berufstätigkeit im höheren Alter stattfindet und wann und wie Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben ausscheiden und eine Rente beziehen, im Kontext vor allem der Arbeitsmarktlage diskutiert werden.

Zu fragen ist, wie lange es den Betrieben möglich ist, für die älteren Beschäftigten trotz des demographischen Umbruchs einen gleichermaßen produktiven „Ersatz“ unter relativ geringem Aufwand auf dem externen Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Anders herum formuliert: Wann und in welchem Maße führt der demographisch bedingte Rückgang des inländischen Arbeitskräfteangebots zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials insgesamt und – in Kombination mit der Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs – zu einer Verbesserung der Beschäftigungschancen vor allem der älteren Arbeitnehmer, so daß sich die geplante Trendwende in der Alterserwerbstätigkeit auch realisieren läßt?

24 Vgl. Manfred Thon, Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (1991) 4, S. 710.

25 Vgl. Christian von Rothkirch, Langfristige Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung bis 2010, in: Sozialer Fortschritt, (1993) 8, S. 181.

26 Vgl. im Überblick Wolfgang Klauer, Ausreichende Mitarbeiter für Tätigkeiten von morgen?, in: Hans-Jörg Bullinger u. a. (Hrsg.), Alter und Erwerbsarbeit der Zukunft, Berlin 1993, S. 22 ff.

27 Vgl. M. Thon (Anm. 24), S. 706 ff.; vgl. auch Chr. v. Rothkirch (Anm. 25); Jens Grütz u. a., Modellrechnungen zum Erwerbspersonenpotential und zur Arbeitsmarktbilanz bis zum Jahr 2030, in: Deutsche Rentenversicherung, (1993) 7, S. 449 ff.

Die vorliegenden mittelfristigen Arbeitsmarktprognosen machen einmal mehr deutlich, daß die entlastende demographische Komponente in den nächsten Jahren durch die zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung, die Ausschöpfung der stillen Reserve und vor allem durch die Zuwanderung mehr als kompensiert wird und erst nach der Jahrtausendwende mit einer deutlichen Entlastung auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zu rechnen ist²⁸. Erst dann dürfte der Geburtenrückgang deutlich auf das Erwerbspersonenpotential durchschlagen. Bis um das Jahr 2010 jedoch, so die Berechnungen, wird die Zahl der Erwerbssuchenden noch über dem 1990 erreichten Niveau von rund 41 Millionen Personen liegen. Diese Trends über die wahrscheinliche Entwicklung der Angebotskomponente auf dem Arbeitsmarkt müssen mit der Nachfragekomponente, d.h. der Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Betriebe, bilanziert werden, um Aussagen über die Entwicklung von realisiertem Beschäftigungsniveau und Arbeitslosigkeit treffen zu können. Unterstellt man einen moderaten Verlauf von Wachstum, Produktivität und Arbeitszeitverkürzung, ergeben sich bei der Bilanzierung negative Aussichten. Nach Prognose könnte die Arbeitsplatzlücke von 5,2 Millionen im Jahr 1992 auf 5,9 Millionen im Jahr 2000 anwachsen und sich erst ab dann langsam verringern²⁹.

Bei diesen Arbeitsmarktbilanzen ist allerdings zu berücksichtigen, daß sie auf den aggregierten Angebots- und Nachfrageentwicklungen des Arbeitsmarktes basieren und keine Aussagen über mögliche Diskrepanzen zwischen den Anforderungsprofilen der Betriebe einerseits und dem Leistungs- und Qualifikationspotential der Arbeitskräfte andererseits erlauben. Wenn es richtig ist, daß im Arbeitsleben gerade die qualifikatorischen Anforderungen steigen, dann dürfte für die schlecht ausgebildeten Zuwanderer aus den Nicht-EG-Ländern nur ein begrenztes Arbeitsmarktsegment offenstehen. Es gilt also, bei den Arbeitsmarktszenarien nach berufsfachlichen, qualifikatorischen und regionalen Teilarbeitsmärkten zu differenzieren und zu berücksichtigen, daß es trotz eines generellen Arbeitskräfteüberhangs in einzelnen Bereichen zu Knappheitssituationen kommen kann. Verläßt man allerdings die kurze Sicht, sollte weder die Durchlässigkeit zwischen den Teilarbeitsmärkten noch die Flexibilität von Betrieben wie Beschäftigten unterschätzt werden.

28 Vgl. Chr. v. Rothkirch (Anm. 25), S. 183; s. ausführlicher den Beitrag von Bert Rürup/Werner Sesselmeier in diesem Heft, Kapitel III.

29 Im Rentenreformgesetz ist ausdrücklich vorgesehen, daß ab 1997 im Rentenversicherungsbericht dargestellt wird, wie sich die Anhebung der Altersgrenzen auf die Arbeitsmarktlage auswirken wird.

Aus der Sicht des gesamten Arbeitsmarktes betrachtet ist damit zu rechnen, daß die im Rentenreformgesetz vorgesehene Heraufsetzung der Altersgrenzen in eine Phase anhaltend hoher Arbeitslosigkeit fällt. Wenn der Zeitpunkt der Anhebung nicht verschoben und/oder die Anhebungsschritte nicht gestreckt werden³⁰, dürfte der durch den späteren Rentenbezug ausgelöste Potentialanstieg auf dem Arbeitsmarkt zur Gefahr weiter wachsender Arbeitslosigkeit führen. Lediglich diejenigen „produktiven“ Älteren werden auch tatsächlich länger im Beruf verbleiben, die über ein überdurchschnittlich hohes Qualifikations- und Flexibilitätpotential sowie eine gute physische und psychische Konstitution verfügen und zugleich für den Betrieb unentbehrlich sind. Für die anderen müssen alternative Ausgliederungspfade und Ausweichmöglichkeiten gesucht und gefunden werden, um ihre Beschäftigung bis zur neuen Regelaltersgrenze zu vermeiden. Die Ausgliederung wird dann über solche Wege – z.B. über Arbeitslosigkeit oder spezielle Vorruhestandsregelungen – erfolgen, die die Betroffenen finanziell und sozial sowie hinsichtlich ihrer Rechtsposition wesentlich schlechter als derzeit stellen.

Die älteren Arbeitnehmer werden sich also auf den späteren Beginn der ungeschmälernten Zahlung von Altersrenten, nicht aber auf einen durchgängig verlängerten Verbleib an ihrem Arbeitsplatz einzustellen haben! So lassen sich auch die versicherungstechnischen Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug interpretieren. Denn der Weg in den vorgezogenen Ruhestand ist mit dem Rentenreformgesetz nicht grundsätzlich verbaut worden, sondern soll künftig weiterhin möglich sein. Er ist jedoch auf maximal drei Jahre begrenzt (d.h. frühestens ab dem 62. Lebensjahr möglich, so daß Männer sogar ein Jahr früher als derzeit eine Altersrente beziehen können) und kann nur unter Inkaufnahme von dauerhaften, über die gesamte Rentenbezugszeit hinweg reichenden Renteneinbußen von 0,3 Prozent pro Monat des vorgezogenen Rentenbezugs erfolgen. Diese Abschläge machen eine vorzeitige Verrentung zum finanziellen Risiko. Es dürften gleichwohl die Arbeitslosen und die gesundheitlich beeinträchtigten Beschäftigten sowie die Frauen sein, die mit 62 Jahren den vorzeitigen Rentenbezug beantragen. Im Unterschied zu den besser bezahlten (zusätzlich noch durch Betriebsrenten abgesicherten), qualifizierteren und auch gesünderen Angestellten können sie sich zwar die Abschläge von rund 12 Prozent am wenig-

30 Vgl. Gerhard Naegele, Die Zukunft der älteren Arbeitnehmer in einer veränderten Arbeitslandschaft – Neue Chancen oder neue Risiken?, in: Sozialer Fortschritt, (1988) 2–3, S. 33 ff.

sten leisten, aber aufgrund ihrer sozialen und gesundheitlichen Situation haben sie kaum eine Alternative.

Daneben ist zu vermuten, daß die rentenrechtlichen „Ausweichalternativen“ – Frühverrentungen über Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sowie über die Inanspruchnahme der Altersgrenze mit 60 Jahren bei Schwerbehinderung – noch stärker genutzt werden. Vor dem Hintergrund der absehbaren ökonomischen und technologischen Entwicklung könnte zwar davon ausgegangen werden, daß sich die Arbeitsbelastungen verringern und der Gesundheitszustand verbessern werden mit der Folge, daß der Kreis der Beschäftigten mit vorzeitigem gesundheitlichen Verschleiß geringer wird. Nach heutigem Wissensstand läßt sich über diese optimistische These aber kein abschließendes Urteil sprechen³¹. Zu widersprüchlich sind die Ausgangsdaten: Auf der einen Seite lassen sich durch die Verschiebung der Beschäftigungsschwerpunkte auf den Dienstleistungssektor durchaus verbesserte, d. h. belastungsärmere Arbeitsbedingungen (zum Beispiel durch die Abnahme körperlicher Schwerarbeit) sowie kürzere Arbeitszeiten (vor allem durch Wochenarbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung) feststellen. Auf der anderen Seite steht jedoch eine Zunahme der sogenannten psychischen Belastungsfaktoren (Streß, Zeit- und Termindruck, Verantwortungszunahme, *burn-out*-Syndrom etc.), eine Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit sowie die Persistenz körperlicher Belastungen (Schwerarbeit, einseitige Belastungen des Stütz- und Bewegungsapparats) in Teilbereichen der Wirtschaft. Solche „Verschleißarbeitsplätze“³² – entsprechende Tätigkeiten können nur für eine begrenzte Zeit bzw. nur bis zu einem bestimmten Lebensalter ausgeübt werden – finden sich nicht nur im industriellen Bereich, sondern auch in manchen der vermeintlich „leichten“, frauentypischen Dienstleistungsbranchen, was sich am Beispiel der Kranken- und Altenpflege zeigen läßt.

IV. Ansatzpunkte einer präventiven Politik für ältere Arbeitnehmer

Unser Befund, daß trotz des demographischen Wandels die Alterserwerbstätigkeit auf mittlere Sicht kaum nachhaltig ansteigen wird, umschreibt

31 Vgl. Annegret Köchling, Arbeitsplätze der Zukunft, in: Forum Demographie und Politik, (1992) 2, S. 75 ff.

32 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1992, Stuttgart 1992, S. 81.

die voraussichtliche Entwicklung vor dem Hintergrund eines anhaltenden Arbeitsmarktungleichgewichts und einer fortgesetzten altersselektiven Personalpolitik der Betriebe. Mit dieser Schlußfolgerung kann es allerdings nicht sein Bewenden haben, denn diese mittlere – bis etwa in die Jahre 2010 bis 2015 reichende – Perspektive kann die dramatischen Veränderungen in der Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung, die in den Jahren danach eintreten werden, nicht einfach ausblenden. Die Tatsache, daß die Verschiebungen der Bevölkerungsstruktur zunächst nur langsam auftreten und durch die anhaltend schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt zunächst kompensiert werden, darf nicht zu einer auf „Entwarnung“ und „Abwarten“ gerichteten Politik führen, denn die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen benötigen für ihre Durchsetzung und Wirksamkeit Zeit. Die nach der Überwindung der Arbeitsplatzlücke erforderliche Politik einer vollen Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials läßt sich nicht „auf Knopfdruck“ realisieren. Längerfristige Orientierungen sind notwendig. Eine Schlüsselstellung kommt hierbei den Betrieben zu; sie sind gefordert, einen Perspektivenwechsel hin zu einer altersorientierten Personal- und Beschäftigungspolitik einzuleiten. Konkret heißt das, schon jetzt bei den Älteren von morgen, nämlich bei den heute 40- bis 50jährigen, Vorsorge für deren längerfristige Beschäftigung zu treffen. Die Wende hin zu einer präventiven betrieblichen Politik müßte schwerpunktmäßig bei

- erstens einer Intensivierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen unter dem Gesichtspunkt des Alterungsprozesses,
- zweitens der Verstärkung der betrieblichen wie außerbetrieblichen (AFG) Maßnahmen zur Qualifikationsanpassung und -erhaltung und
- drittens der Bereitschaft zur alters- und leistungsbezogenen Anpassung von Arbeitsplätzen, zur Umstrukturierung von Arbeitsaufgaben und -tätigkeiten sowie zu einer an einer verlängerten Lebensarbeitszeit orientierten Veränderung von Leistungsnormen

ansetzen. Das ist in einer Phase von Massenarbeitslosigkeit und Personalabbau natürlich leichter gesagt als getan. In der betrieblichen Personalpolitik dominiert das kurzfristige Krisenmanagement; angesichts der wirtschaftlichen, konjunkturellen wie strukturellen Unwägbarkeiten fehlt die Bereitschaft und vielleicht auch die Fähigkeit für eine längerfristig orientierte Personalplanung.

V. Arbeitszeit, Lebenszeit und Ruhestandsalter

Bleibt der Trend zur Frühverrentung bestehen, wird dies auch gesellschaftspolitisch zunehmend problematisch, denn er steht in Widerspruch zum geänderten Lebenszeitverlauf und wirft die Frage nach der „sinnvollen Nutzung“ des frühen Alters nach und außerhalb der Erwerbsarbeit auf. Der Zusammenhang wird deutlich, wenn man bei der Analyse der Folgewirkungen des demographischen Umbruchs das Augenmerk nicht allein auf die anhaltend niedrige Geburtenquote lenkt. Gleichermaßen von Bedeutung ist der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung. Sie beträgt zum Beispiel für 60jährige Männer noch 18 Lebensjahre und für 60jährige Frauen noch 22 Lebensjahre³³. Im internationalen Vergleich liegt hier die Bundesrepublik eher im Mittelfeld, so daß viel dafür spricht, daß sich die Lebenserwartung in Zukunft noch weiter erhöhen wird. Das Zusammentreffen von rückläufigem Berufsaustrittsalter und Verlängerung der zukünftigen Lebenserwartung bedeutet, daß sich die eigentliche Altersphase im Lebenslauf zeitlich immer mehr ausdehnt. Bei einem Rentenbeginn mit 60 Jahren summiert sie sich im statistischen Schnitt auf 18 bis 22 Lebensjahre, d.h., daß die Betroffenen beim Übergang in die nachberufliche Lebensphase noch rund ein Viertel ihrer Lebenszeit vor sich haben.

Am anderen Ende des Lebenslaufs erfolgt durch die vermehrte Bildungsbeteiligung, die verlängerten Ausbildungsgänge und die sich daran anschließende berufliche „Such- und Orientierungsphase“ der eigentliche Einstieg ins Berufsleben immer später. Er liegt mittlerweile im Durchschnitt bei rund 20 Jahren; im Bereich der akademischen Ausbildung dürfte ein Berufsbeginn mit 25 Jahren keine Ausnahme, sondern eher der Regelfall sein. Durch den Doppeleffekt der divergent verlaufenden zeitlichen Verschiebungen an beiden Enden des Lebenslaufs drängt sich die Erwerbsphase auf eine immer kürzer werdende Zeitspanne, in der die Zeitnot zum Alltag zählt. Auf der anderen Seite gewinnt die Altersphase im Vergleich zur Erwerbsphase und zum gesamten Lebenslauf stetig an Gewicht. Das Leben im Ruhestand dürfte heute nahezu die Hälfte des Lebens in der Erwerbsphase ausmachen, und die in der Erwerbsphase verbrachte Zeit dürfte bereits deutlich unter der insgesamt erwerbsfrei verbrachten Zeit liegen.

³³ Vgl. ausführlich G. Bäcker/G. Naegele (Anm. 16), S. 142 ff.

Angesichts dieser Lebenszeitstrukturierung kann eine möglichst frühe Berufsaufgabe nach unserem Dafürhalten kein erstrebenswertes Ziel sein. Auch wenn sich bislang noch kein soziales Problem stellt und das Konfliktpotential zwischen den Akteuren angesichts der Arbeitsmarktlage gering ist, sollte die „Entberuflichung des Alters“ sowohl aus gesellschaftlicher als auch aus der lebensgeschichtlichen Perspektive des einzelnen nicht unbesehen akzeptiert und als „soziale Errungenschaft“ blind verteidigt werden. Erwerbsarbeit ist ja nicht nur mit Gefährdungen, Belastungen, Bedrohungen und Risiken, sondern auch mit Freude, Befriedigung, Sinnerfüllung und Persönlichkeitsentwicklung verbunden. In erwerbswirtschaftlichen Systemen ist und bleibt der Arbeitsplatz ein zentraler Ort für die Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben. Und es erscheint nicht nur gesellschaftlich wünschenswert, sondern – im Interesse aller Altersgruppen – auch notwendig, daß die Älteren mit ihrer jeweiligen Erfahrungsperspektive daran beteiligt sein können.

Die artikulierte Hoffnung auf das Leben nach der Arbeit, auf (endlich) ausreichende Zeit und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, wirft zugleich ein Licht auf die gegebenen Strukturen von Lebens- und Arbeitszeit, die die Realisierung individueller Interessen und Bedürfnisse während der Erwerbsphase nur schwer zulassen. Dies gilt auch für den Wunsch, Elternschaft und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Die Strukturen der Erwerbsarbeit sind aber prinzipiell ebenso gestaltbar, darauf bezogene Arbeitnehmereinstellungen mithin beeinflussbar, wie die zeitliche Struktur des Lebenszyklus. Es ist also durchaus denkbar, daß bei aktiver betrieblicher Förderung der Beschäftigung Älterer sowie gleichzeitig anderen Verteilungsmustern von Arbeitszeit, Freizeit und Reproduktionszeit in der Perspektive der Lebenszeit das Interesse der Arbeitnehmer an einer humanen und sinnvollen Berufstätigkeit auch im fortgeschrittenen Alter wieder ansteigt.

VI. Flexible Arbeitszeitgestaltung in lebenszeitlicher Perspektive

Es sollte künftig darum gehen, sozial akzeptable und sozialpolitisch abgesicherte Optionen zu eröffnen für unterschiedliche, den Bedarfs- und Lebenslagen älterer Arbeitnehmer entsprechende Entscheidungen über den Übergang vom Arbeits-

leben in die nachberufliche Phase³⁴. Diese müssen eine frühe Berufsaufgabe (zum Beispiel aus Krankheitsgründen oder wegen Arbeitslosigkeit) ebenso zulassen wie die Weiterarbeit (aus welchen Gründen auch immer). Die geforderte Wahlfreiheit muß sich neben der Orientierung auf den Zeitpunkt des vollständigen Übergangs auch auf optionale Modelle der Zeitraumgestaltung für einen allmählichen Übergang, der Erwerbsarbeit und nachberufliche Phase miteinander verbindet, beziehen. Der *gleitende Ruhestand* durch eine Verbindung von Altersteilzeitarbeit und Teilrentenzahlungen könnte ein Beitrag dazu sein. Für dieses Konzept sprechen zahlreiche gerontologische wie sozial-, humanisierungs- und selbst arbeitsmarktpolitische Gründe.

Das mit der Rentenreform 1992 eingeführte und seitdem praktizierbare Teilrentenmodell weist in diese Richtung. Es ist aber lediglich als spätes Gleitmodell konzipiert, das erst nach Erreichen der jeweils geltenden gesetzlichen Altersgrenzen greift und damit ausschließlich auf die Förderung der Weiterarbeit jenseits der (gegenwärtigen und der zukünftig heraufgesetzten) Altersgrenzen zielt. Hinzu kommt, daß die Reformen auf das Rentenrecht beschränkt sind, während das Konzept der Teilrente, nämlich die Bereitstellung entsprechender Teilzeitarbeitsplätze, unberücksichtigt bleibt und der freien Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt überantwortet wird. Zwar steht der Teilrentenananspruch grundsätzlich allen Versicherten zu, wenn die Bezugsvoraussetzungen erfüllt sind. Da aber offenbleibt, ob und inwieweit die Arbeitgeber auf einen Wunsch nach einem gleitenden Ruhestand überhaupt eingehen, ist es unbestimmt, wer das Optionsrecht auf eine Teilrente auch realisieren kann.

Die Chancen zur Inanspruchnahme von Teilrenten hängen insofern ganz maßgeblich von der Bereitschaft der Unternehmen ab, Teilzeitarbeitsplätze in ausreichender Zahl sowie in der gewünschten Struktur bereitzustellen. Dabei geht es nicht um das Angebot an traditionellen „Frauen-Teilzeitarbeitsplätzen“, sondern um die Möglichkeit, die Arbeitszeit am angestammten oder an einem qualitativ vergleichbaren Arbeitsplatz zu reduzieren. Die bisherigen Erfahrungen mit betrieblichen und tariflichen Regelungen zur Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer haben aber erkennen lassen, daß die Betriebe die volle Ausgliederung dem gleitenden Übergang vorziehen und keine Bereitschaft

zeigen, die für die Praktizierung des Gleitmodells erforderlichen arbeitsorganisatorischen und -zeitlichen Regelungen einzuführen³⁵.

Ablehnende Einstellungen finden sich jedoch auch auf der Seite der Älteren selbst. Männer (um die es sich hier ja in erster Linie handelt) sind kaum bereit, gerade am Ende ihres Berufslebens in eine als statusgemindert interpretierte Teilzeittätigkeit zu wechseln, auch sie ziehen den „klaren Schnitt“ der frühzeitigen Vollverrentung dem Stufenmodell vor. Da kein einklagbarer Arbeitnehmeranspruch auf ein Teilzeitarbeitsverhältnis besteht, wird sich der Teilrentenbezug in den nächsten Jahren insofern nur sehr zögerlich entwickeln und auf absehbare Zeit von marginaler Bedeutung bleiben³⁶.

Wenn Teilrenten derzeit überhaupt in Anspruch genommen werden, dann erfolgt dies nicht durch eine Reduzierung der Arbeitszeit am angestammten Arbeitsplatz oder im alten Betrieb, sondern viel eher durch Aufnahme einer Nebenerwerbstätigkeit nach Beendigung der eigentlichen Berufsphase. Die Zahlung von Teilrenten hat unter diesen Umständen weniger mit einem gleitenden Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand als mit der Flankierung eines Arbeitsmarktes für eher schlechtbezahlte Nebenerwerbstätigkeiten zu tun. Auch werden es „kleine“ Selbständige mit niedrigen Rentenanwartschaften sein, die neben dem Teilrentenbezug noch weiterarbeiten.

Das begrenzte Interesse an der Altersteilzeitarbeit sollte Anlaß dafür sein, die angestrebte Arbeitszeitflexibilisierung nicht nur auf die Älteren auszurichten. Es geht um ein *Gesamtkonzept* zur Gestaltung von Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit bei Berücksichtigung lebenszyklischer unterschiedlicher Zeitbedürfnisse und -präferenzen in lebensbiographischer Dimension³⁷.

Warum ließe sich nicht ein „Teil“ der Ruhestandsphase auf die mittlere Lebensphase, in der die beruflichen und außerberuflichen Zeitbelastungen besonders groß sind, „vorziehen“? Wäre es nicht sinnvoll, in der Mitte des Erwerbslebens bezahlte Teilzeitphasen oder/und Familien- oder Qualifikationspausen einzulegen, mit dem Ziel, die alltägliche Zeitnot zu vermindern und dafür die Ruhestandsphase ein Stück weit hinauszuschieben? Die starre Vorzeichnung des Lebenslaufs durch die Normalbiographie, d.h. durch die schematische

34 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Gutachten im Auftrag des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Verteilungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung eines Teilrentensystems (Bearbeitet von Gert Wagner/Ellen Kirner/Jürgen Schupp), Berlin 1988.

35 So liegen 18 Monate nach dem Inkrafttreten der Regelung bei der Bundesanstalt für Arbeit erst 1300 Anträge vor.

36 Während vor 1992 die Rentenzahlung völlig gestrichen wurde, wenn bei einem Nebenerwerb die Hinzuverdienstgrenze überschritten wurde, können nun Teilrenten mit entsprechend höheren Hinzuverdienstgrenzen bezogen werden.

37 Vgl. Hartmut Seifert (Hrsg.), *Jenseits der Normalarbeitszeit*, Köln 1993.

Abfolge der Phasen Kindheit und Jugend, Erwerbstätigkeit und Ruhestand, steht damit in der Kritik. Erforderlich wird die Suche nach einer partiellen *Destandardisierung* des Lebenslaufs und der Lebensarbeitszeit und nach flexiblen Übergängen und Gestaltungsspielräumen innerhalb und zwischen den Phasen.

Gerade aus gerontologischer Sicht erscheint Arbeitszeitverkürzung bereits in früheren Lebensphasen sinnvoll. Denn Lebensbedürfnisse und -erwartungen wie das Zusammenleben mit Kindern und Partner, kulturelle, soziale und politische Interessen lassen sich nicht einfach auf die nachberufliche Lebensphase verschieben. Die Versöhnung von Arbeitswelt und Lebenswelt vor dem

Ruhestand setzt eine Arbeitszeitverkürzung sowie eine lebenslagen- und bedarfsspezifische Flexibilisierung von Lage und Verteilung der Arbeitszeit während der Berufstätigkeit voraus. Dadurch wird auch überhaupt erst das frühe Einüben und Praktizieren von solchen Interessen und Aktivitäten ermöglicht, auf die dann später im Ruhestand zurückgegriffen werden kann. Eine lebenszeitliche Arbeitszeitflexibilisierung und -verkürzung wäre schließlich eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des gleitenden Ruhestandes: Es ist kaum zu erwarten, daß die plötzliche und erstmalige Flexibilisierung der Arbeitszeit am Ende der Erwerbsbiographie auf Akzeptanz stößt, wenn dazu während des gesamten früheren Berufslebens keine Gelegenheit bestand.

Latente Macht und neue Produktivität der Älteren

I. Vorbemerkungen

Die Beschäftigung sowohl mit dem individuellen als auch mit dem gesellschaftlichen Altern gewinnt Konjunktur: in diversen wissenschaftlichen Disziplinen, in Werbeagenturen und bei Unternehmensberatern, in den Medien und in den Führungsetagen der Wirtschaft, in Verwaltungen und Verbänden¹. Die mittelfristigen und erst recht die langfristigen Effekte dieser lautlosen Revolution (vgl. *Abbildung 1*) werden unser Land und die Bevölkerung tief und nachhaltig verändern. Alle Akteure stellen sich jedoch eher zögerlich der Aufgabe, den demographischen Wandel aufzunehmen und zu gestalten. Dabei handelt es sich nicht nur um unsichere Schritte auf noch unbekanntem Terrain; auch Vorurteile spielen eine Rolle. Weiterhin wird noch unterstellt, daß eine alternde Gesellschaft innovationsfeindlicher, unflexibler und ärmer wird („Vergreisung“). Es hängt nicht zuletzt von den Älteren selbst ab, von ihrem Selbstbewußtsein, ihren Potentialen und ihrer Einflußnahme, ob sie in Zukunft als „Alterslast“ oder als „Alterskapital“ bewertet werden.

II. Neues Alter mit mehr Lebensqualität

Vom dreifachen Altern spricht der Soziologe Hans Peter Tews und meint damit, daß es immer mehr ältere Menschen gibt, die im Verhältnis zu immer weniger werdenden Jüngeren immer älter werden². Merkmale des *neuen Alters* sind eine hohe Zahl an Hochaltrigen (ab 75 Jahre aufwärts), eine frühe Entberuflichung, eine Feminisierung und schließlich eine Verjüngung des Alters; die Altersphase wurde ausgeweitet: nach unten durch Arbeitsmarktpolitik, nach oben durch Wohlfahrts politik. Wer von „den Älteren“ redet, muß also

1 Vgl. Paul Baltes/Jürgen Mittelstraß (Hrsg.), *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*, Berlin 1992; Hans-Ulrich Klose (Hrsg.), *Altern der Gesellschaft. Antworten auf den demographischen Wandel*, Köln 1993; *Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040*, in: DIW Wochenbericht, (1993) 29, S. 393–404.

2 Vgl. Gerhard Naegele/Hans-Peter Tews (Hrsg.), *Lebenslagen im Strukturwandel des Alters*, Opladen 1993.

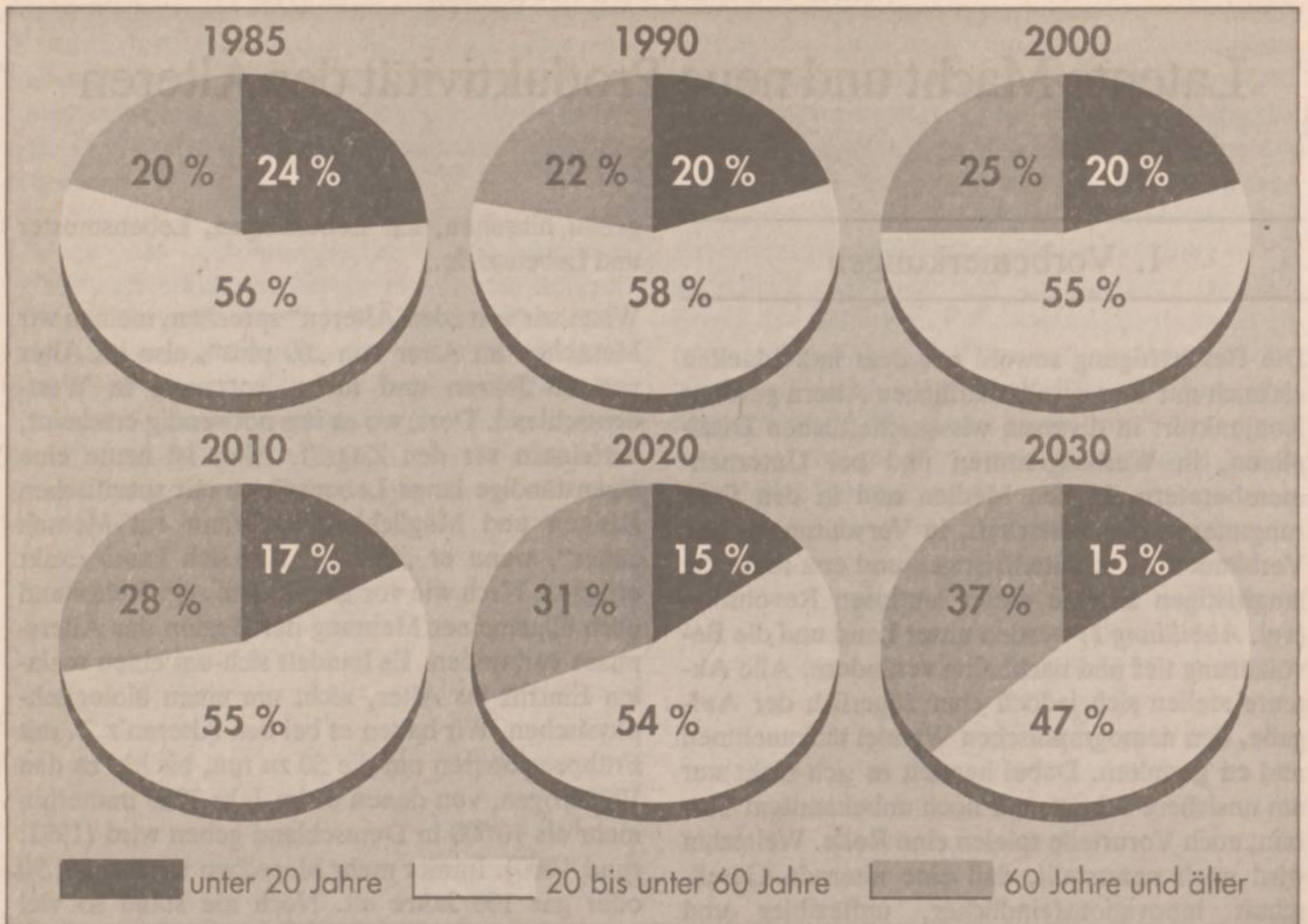
genau hinsehen, auf Lebenslagen, Lebensmuster und Lebensziele.

Wenn wir von „den Älteren“ sprechen, meinen wir Menschen im Alter von „60 plus“, also im Alter von 60 Jahren und mehr, vorrangig in Westdeutschland. Dort, wo es uns notwendig erscheint, verfeinern wir den Zugriff. Alter ist heute eine eigenständige lange Lebensphase mit spezifischen Risiken und Möglichkeiten. Wann ein Mensch „älter“, wann er „alt“ ist, läßt sich kaum exakt erfassen. Nach wie vor ist mit dem sog. Ruhestand nach allgemeiner Meinung der Beginn der Altersphase verbunden. Es handelt sich um einen sozialen Eintritt ins Alter, nicht um einen biologisch-physiologischen. Wir haben es bei den Älteren z. T. mit Frühpensionären um die 50 zu tun, bis hin zu den 100jährigen, von denen es im Jahr 2000 immerhin mehr als 10 000 in Deutschland geben wird (1992: rund 4 000). Immer mehr Menschen werden 80, 90 oder gar 100 Jahre alt. Noch nie stand so viel Raum für individuelle Lebensentwürfe zur Verfügung. Wir profitieren von den Fortschritten der Medizin sowie besseren Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Gesundheitszustand der Älteren ist weitaus besser, als es dem immer noch verbreiteten Altersbild entspricht. Sie selbst fühlen sich überwiegend nicht alt. Tatsächlich setzt ein fortschreitender körperlicher Verfall heute selten vor dem 70. Lebensjahr ein.

Lange dominierten in Wissenschaft, Medien und Politik Interpretationen eines Defizitmodells, die sich auf das chronologische Alter bezogen und Aussagen über die Fähigkeiten älterer Menschen entwickelten. Die Dominanz psychologischer Altersforschung in der ehemaligen Bundesrepublik hat die Gewichte zeitweise unangemessen verschoben. In einer differenzierteren Betrachtungsweise wird das chronologische Alter heute um andere wesentliche Aspekte ergänzt, z. B. um den physiologischen Zustand oder das soziale Alter. In den achtziger Jahren sind sozialwissenschaftliche Forschungen über Lebenslage und Lebensstil in den Vordergrund getreten.

Nachdem ein Wandel des Alters in seinen unterschiedlichen Facetten erkannt worden ist, wird über Entberuflichung des Alters, gewachsenen gesellschaftlichen Teilhabebedarf, veränderte Konsumgewohnheiten und -ansprüche, Ausweitung von Interessen und neue Leitbilder diskutiert. Ent-

Abbildung 1: Zukünftiger prozentualer Anteil der Generationen an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Eigene Darstellung.

wicklungen können dadurch einbezogen und Prognosen angedeutet werden, daß die Gruppe zwischen 55 und 60 Jahren, die zur Jahrtausendwende das Kernsegment der jungen Alten ausmachen wird, bereits in die Betrachtung Eingang findet. Eine Fülle von Studien liefert uns umfassende Informationen über Sozialverhalten und Freizeitbedürfnisse, Einstellungen zum Alter, Werthaltungen und Lebensziele, Mobilität und Kontakte, Wohn-, Sicherheits- und Vorsorgebedürfnisse. Es entsteht dabei ein lebendiges, vielfältiges Bild, wobei die empirische Vielfalt eine solide materielle Grundlage hat. Diese Basis ist nicht nur das Ergebnis einer langen Phase von wirtschaftlicher Prosperität, sondern auch Resultat einer umfassenden, aus öffentlicher wie privater Initiative entstandenen Altersvorsorge.

Nach einer 40 Jahre währenden Phase fast ununterbrochenen Wirtschaftswachstums und privater Vermögensbildung sind heute immer mehr Menschen in der Lage, mit privatem Vermögen ihr Einkommen aus den gesetzlichen Versicherungssystemen aufzustocken und dadurch ihren Lebensstandard substantiell zu verbessern. Nicht alle älteren Menschen hatten an der Wohlstandsentwicklung teil. Es gibt nach wie vor Armut, und sie ist insbesondere weiblich ausgeprägt. Ein Ergebnis

der deutschen Vereinigung ist, daß es auf längere Zeit zwei deutsche Alter geben wird. Insgesamt gesehen aber sind Einkommens- und Vermögenslosigkeit abnehmende Altersphänomene. Die disponiblen Einkommen der Älteren sind – bei großen Disparitäten in der Verteilung – vergleichsweise hoch. Die Rente hat bei einem wachsenden Teil von ihnen nur den Status eines Teileinkommens; hinzu treten Lebensversicherungen, Zinsen und Mieten. Für die Sozialtransfers erfordert dies in der Konsequenz eine degressive Gestaltung, die die Schwachen nach wie vor besser schützt und die Starken einkommensbezogen neu gewichtet³.

Neue soziale Konfliktlinien entwickeln sich und werden thematisiert. Nicht mehr die armen Alten stehen im Vordergrund, denen die Gesellschaft das ihnen Geschuldete vorenthält, sondern die „boomedenen Grauköpfe“, die „auf Kosten der Jüngeren“ dem Müßiggang frönen. Im gestiegenen und steigenden Wohlstand der Älteren liegt jedoch auch die Chance, Solidarität zwischen den Genera-

3 Vgl. Hans-Michael Heitmüller, Die neuen Alten – aus der Sicht des Finanzmarktes, in: Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Hrsg.), Die neuen Alten, Nürnberg 1992, S. 25–42; s. a. den Beitrag von Bert Rürup/Werner Sesselmeier in diesem Heft.

tionen neu zu gründen: Die Älteren werden nicht nur über einen größeren Anteil am Volkseinkommen verfügen, sie werden mit diesem Anteil über ihre Nachfrage auch für die Jüngeren zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und sichern. In ihrer Konsum- und Finanzmentalität unterscheiden sie sich heute schon spürbar von den früheren Generationen älterer Menschen. Die frei verfügbaren Ressourcen werden zunehmend – im Sinne einer verstärkten Konsumneigung – für eine aktive Lebensgestaltung genutzt.

III. Die neue Beweglichkeit der Älteren

Die Menschen wollen in der länger dauernden Zeitspanne des Ruhestandes noch etwas vom Leben haben. Dazu zählt z. B., endlich einmal etwas für sich selbst zu tun. Der Wunsch nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben paßt dazu, wird freilich auch gespeist aus der Furcht vor Einsamkeit. Und während die einen von einem erfüllten Lebensabend mit Persönlichkeitswachstum und voller Kreativität träumen, steht für die anderen der Ausstieg aus den Zwängen des aktiven Lebens im Mittelpunkt: die „Entpflichtung des Alters“ (Hans-Peter Tews). Viele ältere Menschen klagen über die Vernachlässigung ihrer Generation. Sie sehen sich als entmachtet, sprechen von einer Gettoisierung, weisen auf Diskriminierungen hin. Wir finden sie auch, die abwertenden Äußerungen über „Mummelgreise“, „Gruffies“ oder „altes Eisen“.

In der Art, wie Ältere auch mit solchen Herausforderungen fertig werden, unterscheiden sie sich klar: Die Gruppe derer, die traditionelle Werte und Lebenseinstellungen in einem konservativen Sinne zu verteidigen sucht, schrumpft. Relativ klein ist die Gruppe der Älteren, die sich in resignativer Zufriedenheit mit dem Status quo zu arrangieren sucht. Minderwertigkeitsgefühle und eine eher pessimistische Lebenseinstellung prägen eine weitere Gruppe insbesondere der Arbeitermilieus. Und die Trendsetter, das sind eben die neuen stilbildenden Alten mit der demonstrativen Sympathie für einen aktiven, zeitgemäßen Lebensstil⁴. Vergleicht man im einzelnen die Lebenssituation der resignierten Älteren mit der der aktiven, neuen Älteren, so wird die Spannweite deutlich.

4 Empirische Lebensstiluntersuchungen wurden in den letzten Jahren u. a. vom Burda Verlag, von der Friedrich-Ebert-Stiftung, von der Schweizer Winterthur-Leben sowie von der Bayerischen Rundfunk-Werbung durchgeführt. Eine repräsentative gesamtdeutsche Studie „Die neuen Alten“ hat die Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung, Nürnberg, Ende 1992 vorgelegt.

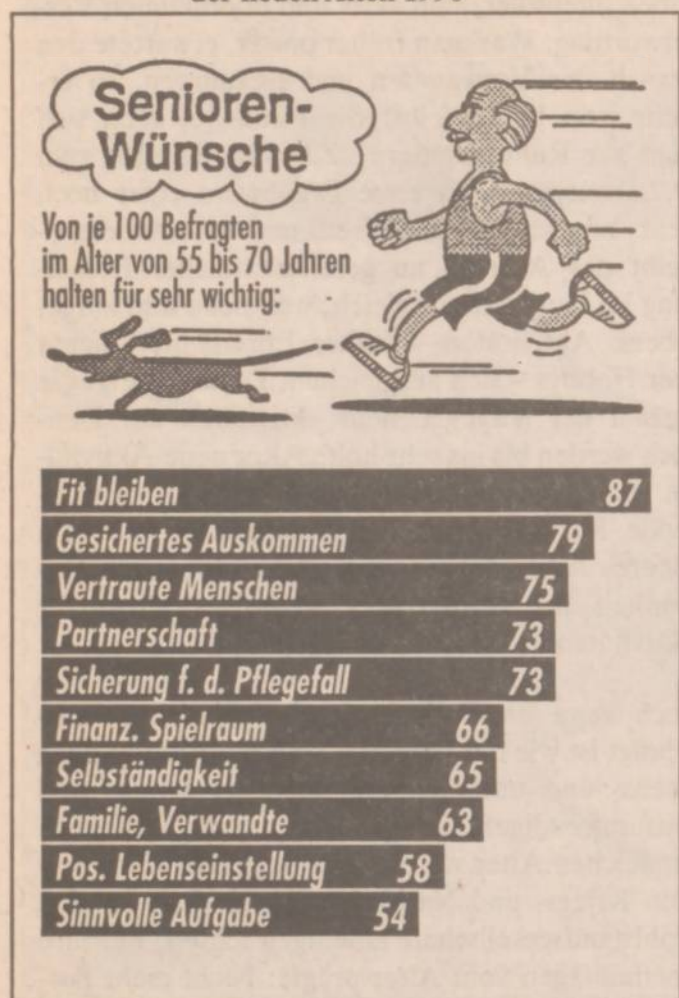
Immer mehr Pensionäre und Rentner genießen ihr Leben intensiver, sind aktiv und übernehmen Verantwortung. War man früher passiv, erwartete den Besuch der Verwandten und Bekannten, so ergreift man heute selbst die Initiative, setzt sich nicht zur Ruhe, sondern ist beschäftigt. Bis zum 70. Lebensjahr – so erste Ergebnisse einer noch nicht abgeschlossenen Berliner Altersstudie – bleibt das Ausmaß an gesellschaftlicher Beteiligung im Durchschnitt gleich, weil neue und aufgegebenen Aktivitäten – früher Ehrenämter, heute eher Hobbys – sich ausgleichen. Danach steigt die Anzahl der aufgegebenen Aktivitäten an. Dennoch werden bis ins sehr hohe Alter neue Aktivitäten angefangen⁵. Jede in den Ruhestand nachrückende Kohorte bzw. Jahrgangsgruppe weist ein höheres Ausbildungsniveau und eine bessere Gesundheit auf, verfügt über mehr Ressourcen für Aktivitäten.

Auch wenn ihre Freizeitorientierung nicht so ausgeprägt ist wie die Jüngerer, sind die Älteren doch lebens- und unternehmungslustiger, genuß- und konsumfreudiger, als ihre Eltern und Großeltern im gleichen Alter waren. Aus der entbehrensreichen Kriegs- und Nachkriegszeit sind sie in eine Wohlstandsgesellschaft hineingewachsen, die ihre Vorstellungen vom Alter prägte: Nicht mehr passiv auf das Lebensende warten, nicht mehr selbstgenügsam die Ersparnisse für die Kinder horten, sondern Wohlergehen und eigene aktive Lebensgestaltung sind ihre Lebensziele, Gesundheit und finanzielle Sicherheit ihre wichtigsten Anliegen (vgl. *Abbildung 2*). An erster Stelle steht das Bedürfnis, geistig und körperlich fit zu bleiben, an zweiter folgt der Wunsch nach einem gesicherten Auskommen. Eine herausragende Rolle spielen auch die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Der Hauptwunsch bzw. die Absichten der Älteren bestehen darin, alles das nachzuholen bzw. zu intensivieren, was bis dahin aus Zeitmangel zurückgestellt werden mußte. Zumeist werden vorhandene Interessen quantitativ und qualitativ ausgebaut. Manches scheidet aber noch an einem Mangel an Eigeninitiative und an Bequemlichkeit. Auch über die Erwerbsarbeit hinaus bleiben die Wertgesichtspunkte und der Aktivitätsstil von „Arbeit“ tonangebend. Die meisten älteren Menschen unterscheiden strikt zwischen Freizeit und Nichtfreizeit. Dabei fallen in die Nichtfreizeit alltägliche Verpflichtungen wie Hausarbeit, Arztbesuche, Behördengänge u. ä., die – psychologisch – eine Art Berufersatz darstellen. Freizeit hat man

5 Die Endfassung der multidisziplinären Berliner Altersstudie soll Ende 1993 erscheinen. Die Federführung hat Professor Paul Baltes vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

Abbildung 2: Wünsche und Lebensziele der neuen Alten 1990



Quelle: Westdeutsche Repräsentativ-Untersuchung (1990), Angaben: Infratest, Friedrich-Ebert-Stiftung/Globus 8503.

demgegenüber, wenn man sich wohlfühlt. In Tabelle 1 sind Freizeitaktivitäten der 60 bis 79 Jahre alten Bevölkerung der Bundesrepublik aufgeführt.

Die häufigsten Freizeitbeschäftigungen der über 60jährigen sind Medienkonsum, Gespräche mit Nachbarn und Bekannten, Spaziergehen, Handwerken bzw. Heimwerken und Gartenarbeit. Die körperlichen Aktivitäten haben zugenommen; vor allem sanfte Sportarten wie Wandern, Schwimmen, aber auch Gymnastik und Turnen kommen den Bedürfnissen der Älteren entgegen. Eine beliebte Freizeitbeschäftigung ist das Reisen. Dies gilt vor allem für die 60- bis 70jährigen, noch über die Hälfte reist gern und häufig ins Ausland; bei den über 80jährigen ist es immerhin ein Viertel. Wie alle Bundesbürger gehen die Älteren gerne zum Essen aus oder hören in ihrer Freizeit Schallplatten oder Musikkassetten. Aktivitäten wie Videofilme drehen sowie kreative Hobbys wie Malen oder Zeichnen finden hingegen nicht so großen Anklang.

Die Älteren in Ostdeutschland, die sich für jünger halten, sind – verglichen mit den Westdeutschen – traditioneller. Es handelt sich aber auch bei ihnen

Tabelle 1: Freizeitbeschäftigungen der 60 bis 79 Jahre alten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, Entwicklung seit 1953 (in Prozent)

Frage: „Hier ist eine Liste. Können Sie mir sagen, wohin Sie häufiger gehen?“

| | Alte Bundesrepublik | | | Neue Bundesländer |
|--|---------------------|------------------|-----------------|-------------------|
| | Sommer 1953*) | Aug./ Sept. 1979 | Okt./ Nov. 1991 | Okt./ Nov. 1991 |
| Spaziergänge | 52 | 67 | 69 | 64 |
| Zu Einladungen bei Freunden und Bekannten | 25 | 47 | 55 | 59 |
| Zu Besuch bei Nachbarn | 14 | 37 | 31 | 30 |
| Wochenendfahrten, Wanderungen, Reisen | 11 | 32 | 36 | 36 |
| In die Kirche | 46 | 29 | 35 | 17 |
| Zu Vereinsveranstaltungen, Clubveranstaltungen . . . | 9 | 16 | 25 | 14 |
| Konzerte, Theater . | 12 | 18 | 18 | 10 |
| Zum Kartenspielen | 7 | 15 | 14 | 11 |
| Zum Stammtisch . . | – | – | 11 | 7 |
| Zu Sportveranstaltungen | 6 | 11 | 9 | 6 |
| Zum Frauentreff . . | – | – | 9 | 7 |
| Zu Parteiabenden, Wahlversammlungen | 3 | 3 | 4 | 4 |
| Zu politischen Aktionen | – | – | 2 | × |
| n = | 543 | 476 | 463 | 224 |

*) 1953: ohne Saarland und West-Berlin
 × = weniger als 0,5 Prozent
 „–“ = nicht erhoben

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 225, 1287, 3210.

nicht um eine homogene Gruppe, sondern um unterschiedliche Teilgruppen mit differenzierten Lebenslagen, Wertorientierungen und Zufriedenheiten⁶. Rund drei Millionen über 60jährige mit anderen Lebensverläufen, Wertvorstellungen, mit anderen materiellen Bedingungen bilden seit der Einigung 1990 eine zweite deutsche Älteren-gruppe. Über 90 Prozent von ihnen stehen dem Leben positiv gegenüber, 80 Prozent freuen sich über alles was die Zukunft noch bringt; zugleich findet sich aber ein Drittel der Befragten in den neuen Zeiten nicht mehr zurecht. Nicht „ge-

6 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer/Gunnar Winkler (Hrsg.), Altenreport '92. Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern – ausgewählte Ergebnisse, Berlin 1993; s. a. den Beitrag von Klaus-Peter Schwitzer in diesem Heft.

braucht“ zu werden, Abbruch jahrelanger Kommunikationsbeziehungen, Statusverluste, soziale und materielle Unsicherheiten prägen diese Jahrgänge stark.

IV. Ältere Menschen als neue Zielgruppe der Wirtschaft

In den USA ist schon wesentlich früher als in Deutschland erkannt worden, daß die älteren Menschen eine interessante und konsumrelevante Zielgruppe darstellen. Die Kohorten des „baby-boom“ werden zum „senior-boom“. Diese Erkenntnisse haben eine Reihe neuer, auf diese Zielgruppe ausgerichtete Produkte und Dienstleistungen sowie Promotions und Kampagnen hervorgebracht. Die Finanzinstitute haben dieses Potential frühzeitig erkannt und entwickeln Angebote, die schon bestehende Kundenbindungen festigen oder neue Kunden hinzugewinnen sollen. Den Aufbau einer Seniorenmarktstruktur planen immer mehr amerikanische wie europäische Unternehmen. Lukrative Geschäftsaussichten versprechen vor allem Konsumbereiche, in denen die Älteren in Folge ihrer disponiblen Zeit – verbunden mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung – als Verbraucher besonders qualifiziert sind⁷. Im Freizeitpotential der älteren Generation wurden in den letzten Jahren die größten Zuwachsraten erzielt.

Die Defizite, die das klassische Industrieland Deutschland im tertiären Sektor (Handel, Versorgung, Kreditgewerbe, Versicherungen, sonstige Dienstleistungsunternehmen) aufweist, abzubauen, das könnte eine der mit dem demographischen Wandel verbundenen Chancen sein. Die Bedeutung der Älteren als Wirtschaftsfaktor umfaßt nicht nur die traditionellen Konsumgütermärkte. In die gesamtwirtschaftliche Rechnung ist auch z.B. der Anteil an den Gesundheitsleistungen mit einzubeziehen; die Gesundheitsbranche expandiert mit fast zwei Millionen Beschäftigten als Arbeitgeber. Die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen für die Pflege wird sich ausweiten, private Hilfsleistungen aus primären Beziehungsnetzen werden schwinden. Hier liegen volkswirtschaftliche Wachstumsbereiche, und sie bieten prinzipiell Beschäftigungschancen für die Jünge-

⁷ Vgl. Bettina Otten/Horst Müller, Das Konsumentenverhalten von älteren Menschen, unv. Ms. Köln 1990 (Gesellschaft für wirtschafts- und sozialpsychologische Forschung, Köln); Ulrike Schneider, Alternende Gesellschaft – Konsum im Alter, in: forum demographie und politik, (1992) 2, S. 82–108.

ren. Das gilt auch für den wachsenden Bedarf an Zubringerdiensten, Verbraucherschutz und Medien für Ältere. Designer, Ergonomen, Ingenieure und Gerontologen werden sich künftig noch stärker um das Feld der altengerechten Produktgestaltung kümmern. Innovation in der Arbeitsorganisation, altersinvariante Arbeitsplätze, -strukturen und Weiterbildungsmöglichkeiten, sind ein wachsendes Aufgabenfeld des Innovationsmanagements.

Marktanalysen – z.B. vom Verlag Gruner und Jahr – sprechen von einer dreistelligen Milliardenherausforderung; Agenturen und Marketingabteilungen sind aufgefordert, ihr Altersbild an der Realität zu messen. Deren Sicht, die Welt der aktiven und experimentierfreudigen Käufer bestehe aus 14- bis 49jährigen, wird langsam korrigiert. Aus Befragungen kristallisiert sich heraus, daß vor allem das Bedürfnis der Älteren nach Aktualität sowie eine generelle Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem von den Werbeprofis noch in Abrede gestellt wird. Diesem mit der derzeitigen Entwicklung nicht übereinstimmenden Fremdbild der Werber steht ein Selbstbild der Älteren gegenüber, das sehr viel stärker Selbstbewußtsein, Aufgeschlossenheit und gleichzeitig Unabhängigkeit von den Jüngeren signalisiert (vgl. *Tabelle 2*). Ein Grund dafür ist, daß die Werbeagenturen und Marketingabteilungen wenig Kontakt mit älteren Menschen haben. Das Auge des Produktmanagers wird durch das eigene Durchschnittsalter getrübt, das unter 35 liegt.

In den meisten Unternehmen werden die neuen Herausforderungen an das Marketing noch unterschätzt. Die Meyer-Hentschel-Management-Consulting hat sich 1992 des Themas Produkt- und Ladengestaltung angenommen und Ergebnisse wie

Tabelle 2: Selbstbild der Älteren und Fremdbildwahrnehmung (in Prozent)

| Stimme eher zu: | Selbstbild | Fremdbild | |
|--|-------------------|-----------|--------------------------------------|
| | Gesamt 50 J. + | Agenturen | Klientel-Befragung Werbetreibende |
| Ältere ... | | | |
| ... orientieren sich nicht mehr so sehr an aktuellen Trends | 49 | 75 | 76 |
| ... sind Neuem gegenüber weniger aufgeschlossen | 31 | 61 | 61 |
| ... orientieren sich bei ihren Kaufentscheidungen vielfach an den Jüngeren | 14 | 52 | 21 |

Quelle: Infratest Kommunikationsforschung (1992).

Empfehlungen für das „Goldene Marktsegment“ veröffentlicht. Ein besseres Kundenleitsystem wünscht sich ein Drittel der befragten Personen. Starke Minderheiten fordern Gebrauchsanweisungen mit leserlichen Schriften, Verpackungen, die sich leicht öffnen lassen, niedrigere Regale und stärkere physische Reize – Farbe, Form und Textur – beim Angebot. Aus den spezifischen altersbedingten Wünschen ziehen die Autoren Schlußfolgerungen für eine Laden- und Produktgestaltung, die auch jüngeren Zielgruppen ein einfacheres und angenehmeres Einkaufen ermöglicht⁸.

Die Bedeutung der alten Menschen für die Werbung steigt aufgrund ihrer besseren finanziellen Verhältnisse und ihres wachsenden Marktanteils. Dem älteren Menschen wird dabei im Vergleich zu früher häufiger attraktives Aussehen, Modernität und Aufgeschlossenheit attestiert. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß das „Alter sich in der Werbung verjüngt hat“ und die Werbung wiederum zur Verjüngung des Altersbildes beiträgt. Die Darstellung der Älteren – im Fernsehen, in der Presse, in den Kinder- und Jugendbüchern – hat sich generell verändert. Die Massenmedien haben in ihrer allgemeinen Berichterstattung die neuen Alten entdeckt. Sie berichten ausführlich und engagiert über Senior-Experten, die ihr fachliches Know-how zur Verfügung stellen, sowie über Kulturprojekte und Selbsthilfegruppen. Zurückhaltend sind bislang die Printmedien mit spezifischen Zeitungs- und Zeitschriftenangeboten.

V. Alte Organisationen und neue Alte

In Deutschland verändert sich die Landkarte der Altenorganisationen, der Handlungsfelder und Ehrenämter Älterer⁹. Knapp fünf Prozent der über 60jährigen sind Mitglied einer Partei, knapp 20 Prozent Mitglied einer Gewerkschaft. Der Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) repräsentiert rund eine Million Mitglieder. Circa 80 000 Mitglieder sind im Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) vereinigt. Weitere traditionelle Organisationen sind die Alten- und Rentnergemeinschaft der katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), die Lebensabendbewegung, der Deutsche Rentnerbund sowie die Wohl-

fahrtsverbände. Diese Organisationen sehen ihre Hauptaufgabe in der sozialpolitischen Interessenvertretung Älterer.

Im Unterschied zu den eingeführten Verbänden geht es in neuen Zusammenschlüssen weniger um die Mitarbeit an bereits definierten Aufgaben, sondern um Handlungsmöglichkeiten, die durch Eigeninitiative erschlossen werden können. Es bietet sich den Älteren die Chance, in einer überschaubaren Gruppe im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv zu werden, Aufgaben oder Verantwortung zu übernehmen.

Die Zahl der kleineren Initiativgruppen und unabhängigen Aktivgruppen nimmt zu. Sie soll zwischen 1 000 und 1 500 liegen. Idealtypisch lassen sich zwei Arten von Gruppen unterscheiden: solche, deren Schwerpunkt auf Geselligkeit, Unterhaltung sowie auf gegenseitiger Hilfe liegt, und solche, die (sozial-)politische Fragen aufgreifen und altersbezogene Notstände problematisieren. In der Praxis mischen sich beide Ansätze. Insgesamt stehen kommunikative Aspekte im Vordergrund. Das Spektrum der Aktivitäten reicht von Telefonketten bis zu Unternehmensberatungen. Im Dachverband „Alt hilft Jung“ sind 40 Initiativen zusammengeschlossen, die z. B. Beratungen in Entwicklungsländern durchführen oder Hilfen für junge Geschäftsgründer in den ostdeutschen Ländern leisten. Überregional bekannte Beispiele hierfür sind der „Seniorenexperten-Service“, Bonn, „Die Kompanie des guten Willens“, Hagen, sowie „Zwischen Arbeit und Ruhestand“, Dortmund.

Die Partizipation der Älteren in vielfältigen Lebens- und Gestaltungsbereichen wird vermittelt durch quasi verbündete Interessengruppen, die sich ihrerseits die latente Altenmacht zunutze machen. So sind z. B. Bildungsmaßnahmen für die ältere Generation (Volkshochschulen, Hochschulen, freie Träger) auch Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung oder Arbeitsplatzerschließung für bestimmte Berufsgruppen. Als Schwerpunkte der kulturellen Initiativen und Projekte gelten zum einen die Aufarbeitung der eigenen Biographie über schriftliche oder szenische Umsetzung. Zum anderen geht es um das Erlernen neuer oder das Auffrischen alter Fähigkeiten: Theater, Tanz oder künstlerische Gestaltung. Frauen scheinen insgesamt leichter ansprechbar zu sein und positivere Grundeinstellungen für Neues mitzubringen als Männer. Den Initiativen kann trotz quantitativ noch begrenzter Bedeutung eine Vorbildfunktion für Projektionen einer produktiven Alterskultur zugemessen werden. Auch wenn sie zuweilen mit Erwartungen überfrachtet werden („neue Gründerzeit“), sorgen sie jetzt schon dafür, daß die

8 Vgl. Hanne Meyer-Hentschel/Gundolf Meyer-Hentschel, Das goldene Marktsegment, Frankfurt am Main 1991.

9 Vgl. Jens Alber/Martin Schölkopf/Matthias Geiser, Social integration of older people in Germany, Report for the Commission of the European Communities, Konstanz 1993; Franziska Schaal, Repräsentation und Partizipation älterer Menschen, Berlin 1984.

Gruppe der Älteren insgesamt ein höheres Maß an sozialer Anerkennung und gesellschaftlicher Teilhabe erreicht¹⁰. Und sie tragen mit dazu bei, daß auch die großen etablierten Organisationen und Verbände angespornt werden, ihre Angebots- und Organisationsstruktur zu überdenken und zu verändern.

Beispiel Gewerkschaften

Mit mehr als 1,5 Millionen Ruheständlern verzeichnen die Gewerkschaften heute schon einen beeindruckenden Mitgliederanteil älterer Bürger. Im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) lag er 1989 bereits bei 16,4 Prozent; er ging nach der Vereinigung leicht auf 13,3 Prozent zurück (1991), vor allem weil die Senioren des früheren Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) zum Großteil nicht in die westdeutschen Gewerkschaften eintraten. Je nach Branche fällt das Bild allerdings sehr unterschiedlich aus. So liegt der Anteil bei den Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen, Erziehung und Wissenschaft sowie bei der Industriegewerkschaft (IG) Medien mit fünf bis acht Prozent (alte Bundesländer) deutlich unter dem DGB-Durchschnitt. Bei der Gewerkschaft Bergbau und Energie sowie bei den Eisenbahnern macht er bereits 41 bzw. 35 Prozent aus. Die IG Metall liegt mit knapp 17 Prozent in der Nähe des Durchschnitts. Neben dem demographisch bedingten Alterungstrend der Bevölkerung spielt die verstärkte Inanspruchnahme von Frühverrentungs- und Vorruhestandsregelungen für die Entwicklung eine zentrale Rolle.

Auch die Gewerkschaften stehen vor einer Bewährungsprobe, auf die sie bislang nur unzureichend vorbereitet sind. Als wesentliches Ergebnis einer im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erfolgten Untersuchung¹¹ tritt zutage, daß die gewerkschaftliche Betreuung der Senioren deren Erwartungen nach aktiver Teilhabe selbständiger Vertretung ihrer Interessen zu wenig entgegenkommt. Rentner und Vorruheständler sind in den Gewerkschaften bislang eine zwar der Zahl nach starke, aber ihrem Einfluß nach schwache Gruppierung.

10 Praxisorientiert mit Projektbeschreibungen (und Adressen) vgl. Hermann Glaser/Thomas Pöbke (Hrsg.), *Dem Alter einen Sinn geben*, Heidelberg 1992; s. a. die Schriftenreihe „Seniorenkulturarbeit“ des Instituts für Bildung und Kultur, Remscheid.

11 Vgl. Harald Künemund/Jürgen Wolf, „Politische Pensionierung“ oder „Altenlobby“. Rentner und Pensionäre in den deutschen Gewerkschaften, in: H.-U. Klose (Anm. 1), S. 308–336; Friederike Erhart, *Wird die GEW eine graue Einzelgewerkschaft?*, in: Rainer Zech (Hrsg.), *Kultureller Wandel, verändertes Mitgliederverhalten, gewerkschaftliche Perspektiven*, Hannover 1992, S. 103–171.

Teilnehmer und Interessenten an der gewerkschaftlichen Seniorenarbeit bilden keine einheitliche Gruppe: Den Kern der eher politisch orientierten Älteren bilden ehemalige Funktionäre; ehemals einfache Mitglieder nutzen demgegenüber stärker die Angebote für Geselligkeit und Freizeit. Das alte Modell der Seniorenarbeit war für die Vergangenheit durchaus angemessen: Ein zumeist kleinerer Kreis befaßte sich mit Sachfragen und organisierte gelegentlich Informations- und gesellige Veranstaltungen, machte Beratungsangebote für andere ältere Mitglieder. Dies war und ist nicht unbedingt eine von oben verordnete Praxis, sondern spiegelt durchaus die Wünsche der Mitglieder wider: Bundesweit erwarten die Älteren von ihren Gewerkschaften immer noch überwiegend Freizeitangebote. Reisen, Ausflüge und Besichtigungsfahrten genießen bei 45 Prozent aller befragten Senioren größte Priorität, während z. B. Unterstützung der Gewerkschaften bei betrieblichen Aktionen nur von drei Prozent als mögliches Betätigungsfeld genannt wird.

Die „jüngeren“ Alten stellen allerdings trotz des vorläufig noch überwiegenden Interesses an geselligen Veranstaltungen verstärkt Forderungen nach Sitz und Stimme in den gewerkschaftlichen Gremien. Und sie verlangen ein insgesamt stärkeres altenpolitisches Engagement der Gewerkschaften. In der Folge wird in den Gewerkschaften – insbesondere in der IG Metall – über neue Strukturen nachgedacht. Diese sollen einerseits den aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Mitgliedern als zentrale Sprach- und Interessenvertretung gegenüber vor allem Rentenversicherungs- und politischen Entscheidungsträgern dienen; darüber hinaus sollten sie auch die Durchsetzung von allgemeinen Arbeitnehmerinteressen stützen (z. B. bei Tarifauseinandersetzungen).

Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung konzentriert sich auf den Organisationsbereich der IG Metall, ist jedoch eingebettet in eine Darstellung der Aktivitäten und Politik auch anderer Gewerkschaften. Damit im Jahr 2000 aufgrund der fehlenden Jungen und der großen Gruppe Älterer, die im Ruhestand ihre Ämter niederlegen, die Verbandspolitik nicht zusammenbricht, müssen künftige ältere Gruppen zur Weiterarbeit motiviert werden. Eine gezielte Nachwuchswerbung sowohl unter Jüngeren als auch unter Älteren läßt sich nur dann realisieren, wenn eine neue bewegliche Gewerkschaftsorganisation aufgebaut wird, wenn die Gewerkschaften Abstand nehmen von der Ideologie der Geschlossenheit und unterschiedliche Interessen eines breit gefächerten Mitgliederspektrums ansprechen. Während ein erweitertes Beteiligungsmodell darauf ausgerichtet ist, „mit den Alten“ Politik zu machen, ist gewerkschaftliche

Alterspolitik Interessenpolitik. Thematisch empfehlen Wissenschaftler den Gewerkschaften eine Konzentration nicht mehr nur auf die Verbesserung der finanziellen und sozialen Absicherung im Alter, sondern gleichermaßen auf die individuelle Emanzipation der Älteren.

VI. Lobbies und politische Handlungsfelder

Anders als in den USA haben die Älteren in der Bundesrepublik keine den Zahlenverhältnissen entsprechende Lobby. Dies liegt sicher auch an den relativ gut ausgebauten sozialstaatlichen Regelungen. Es gibt aber Hinweise darauf, daß im Zuge des Alterns der Gesellschaft schrittweise ein spezifisches gesellschaftliches und politisches Feld entsteht.

Im Januar 1989 wurde in Bonn die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) gegründet. Vorangegangen waren im Jahre 1988 vorbereitende Treffen von 23 Seniorenorganisationen. Die BAGSO ist in Struktur und Arbeitsverständnis schon länger bestehenden Dachverbänden wie dem Deutschen Bundesjugendring oder dem Deutschen Frauenrat vergleichbar. Zu den Mitgliedsorganisationen gehören sowohl Großorganisationen mit mehreren hunderttausend Mitgliedern wie der Bundesverband Seniorentanz als auch vergleichsweise kleine Vereine wie „Alt hilft Jung“. Unter anderem sind zu nennen der zahlenmäßig starke Bund der Ruhestandsbeamten (im Deutschen Beamtenbund), die Wohlfahrtsverbände und die Kirchen. Der Anspruch der BAGSO ist es, eine Interessenvertretung, eine Lobby der älteren Generation zu sein. Dazu werden Seniorentagungen, Pressearbeit, Fachgespräche und Veröffentlichungen durchgeführt bzw. vorgelegt. Öffentliche Aufmerksamkeit und gute Beteiligung fanden seit 1987 die später unter Federführung der BAGSO durchgeführten Deutschen Seniorentage. Das Medienecho auf die letzte Veranstaltung im Mai 1992 in Berlin war wesentlich dadurch geprägt, daß das „wachsende Selbstbewußtsein“ der Senioren und ihrer Organisationen hervorgehoben wurde¹².

Die Bereitschaft zu politischer Mitwirkung im weiteren Sinne ist vom Grad der Konventionalität oder der Unkonventionalität der Beteiligungsformen abhängig. Was die Häufigkeit ihrer Mitglied-

schaft in Parteien angeht, unterscheiden sich ältere Menschen kaum von anderen Gruppen. Deutlich über dem Durchschnitt liegen sie bei der Wahlbeteiligung, und zwar bei allen Bundestagswahlen. Die Altersgruppe der 60- bis 69jährigen erreichte 1990 die höchste Wahlbeteiligung. Die Beteiligung der „70jährigen plus“ liegt zwar deutlich niedriger, übertrifft mit ihren Werten aber immer noch erheblich die Beteiligung der unter 35jährigen.

Während die Teilnahme an Wahlen vergleichsweise hoch ist, nimmt die Beteiligung bei Aktionsformen wie Unterschriftensammlungen oder Bürgerinitiativen ab. Je unkonventioneller die Partizipationsformen werden, über Demonstrationen und Streiks bis hin zu Blockaden und Hausbesetzungen, desto mehr sinkt die Mitwirkungs- und Identifikationsbereitschaft der Älteren. Signifikant niedriger als bei anderen Altersgruppen liegt ihre Beteiligung an spontanen, situativen Aktionen und körperbetonten Aktivitäten¹³.

Erwartungen der Älteren richten sich in erster Linie auf Institutionen, sie delegieren ihre Interessenvertretung stärker als andere Altersgruppen. Entsprechend gering ist die Zustimmung zu den neuen sozialen Bewegungen und deren Aktivitäten. Das Handlungsrepertoire der Älteren ist zumindest im Moment noch recht eng; eine von manchen Autoren vertretene Mobilisierungsthese kann kaum durch plausible Indikatoren gestützt werden. Insofern führt die mitunter in der Literatur vertretene Kategorie einer sogenannten „Altenbewegung“ in die Irre. Analytisch hilfreich erscheint uns demgegenüber die von anderen Autoren gewählte Repräsentationsthese¹⁴. Sie gilt in besonderer Weise in Ostdeutschland. Der Staat bzw. die Kommune wird dort dafür verantwortlich erklärt, sich um die Belange der Menschen zu kümmern. 85 Prozent der Befragten des Altenreports 1992 weisen dem Staat, 43 Prozent den Kommunen die Rolle der Interessenvertretung zu. Wohlfahrtsverbände finden immerhin noch eine Zustimmungquote von 24 Prozent, während Kirchen, Selbsthilfegruppen, Vereine u. a. deutlich abgeschlagen bei unter 10 Prozent landen.

Mit inzwischen etwa 240 Vertretungen haben sich in Westdeutschland seit den siebziger Jahren die kommunalen Seniorenbeiräte als Beteiligungsorgane kontinuierlich entwickelt. Ihre Funktionen und ihre Rechte unterscheiden sich regional und lokal, generell können sie durch die Merkmale

13 Vgl. ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Gemeinschaftsprojekt von ZUMA Mannheim und Zentralarchiv Köln), Mannheim - Köln 1988.

14 Vgl. die Beiträge in dem Sammelband von Margret M. Baltes/Martin Kohli/Klaus Sames (Hrsg.), Erfolgreiches Altern. Bedingungen und Variationen, Bern 1989.

12 Vgl. BAGSO (Hrsg.), Ältere Menschen - Neue Perspektiven. Dokumentation des Deutschen Seniorentages 1992, Bonn 1992.

„Anhörungsrecht“ und „Beratungsrecht“ charakterisiert werden. Ihre Mitglieder werden zum Teil gewählt, zum Teil benannt (z.B. durch bzw. über Wohlfahrtsverbände) oder vom örtlichen Rat oder von der Verwaltung eingesetzt. Auch wenn ihr kommunalpolitischer Einfluß auf die Entscheidungsträger eher begrenzt ist, sind sie doch als Bühnen der Selbstdarstellung partizipationsbereiter und -fähiger Älterer wichtig, und ihre Bedeutung wird mit der wachsenden Zahl der Älteren steigen. Auf der Ebene der Bundesländer gibt es mittlerweile Zusammenschlüsse, die sich wiederum in einer Bundessenorenvertretung assoziiert haben. Die Seniorenvertretungen, in denen mittlerweile ca. 4000 Bürger mitarbeiten, definieren sich als Anwälte der älteren Generation. Sie verstehen sich nicht als Konkurrenz, sondern als kooperative Ergänzung zu bereits etablierten Akteuren und Institutionen.

Die Altenverbände, aber auch die Mehrzahl der kleineren Aktivgruppen, fordern keine Veränderung in der politischen Kultur insgesamt, sie bestimmen sich nicht als treibende Kräfte oder als Katalysatoren in einem Prozeß sozialen Wandels. Dies unterscheidet sie von der Jugendbewegung der ausgehenden sechziger sowie der Frauenbewegung der siebziger Jahre. Sie formulieren vielmehr relativ eng definierte Ansprüche, stellen also konkrete Forderungen an soziale Leistungen und Versorgung, wollen kulturellen Zugang. Sie setzen auf die Zunahme der latenten Altenmacht, d. h., sie vertrauen auf ihre wachsende Zahl¹⁵.

Eine Ausnahme sind die Grauen Panther, die in ihrer Hochzeit in den achtziger Jahren nach eigenen Angaben über ca. 20000 Mitglieder und etwa 220 Gruppen verfügten. Hauptanliegen der Grauen Panther ist die Verbesserung der Wohn- und Pflegesituation in Alten- und Krankenpflegeheimen und die Forderung nach einer ausreichenden Alterssicherung. Propagiert werden neue Wege in der Altenpolitik und Altenarbeit. Die Zusammenarbeit wird gesucht mit unterschiedlichen Gruppen Benachteiligter, z.B. mit Behindertengruppen. Die Arbeit erfolgt dezentral in den Außenstellen zur persönlichen gegenseitigen Selbsthilfe sowie durch öffentlichkeitswirksame konfrontative Aktionen wie Unterschriftensammlungen und Demonstrationen.

Die aus den Grauen Panther hervorgegangene Partei „Die Grauen“ hat sich bislang entgegen manchen Erwartungen nicht nennenswert etablieren können. Ihre Mitgliederentwicklung stagniert

15 Vgl. Die Älteren, Eine Studie der Institute Infratest, Sinus und Horst Becker, Bonn 1990, S. 71.

bei maximal 2500, davon einige Hundert in Ostdeutschland. Kommunale und regionale Wahlergebnisse liegen seit ihrer Gründung zwischen einem halben und zwei Prozent. Zwar weisen repräsentative Meinungsumfragen der vergangenen Jahre immer wieder erhebliche Sympathiepotentiale für eine eigenständige Altenpartei aus, die vagen Neigungen haben sich bislang aber nicht in einer höheren Mitgliederzahl niedergeschlagen. Die Grauen fanden in den Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen aus dem Jahr 1992 auch bei den Befragten ab 60 keine große Unterstützung. Sie erreichten lediglich ein Prozent der gültigen Stimmen¹⁶.

Über eine Partei der Alten brauchen sich die etablierten politischen Parteien derzeit keine ernsthaften Sorgen zu machen. Dennoch müssen insbesondere diejenigen unter ihnen, die sich als Volksparteien verstehen, ihre von ihnen selbst so genannte Seniorenarbeit verstärken, um die Interessen der Älteren zu integrieren. So wichtig der möglichst dauerhafte Gewinn junger Menschen für die Parteien auch sein mag, nicht jene, sondern zunehmend die Älteren verschaffen Mehrheiten in unserer Gesellschaft. Angesprochen auf mögliche Interessenorganisationen für Ältere innerhalb der bestehenden Parteien äußerten sich schon Mitte der achtziger Jahre mehr als zwei Drittel der befragten Älteren positiv¹⁷. Auch auf die Frage nach einer eventuellen Mitgliedschaft reagierte fast ein Drittel der älteren Bevölkerung zustimmend. Zur aktiven Mitarbeit in einer Interessengruppe für ältere Menschen in den Parteien war immerhin noch jeder sechste bereit. Je höher der Bildungsgrad ist, desto größer ist die Bereitschaft einer Vereinigung beizutreten und sich zu engagieren. Dies gilt für Männer und Frauen, wengleich bei den letzteren auf niedrigerem Niveau.

Ausgesprochen bemerkenswert ist, daß die Repräsentation der Älteren in den Parlamenten in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen hat. So sank der Anteil der Gruppe „60 plus“ im neugewählten Deutschen Bundestag 1990 auf den Tiefstwert von 3,2 Prozent („65 plus“: 0,8 Prozent). Demgegenüber stieg der Anteil der bis 35jährigen auf 8,8 Prozent an und erreichte damit den zweithöchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. Weit überproportional ist die mittlere Altersgruppe vertreten. Die Parteiliten wären gut beraten, wenn sie die Rekrutierung ihrer neuen Mandatsträgerinnen und -träger überdächten.

16 Vgl. Dieter Roth/Thomas Emmert, Wahlchancen bei den Senioren, in: forum demographie und politik, (1993) 3, S. 137-155.

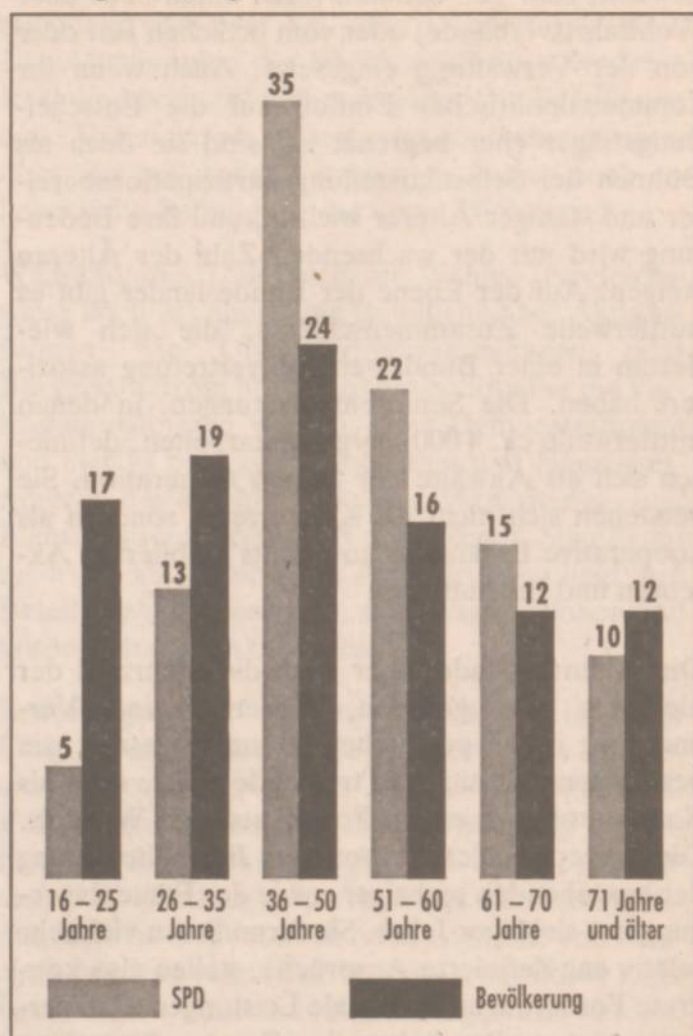
17 Vgl. Rolf Stadie, Altsein zwischen Integration und Isolation, St. Augustin 1987, S. 61.

VII. Ältere als produktiver Parteiennachwuchs?

Der Anteil der über 60jährigen in der SPD beträgt 25 Prozent, der Anteil der über 50jährigen liegt bei 47 Prozent (CDU: 31 bzw. 59 Prozent). In der Nachkriegszeit lag der Anteil älterer SPD-Mitglieder schon einmal noch höher: er betrug 1953 (56 Jahre plus) 41,2 Prozent. Die Altersstruktur änderte sich in der Folgezeit stetig, insbesondere Anfang der siebziger Jahre mit einem Riesenansturm junger Menschen. Eine Diskussion, die heute unter der Leitlinie der Überalterung, gar der „Vergreisung“ liefe, würde SPD wie CDU zwingen, Abschied zu nehmen von der Vorstellung einer lebendigen und leistungsfähigen Volkspartei (vgl. *Abbildung 3*). In den Parteizentralen ist diese Gefahr erkannt worden; mit einem gezielten innovativen Programm „Zukunftsbündnis mit den Älteren“ werden zum Beispiel in der SPD von oben Initiativen von unten gefördert, in deren Rahmen sich die aktiven neuen Alten innerparteilich verstärkt zu Wort melden. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung wäre es für die Volksparteien fahrlässig, ihre Anstrengungen zur Nachwuchsrekrutierung auf jüngere Menschen zu begrenzen. Es ist heute nicht mehr von einem jahrzehntelangen Mitwirken in Organisationen auszugehen, sondern vielmehr von einem zeitlich befristeten Engagement. Also stellt sich die Frage, ob es unter solchen Voraussetzungen nicht genauso sinnvoll wäre, eine Endfünzfzigerin für eine mehrjährige Aktivität zu gewinnen wie einen Zwanzigjährigen? Warum schließlich sollte eine Sechzigjährige sich nicht zum ersten Mal um ein Mandat bewerben? Wir können uns gut vorstellen, daß in den kommenden Jahren Ältere als Quereinsteiger bzw. -innen frischen Wind in die Volksparteien bringen werden, so wie dies in den siebziger und achtziger Jahren durch andere Personengruppen geschehen ist. In gewisser Weise können die Senioren der Parteienachwuchs der kommenden Jahre sein.

Während die kleineren Parteien bislang (noch) auf die besondere Ansprache älterer Mitglieder verzichten – die Kooperation zwischen Grünen und Grauen ist gescheitert; in der FDP gibt es vereinzelte liberale Senioreninitiativen (z.B. in Baden-Württemberg) –, reagieren die beiden großen Volksparteien schon seit Ende der siebziger Jahre mit Anpassungsleistungen auf die Zunahme der Älteren sowie auf ihre veränderten Lebensstile und Wertorientierungen. Die organisationspolitischen Antworten verlaufen in Etappen, neben Innovationen und Experimenten gibt es die Erfahrung von Blockaden und Sackgassen. Die CDU

Abbildung 3: Altersstrukturen 1991:
SPD-Mitgliedschaft und Gesamtbevölkerung
im Vergleich (Angaben in Prozent)



Quelle: Partei-Studie der SPD, Bonn 1992.

beendete 1988 mit der Gründung der Seniorenunion eine elfjährige Debatte. Schon 1977 war in Baden-Württemberg eine eigenständige Vereinigung unter dieser Bezeichnung eingeführt worden. Parallel dazu gab es in anderen Landesverbänden (z.B. in Nordrhein-Westfalen) Arbeitskreise älterer Menschen, die sich insbesondere mit kommunalpolitischen Initiativen beschäftigten. Gegen die jüngste Vereinigung der CDU, die Seniorenunion, die von der CSU nicht nachvollzogen wurde, gab es nicht unerhebliche organisationspolitisch begründete Widersprüche aus Landesverbänden.

Über die Mitgliedszahlen der Seniorenunion gibt es unterschiedliche Angaben. Sie schwanken zwischen 34 000 und 50 000 Mitgliedern. 40 Prozent von ihnen sind nicht gleichzeitig Mitglied der CDU. Die Organisation hat einen Unterbau von knapp 300 Kreisverbänden, davon über 70 Prozent in Westdeutschland. In manchen Orten Ostdeutschlands gibt es zwar die Seniorenunion, aber keine CDU-Organisationseinheit. Die Altersgrenze der Seniorenunion liegt bei 60 Jahren. Bis einschließlich der Kreisverbandsebene können

Nicht-CDU-Mitglieder Funktionen übernehmen. Überregionale Themen der Seniorenunion waren in den vergangenen beiden Jahren Studium im Alter, Gesundheit und Sport im Alter sowie die Europäische Einigung.

Auch die SPD veränderte schrittweise und experimentierend den formalen Rahmen und die Arbeitsformen ihrer Seniorenarbeit. Die SPD-Seniorenarbeit wurde 1979 als Arbeitsfeld zentral eingerichtet und 1982 in einem ersten organisationspolitischen Anlauf mit Beauftragten auf allen Parteebenen institutionalisiert, die Projektgruppen betreuten. In der Folge fächerte sich die Palette der Organisationsformen weit auf. Ein „Generationswechsel“ innerhalb der älteren Mitglieder sowie neue Aktivitätsmuster wirkten in der SPD als Promotoren eines organisationspolitischen Einstellungswandels.

In einer repräsentativen Befragung befürworteten im Jahre 1992 66 Prozent der SPD-Mitglieder und 62 Prozent der Funktionäre (auch die Älteren selbst) die Einrichtung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft (vgl. *Tabelle 3*). In einem einstimmigen Beschluß haben sich die sozialdemokratischen Seniorenvertreter im Frühjahr 1993 für die Bildung einer eigenen Organisation mit demokratischen Meinungs- und Willensbildungsstrukturen ausgesprochen. Sie forderten in ihrem Beschluß Teamarbeit, Mitbestimmung und Verantwortung ein, die demokratische Legitimation ihrer Sprecher und Repräsentanten wollen sie künftig in die eigenen Hände nehmen. Der SPD-Bundesparteitag im November 1993 soll die entsprechenden Weichen für die neue Organisationsform stellen. Es wird vorgeschlagen, daß auch Nicht-SPD-Mitglieder mit Antrags- und Stimmrecht mitarbeiten können. Die sozialdemokratischen Älteren wollen sich in ihren Richtlinien zur Kooperation mit Verbänden, Initiativen und Organisationen der Älteren- bzw. der Altenarbeit verpflichten.

In einer soziologischen Studie über die SPD-Mitgliedschaft¹⁸ werden die älteren Mitglieder in drei Gruppen unterteilt:

- *60 bis 64 Jahre:* Sie sind mehrheitlich in den siebziger Jahren in die SPD eingetreten. Ein Viertel von ihnen ist (noch) erwerbstätig. Prägend ist für sie der unmittelbar bevorstehende bzw. gerade beginnende Ruhestand. Bei dieser Gruppe liegen die größten Aktivitätspotentiale; die Seniorenarbeit ist allerdings bisher nur für wenige ein Betätigungsfeld. Die meisten aus

18 „Aus Erfahrungen lernen“, Partei-Studie der SPD, Bonn 1992 (Sonderauswertung Ältere 1993); eine SPD-Senioren-Studie bereiten die Autoren z. Z. vor, dazu wurde u. a. im Juni/Juli 1993 eine weitere repräsentative Befragung durchgeführt.

Tabelle 3: Befragung zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Senioren (Angaben in Prozent)

| Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Senioren ... | Mitglieder im Alter von | | | | |
|---|-------------------------|-------|-------------|-------|---------|
| | 16-24 | 25-34 | 35-44 | 45-59 | über 60 |
| ...würde ich begrüßen | 69 | 70 | 70 | 66 | 62 |
| ...lehne ich ab | 5 | 7 | 7 | 7 | 6 |
| ...kann ich nicht beurteilen | 26 | 21 | 21 | 22 | 19 |
| | Mitglieder | | Funktionäre | | |
| ...würde ich begrüßen | 66 | | 62 | | |
| ...lehne ich ab | 7 | | 13 | | |
| ...kann ich nicht beurteilen | 21 | | 20 | | |

Quelle: Partei-Studie der SPD, Bonn 1992.

dieser Altersgruppe beschäftigen sich mit Kommunalpolitik.

- *65 bis 74 Jahre:* Sie sind ganz überwiegend zwischen 1959 und 1969 in die SPD eingetreten. Sie können als aktive Ruheständler charakterisiert werden, die eine Parteiarbeit insbesondere während der Wahlkämpfe mittragen. Sie treten aus der ersten Reihe langsam zurück bzw. sind schon zurückgetreten. Im Vordergrund steht aber die Neuverteilung der Gewichte und nicht unbedingt der Rückzug. Aus dem Ortsvereinsvorsitzenden wird z.B. der Beisitzer, das Engagement im kommunalpolitischen Arbeitskreis wird in den Seniorenarbeitskreis verlagert.
- *ab 75 Jahre:* Eine relative Mehrheit von ihnen ist vor 1950 eingetreten und somit länger als 40 Jahre Mitglied in der SPD. Der Anteil der inzwischen Zurückgezogenen liegt in dieser Gruppe am höchsten. Immerhin rund ein Drittel engagiert sich dabei zumindest gelegentlich noch, knapp 20 Prozent sind nach eigenem Bekunden aktiv. Bei ihnen ist das Engagement im Alter die selbstverständliche Fortsetzung eines langjährigen Engagements für ihre Partei.

Aufgaben im Wahlkampf, Aktivitäten in Arbeitskreisen sowie „sonstige“ Ortsvereinsfunktionen werden überproportional von den Älteren erfüllt; demgegenüber ist ihre Repräsentanz in Parteiämtern und bei öffentlichen Mandaten deutlich unterproportional. In dieser Situation spiegelt sich ein längerfristiger Prozeß wider, der parallel zur Alterung der Mitgliedschaft verlief: Es besteht ein Trend zur Verjüngung der politischen Elite, ähnlich wie in den anderen Parteien, in den Parlamenten und Verbänden. Unterstützt von einem gesell-

schaftlichen Rückenwind fordern die SPD-Seniorinnen und -Senioren mittlerweile mehr innerparteiliche Beteiligungsmöglichkeiten und programmatische Berücksichtigung ein.

VIII. Fazit und Ausblick

Allgemeiner, sozialer und demographischer Wandel ist der Auslöser für den Strukturwandel des Alters. Neue oder veränderte Lebensstile der älteren Menschen sind eines der Resultate. Vor einseitig positiver Interpretation dieser Entwicklung warnen Autoren, die auf soziale Risiken des Alters hinweisen¹⁹. Andere rufen ins Gedächtnis, daß ausschließliche oder primäre Kompetenzdiskurse auf Kosten der Hochaltrigen verlaufen, die solcherart zur „Restgröße“ werden. Auch wird das (immer noch) verlegen ausgeklammert, was zu verkraften, aber nicht zu vermeiden ist: die Endlichkeit mit Trennungen, Krankheit und Trauer.

Neue interdisziplinäre Studien belegen aber auch, daß das Alter viele positive Reserven enthält, daß es Begründungen für eine wenigstens vorsichtige Aufbruchstimmung gibt. Noch im hohen Alter sind beträchtliche Leistungssteigerungen im geistigen Bereich möglich. Auch die Vermutung, daß die körperliche Leistungsfähigkeit mit steigendem Alter unwiederbringlich verlorengeht, erweist sich

19 Vgl. Hans-Peter Tews, *Altersbilder*, Köln 1991, S. 130.

als Vorurteil. Ältere sind in der Lage, sich sinnvolle Tätigkeiten und neue Rollen zu erschließen, in denen sie mit ihrem Engagement institutionell eingebunden und gefordert werden²⁰.

Uns überzeugt das normative Konzept des Alterskapitals insofern, als es einen produktiven gesellschaftsorientierten Zugang eröffnet. Diese Sichtweise will die Aktivität der Älteren in den unterschiedlichsten Bereichen gleichermaßen fördern und fordern. Die Älteren werden danach zu Akteuren, die Seniorenpolitik zu einem Instrument nicht mehr in erster Linie der Fürsorge, sondern der Modernisierung von Teilsystemen unserer Gesellschaft. Der Terminus „neue Alte“ drückt für uns die Möglichkeiten und Chancen aus, die heute ältere Menschen haben können.

Mit wachsender Zahl und wirtschaftlicher Potenz der Älteren verändern sich Altersbilder und Aufmerksamkeiten von Wirtschaft und Politik. Unterrepräsentiert sind die Älteren auf wichtigen politischen Entscheidungsebenen (Parteivorstände, Parteitage, Mandatsträger). In der Gesellschaft wie in den Parteien schaffen sie sich derzeit jedoch neue Sprachrohre und Interessenvertretungen. Sie beziehen sich dabei vornehmlich auf vorgegebene integrative Kooperations- und Aushandlungsmuster. Ihr Gewicht, ihre latente Macht steigt mit dem Vollzug des demographischen Wandels. Offen bleibt, wie sich ihre Konfliktfähigkeit und ihre Sicht der Interessenvertretung entwickeln werden.

20 Vgl. Martin Kohli u. a., *Engagement im Ruhestand*, Opladen 1993.

Alte Menschen in den neuen Bundesländern

Das andere deutsche Alter

I. Vorbemerkungen

Durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland bedarf das Bild der deutschen Alten einer Ergänzung. Auf dem vormaligen westdeutschen Gruppenbild mit Damen konnten vielfältige Gesellschaftstypen differenziert werden: Da finden wir die „neuen Alten“¹. Unter diesen Begriff fallen erstens die jungen, kreativen und aktiven, kontaktreichen, körperlich fitten, mitunter auch politisch aufmüpfigen Alten mit vergleichsweise guten Einkommens- und Vermögensverhältnissen und zweitens die kompetenten Alten, die das Alter selbständig, aufgabenbezogen und sinnerfüllt meistern und die im Gegensatz zu defizitären Altersauffassungen psychogerontologisch das positive Alter verkörpern, sowie jene schicht-spezifischen benachteiligten älteren Mitbürger, die als Folge von Diskontinuitäten im Lebenslauf, durch Veränderungen ihres Gesundheitszustandes und ihrer Leistungsfähigkeit unter anderem spezifischen sozialen Risiken und Gefährdungen ausgesetzt sind. Und wir entdecken privilegierte und benachteiligte Ältere, die in (mindestens) acht unterschiedlichen Milieus ihre verschiedenen Lebensauffassungen und Lebensweisen praktizieren, wobei das Spektrum vom konservativen gehobenen Milieu über das kleinbürgerliche und das traditionelle Arbeitermilieu bis zum hedonistischen oder alternativen Milieu reicht².

Fast drei Viertel der 55- bis 70jährigen verteilen sich schwerpunktmäßig auf drei soziale Milieus: „Mit einem Anteil von 15 Prozent an der Grundgesamtheit ist das konservative gehobene Milieu fast doppelt so groß wie in der Gesamtbevölkerung. Die typischen Milieuvertreter – ehemalige leitende

Beamte und Angestellte, Freiberufler, Unternehmer – fühlen sich als gesellschaftliche Elite... Sie legen großen Wert auf eine kultivierte Lebensart... nehmen intensiv am gesellschaftlichen Leben teil, geben Einladungen, sind kulturell vielseitig interessiert und aktiv... Um glücklich zu sein, brauchen die Angehörigen dieses Milieus einen ‚distinguierten Rahmen‘... Im kleinbürgerlichen Milieu leben mehr als 40 Prozent aller 55- bis 70jährigen in der Bundesrepublik. Es ist damit die in dieser Altersgruppe dominierende Lebenswelt... Die kleinbürgerliche Leib- und Magenphilosophie lautet: Man muß im Leben etwas Anständiges erreichen. Die übergroße Mehrheit der älteren Kleinbürger kann von sich behaupten, diesen Grundsatz verwirklicht zu haben... Zusätzlich zur Rente bzw. Pension beziehen viele ältere Kleinbürger häufig Zusatzeinkommen aus Vermietung und Verpachtung, der Anteil von Haus- und Wohnungsbesitzern ist überproportional hoch.“³ Diese Kurzdarstellung westdeutscher Kernmilieus der Alten, zu denen noch 16 Prozent gehören, die dem aufstiegsorientierten Milieu angehören, läßt bereits erahnen, wie schwer es ist, ostdeutsche Ältere in das Bild hineinzukomponieren. Sie passen in ihrer Mehrheit genausowenig zu den wohlhabenden Alten in ihrem Putz (konservativ gehobenes Milieu), wie zu den Haus- und Wohnungsbesitzern (kleinbürgerliches Milieu) oder den Aufsteigern.

Unter den materiellen, politischen und ideologischen Bedingungen der DDR haben sich eigenständige Lebenswelten herausgebildet, mit sozialen Lagen, Lebensweisen, Wertorientierungen sowie kulturellen Besonderheiten, die mit den sozialen Milieus der alten Bundesrepublik kaum vergleichbar sind. Formal gleichgestellt verfügen die ostdeutschen Alten auch nach drei Jahren politisch-institutionaler, wirtschaftlicher und mentaler Anpassungs- und Ausgrenzungsprozesse über unterschiedliche materielle und politische Ressourcen und haben andere Sorgen, Probleme, Hoffnungen und Ängste als ihre westdeutschen Pendanten. Zudem erschweren Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart die Begegnung von gleich zu gleich auf beiden Seiten und, was die Ostbürger anbelangt, z.T. auch untereinander, wo-

1 Zur Diskussion des Begriffs „neue Alte“ vgl. Margret Dieck/Gerhard Naegele, „Neue Alte“ und alte soziale Ungleichheiten – vernachlässigte Dimensionen in der Diskussion des Altersstrukturwandels, in: Gerhard Naegele/Hans Peter Tews (Hrsg.), Lebenslagen im Strukturwandel des Alters, Opladen 1993, S. 43 ff.; s. a. die Beiträge von Malte Ristau/Petra Mackroth sowie von Bert Rürup/Werner Sesselmeier in diesem Heft.

2 Vgl. Frank D. Karl (Hrsg.), Die Älteren: Zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen; eine Studie der Institute Infratest Sozialforschung, Sinus und Horst Becker, Bonn 1991, S. 41.

3 Ebd., S. 45 ff.

durch die Zuordnung im gesamtdeutschen Altersbild ebenfalls erschwert wird. Wohin etwa mit den älteren Deutschen Demokratischen Revolutionären, einer allerdings kleinen Gruppe, da die Mehrheit der Alten nicht zu den Aktivisten der Wende gehörten? Und würden diese wiederum ihre Nähe zu den ehemals in den Bereichen Justiz, Militär, Staatssicherheit, Inneres und den gesellschaftlichen Organisationen Beschäftigten akzeptieren, besonders zu jenen Zeitgenossen, die in der DDR zu den Befürwortern des Systems gehörten und jetzt auf dem Boden der anderen Gesellschaftsordnung jene Menschenrechte für sich einklagen, die sie früher der Mehrheit verwehrten? Wohin schließlich mit den jungen Alten, die nach dem Zusammenbruch ihrer Betriebe und Genossenschaften oder nach Abwicklung und Evaluierung in den Bereichen Bildung, Verwaltung und Wissenschaft arbeitslos geworden sind oder Altersübergangsgeld in Anspruch nehmen (müssen)? Letzten Endes müßten die Ungleichheiten innerhalb der inhomogenen sozialdemographischen Gruppe der Alten auch bei der Auswahl der Farben Berücksichtigung finden. Hierbei sind subtile Varianten angebracht. Grau-in-Grau-Töne für die ostdeutschen, vielfältige Farbabstufungen für die westdeutschen Alten, mit jeweils bei beiden eingestreuten braunen und roten Tupfen, können alte Klischees der Selbst- und Fremdwahrnehmung der Alt- und Neubürger verfestigen oder fördern.

Vielleicht ist es doch einfacher und sinnvoller, getrennte Bilder von zwei deutschen Altern zu entwerfen? Es werden keine langweiligen Bilder sein, wenn die Beziehungen der Menschen zum Leben realistisch dargestellt werden. Beide Kompositionen werden nach dem Stand der Dinge in der Gegenwart und in absehbarer Zukunft nicht ausschließlich von den Gesetzen der Harmonie bestimmt sein, einer Harmonie, die es nur in der Realität der Kunst gibt. Auf alle Fälle ist aber Phantasie gefragt, die auf der Grundlage langer Erfahrungen und eines umfangreichen Wissens über die Gestaltung von Lebenswelten für und mit Alten, Visionen und Modelle hervorbringt und verwirklicht, die gesamtdeutsch als Bild der „neuen Alten“ ohne alte ungerechtfertigte soziale Unterschiede dargestellt werden können.

II. Besonderheiten der ostdeutschen Bevölkerungsentwicklung

Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vor drei Jahren hat sich die Tendenz des Alterns der Bevölkerung (wachsender Anteil

älterer Menschen bei gleichzeitigem Rückgang jüngerer Altersgruppen in der Gesamtbevölkerung) in den neuen Bundesländern beschleunigt. Dafür gibt es zwei Hauptursachen: den dramatischen Geburtenrückgang sowie die nach wie vor hohen Abwanderungszahlen jüngerer Einwohner (vgl. *Tabelle 1*).

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung – neue Bundesländer und Berlin-Ost

| Zeitraum | Eheschließungen | Lebendgeborene | Gestorbene | Fortzüge | | Zuzüge | |
|----------|-----------------|----------------|------------|-----------------------------|---------------------------|-----------------------------|---------------------------|
| | | | | aus den neuen Bundesländern | in die neuen Bundesländer | aus den neuen Bundesländern | in die neuen Bundesländer |
| | | | | je 1 000 Einwohner | | Personen | |
| 1989 | 7,9 | 12,0 | 12,4 | 388 396 | 5 135 | 395 343 | 36 217 |
| 1990 | 6,3 | 11,1 | 12,9 | 249 743 | 80 267 | 152 920* | 82 341* |
| 1991 | 3,2 | 6,8 | 12,7 | | | | |
| 1992 | 3,0 | 5,4 | 11,6 | | | | |

* Januar–September 1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt⁴.

1992 wurden in Ostdeutschland nur noch 87 000 Kinder geboren, gegenüber 199 000 im Jahr 1989 (1988: 215 700). Der Rückgang um mehr als die Hälfte in nur drei Jahren ist vor allem auf die Veränderung vormaliger Alltagsstrukturen zurückzuführen (soziale Unsicherheit, veränderte Zukunftsaussichten, Lebensperspektiven, Wertorientierungen, Interessen), die den Kinderwunsch, insbesondere bei jungen Frauen, negativ beeinflussen (vgl. *Tabelle 2*). Zu einem geringeren Teil ist die niedrige Zahl der Geburten einer sich ändernden Altersstruktur zuzuschreiben (Abnahme der 18- bis 25jährigen Frauen von 1989 bis 1992 um rund 127 000).

Ob der erkennbare deutliche Trend in Richtung Ein-Kind-Familie zu einem dauerhaften Phänomen wird, dürfte von der Entwicklung jener materiellen, sozialen und kulturellen Beziehungen abhängen, die in ihrer Gesamtheit das demographische Verhalten beeinflussen. Nach Stand der Dinge ist – zumindest auf absehbare Zeit – nicht damit zu rechnen.

Die Wanderungen zwischen den alten und neuen Bundesländern sind dadurch gekennzeichnet, daß nach wie vor jüngere Altersgruppen gen Westen ziehen, wobei sich die Zahl der Fortziehenden bis September des vergangenen Jahres auf einem

4 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, (1993) Sonderausgabe April, Tabellenanhang, S. 7f.

Tabelle 2: Kinderwunsch von 18- bis 45jährigen Frauen 1987-1992 (in Prozent)

| Gewünschte Kinderzahl | 1987 | 1990 | 1992 | 1993 |
|-----------------------|------|------|------|------|
| keine Kinder | 1 | 1 | 3 | 2 |
| 1 Kind | 10 | 19 | 14 | 26 |
| 2 Kinder | 69 | 69 | 66 | 58 |
| 3 und mehr Kinder | 20 | 11 | 17 | 14 |

Quellen: Frauenreport '90; sfz; Leben '93⁵.

Niveau von rund 17000 pro Monat einpendelte und eine wachsende, aber insgesamt geringfügige Zuwanderung aus dem früheren Bundesgebiet erfolgt.

III. Soziale Lage älterer Menschen

Für ältere Menschen in den neuen Ländern stellen die mit der Einheit Deutschlands einhergehenden sozialen Umstellungen einen erneuten, nach dem Faschismus und dem sogenannten Realsozialismus dritten, für die, welche noch das Kaiserreich erlebt haben, nunmehr vierten Bruch in ihrer Lebensperspektive dar. Die neuen sozialen, politischen und institutionellen Gegebenheiten führen zu anderen Lebensbedingungen und -lagen, beeinflussen soziale Beziehungen und Verhaltensweisen. Die neue deutsche Wirklichkeit hat zugleich beträchtliche Folgen für die Selbstorientierung älterer Mitbürger im Osten Deutschlands und findet ihren Niederschlag in entsprechenden subjektiven Bewertungen und Erwartungshaltungen.

1. Einkommen

Die durchschnittlichen Versichertenrenten sind in den neuen Ländern vom 30. Juni 1990 bis zum 1. Juli 1993 um rund 134 Prozent gestiegen, um 157 Prozent bei den Männern und um 120 Prozent bei den Frauen (vgl. *Tabelle 3*).

Aufgrund wesentlich längerer Versichertenzeiten der ostdeutschen älteren Frauen lag die durchschnittliche Versichertenrente 1992 um rund zehn

⁵ Vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.) Frauenreport '90, Berlin 1990, S. 30.; ders., Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1993, S. 51; Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum (sfz) Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.), Sozialreport, (1993) 1, S. 8.

Tabelle 3: Entwicklung der Durchschnittsrenten (1990-1993) in der gesetzlichen Rentenversicherung in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost⁶

| Stichtag | Durchschnittliche Versichertenrenten in M/DM/Monat* | | Differenz der Zahlungsbeträge zwischen Frauen und Männern | |
|-------------|---|--------|---|------------|
| | Männer | Frauen | in M/DM | in Prozent |
| 30. 6. 1990 | 572 | 432 | 140 | 25 |
| 1. 7. 1990 | 739 | 524 | 215 | 29 |
| 1. 7. 1991 | 1001 | 716 | 285 | 29 |
| 1. 7. 1992 | 1242 | 826 | 416 | 34 |
| 1. 7. 1993 | 1468 | 950 | 518 | 35 |

* Seit dem 1. 7. 1993 beträgt die Rente des fiktiven Durchschnittsverdieners im Beitrittsgebiet nach 45 Arbeitsjahren 1357 DM, was fast drei Vierteln des westdeutschen Rentenniveaus (gegenüber etwa 40 Prozent des Westniveaus nach der Währungsunion) entspricht.

Prozent⁷ und nach der Rentenanpassung Anfang Juli 1993 um rund ein Viertel höher als in den alten Bundesländern. Allerdings ist anzumerken, daß

- die Rentenhöhen der Frauen, die im Westteil Deutschlands eine eigene Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, auf eine nachhaltig schlechtere Stellung der Frauen hinweisen und
- dort von niedrigen Renten nicht auf geringfügige individuelle oder Haushaltseinkommen geschlossen werden kann, da die Einkommenssituation älterer Frauen stärker als die der Männer vom Familienstand geprägt ist⁸.

Durch die Übertragung des altbundesdeutschen Hinterbliebenenrechts hat sich der Kreis der Anspruchsberechtigten im Beitrittsgebiet per 1. Januar 1992 von rund 155000 im Dezember 1991 auf etwa 938000 bedeutend erweitert und die Rente beträchtlich erhöht. So stieg diese für rund 753000 Witwen, deren eigene Versichertenrente einen Auffüllbetrag enthält, per 1. Januar 1992 von durchschnittlich 833 DM um 37 Prozent auf

⁶ Zusammengefasst nach: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Ab 1. Juli: Mehr Rente, Bonn 1993, S. 5.

⁷ Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, VDR Statistik Rentenbestand am 1. Januar 1992, Band 100, Frankfurt am Main 1992, Beilage Zusammengefaßte Ergebnisse und S. 296.

⁸ Vgl. Klaus Kortmann, Kleinrenten, Niedrigeinkommen und Sozialhilfebedarf im Alter, in: Deutsche Rentenversicherung, (1992) 5-6, S. 337-362.

1144 DM⁹. Da die meisten ostdeutschen Witwen eigene Rentenansprüche durch langjährige Erwerbstätigkeit erworben haben, ist die Einkommenssituation von verwitweten Männern und Frauen – anders als in Westdeutschland – nahezu gleich¹⁰. Anders sieht die Situation bei den rund 15 Prozent alleinlebenden über 60jährigen Frauen aus, die ledig oder geschieden sind; vor allem für diese treffen die in Tabelle 3 dargestellten beträchtlichen Differenzen zwischen Frauen- und Männerrenten zu. Insgesamt bleibt jedoch festzustellen, daß die mit dem „Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung“ (Rentenüberleitungsgesetz) eingeleitete Fortentwicklung der Renten für die überwiegende Mehrheit der älteren Menschen positive Auswirkungen hat; dies findet seinen Niederschlag in der – im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen – höheren und weiter ansteigenden Zufriedenheit ostdeutscher Altersrentnerinnen und -rentner mit ihren Lebensbedingungen. Nach Einschätzung von 1 001 im Mai/Juni 1992 befragten ostdeutschen älteren Menschen („Senioren '92 nbl“) haben sich die finanziellen Möglichkeiten seit der Wende für 46 Prozent verbessert, für 30 Prozent sind sie gleichgeblieben und für 23 Prozent haben sie sich verschlechtert¹¹. Die seither eingetretenen Rentenanpassungen führten dazu, daß die Ein-Personen-Rentnerhaushalte im zweiten Halbjahr 1992 pro Monat durchschnittlich 344 DM und ein Zwei-Personen-Rentnerhaushalt durchschnittlich 461 DM mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres zur Verfügung hatten¹².

Hervorhebenswert ist ferner, daß die verfügbaren Einkommen in den vergangenen drei Jahren stärker als die Kosten der Lebenshaltung gewachsen sind¹³. Zugleich muß jedoch auf folgende Besonderheit der Einkommenssituation der ostdeutschen älteren Mitbürger hingewiesen werden:

1. Die Alterssicherung beruht nahezu ausschließlich auf der gesetzlichen Rentenversicherung. Betriebliche Altersversorgungssysteme und berufsständische Versorgungswerke spielten in

9 Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherer, VDR aktuell vom 13. 3. 1992, S. 4.

10 Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherer (Anm. 7), S. 301 f.

11 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer/Gunnar Winkler (Hrsg.), Altenreport '92 – Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern, Berlin 1993, Abschnitt 4.7.

12 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, (1993) 6, S. 19.

13 Vgl. Hanna Haupt, Einkommen und Verbrauch, in: K.-P. Schwitzer/G. Winkler (Anm. 11), Abschnitt 4.1.2.2.

der DDR nur eine unbedeutende bzw. überhaupt keine Rolle.

2. Die Möglichkeit einer Eigenvorsorge i. S. von privaten Rentenversicherungen, renditeträchtigen Kapitalanlagen und Erwerb von Eigentumswohnungen gab es in der DDR nicht.

Dies findet seinen Niederschlag in bedeutend niedrigeren Geldvermögensbeständen und Vermögenseinkommen der ostdeutschen Rentnerhaushalte. Alle deutschen Rentner- und Pensionärshaushalte zusammen bezogen 1992 fast 54 Milliarden DM an Zinsen und Dividenden (vgl. *Tabelle 4*); davon erhielten die Haushalte in den neuen Ländern nur einen Anteil von 2,4 Milliarden¹⁴.

Anders als im westlichen Landesteil der Bundesrepublik, wo die „Aufbau-Generation“ der heutigen Alten in mehrfacher Hinsicht privilegiert war (Vollbeschäftigung, Teilhabe am Wirtschaftswunder und an betrieblichen, berufsständischen und Zusatzversorgungssystemen, Eigenvorsorge durch vielfältige Möglichkeiten der Vermögensbildung), konnten die Ostdeutschen im Verlauf der 40 Jahre DDR nur bescheidene finanzielle Vermögen ansammeln, in der Hauptsache Spareinlagen. Deren Struktur – letztmalig 1989 erfaßt und erstmalig 1993 veröffentlicht¹⁵ – zeigt, daß dort die Altersrentner (Frauen ab 60 Jahre, Männer ab 65 Jahre) über knapp 23 Prozent der Konten und knapp 39 Prozent des Geldvermögens verfügten (vgl. *Tabelle 5*).

Zu beachten ist, daß die Zuordnung zu Arbeitern und Angestellten äußerst diffus erfolgte; Offiziere, Funktionäre sowie Minister, Künstler und andere DDR-Prominente mit überdurchschnittlichem Einkommen wurden zu den Arbeitern und Angestellten gerechnet (vgl. *Tabelle 6*).

Aus den durchschnittlich 11 400 M Spareinlagen pro Konto wurden nach der Währungsreform 8 700 DM. Es wird deutlich, daß ältere Menschen, auch wenn sich ihre materielle Lage im Vergleich zu DDR-Zeiten erheblich verbessert hat¹⁶, kaum in der Lage sein werden, die sogenannten Not- und Wechselfälle des Lebens längerfristig zu überbrücken. Bei eintretender Pflegebedürftigkeit, die

14 Vgl. Klaus-Dieter Bedau, Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1992, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht, (1993) 28, S. 391.

15 Vgl. Elvir Ebert/Eckhard Priller, Einkommen und Konsum, in: G. Winkler, Sozialreport (Anm. 5), S. 123.

16 Vgl. auch Joachim Frick/Richard Hauser/Klaus Müller/Gerd Wagner, Einkommensverteilung und Einkommenszufriedenheit in ostdeutschen Privathaushalten, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht, (1993) 6, S. 57 f.

Tabelle 4: Vermögenseinkommen der Haushaltsgruppen¹ 1992

| | Alte Bundesländer | Neue Bundesländer | Zusammen |
|--|-------------------|-------------------|----------|
| in Mrd. DM | | | |
| Haushalte von | | | |
| Landwirten | 2,5 | 0,4 | 2,9 |
| Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft | 35,2 | 0,9 | 36,1 |
| Angestellten | 40,8 | 1,9 | 42,6 |
| Beamten | 9,2 | 0,0 | 9,2 |
| Arbeitern | 22,0 | 2,3 | 24,3 |
| Arbeitslosen | 1,1 | 0,3 | 1,3 |
| Rentnern | 45,0 | 2,4 | 47,4 |
| Pensionären | 6,2 | 0,0 | 6,2 |
| sonstigen Personen ² | 21,1 | 0,1 | 21,1 |
| Privathaushalte insgesamt | 183,0 | 8,2 | 191,2 |
| in DM je Haushalt | | | |
| Haushalte von | | | |
| Landwirten | 9 730 | 1 696 | 6 004 |
| Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft | 21 244 | 2 839 | 18 342 |
| Angestellten | 6 099 | 1 500 | 5 383 |
| Beamten | 5 774 | 1 000 | 5 714 |
| Arbeitern | 3 472 | 1 238 | 2 965 |
| Arbeitslosen | 1 408 | 470 | 1 002 |
| Rentnern | 5 379 | 1 239 | 4 603 |
| Pensionären | 6 820 | - | 6 820 |
| sonstigen Personen ² | 10 750 | 870 | 10 414 |
| Privathaushalte insgesamt | 6 417 | 1 311 | 5 503 |

1 Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

2 Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegender Lebensunterhalt aus Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtl. Statistiken.

eine Heimaufnahme oder eine andere Form stationärer Pflege erforderlich machte, wären fast alle Betroffenen binnen kürzester Zeit auf Sozialhilfe angewiesen. Diese müßte von den Kommunen aufgebracht werden, welche gegenwärtig und auf absehbare Zeit selbst in schwierigen Finanzlagen stecken. Daher hat es wenig Sinn, angesichts der verfügbaren Einkommen und Geldvermögen der Rentnerhaushalte im Osten Deutschlands die Diskussion darüber, ob und inwieweit es möglich ist, das akkumulierte Vermögen der Alten bzw. der mittleren Generation künftig zur sozialen Sicherung heranzuziehen, auf die neuen Länder auszuweiten. Hinzu kommt, daß es sich hierbei aus ökonomischen und sozialpolitischen Gründen – auch für die Lösung der anstehenden Probleme in

Tabelle 5: Sozialökonomische Gliederung der Spareinlagen 1989

| | Konten | Be- | Durch- |
|--------------------|--------|--------|---------|
| | Anzahl | | |
| | in | Pro- | Pro- |
| | 1 000 | zent | zent |
| | | Mio. M | M/Konto |
| Arbeiter/ | | | |
| Angestellte | 20 836 | 87,58 | 129 162 |
| Intelligenz | 102 | 0,43 | 1 268 |
| LPG-Mitglieder | 1 322 | 5,56 | 16 189 |
| PGH-Mitglieder | 138 | 0,58 | 1 335 |
| Einzelhandw. | 227 | 0,95 | 4 219 |
| übr. Selbständige | 198 | 0,83 | 3 539 |
| Sonstige | 967 | 4,07 | 4 075 |
| Summe | 23 790 | 100 | 159 787 |
| davon: | | | |
| in allen Gruppen | | | |
| enthaltene Rentner | 5 434 | 22,84 | 61 911 |
| | | | 100 |
| | | | 6 717 |
| | | | 38,75 |
| | | | 11 393 |

Quelle: Staatsbank Berlin, unveröffentlichtes statistisches Material.

Tabelle 6: Spareinlagen der Bevölkerung im Rentenalter nach sozialökonomischen Merkmalen 1989

| | Konten | Be- | Durch- |
|-------------------|--------|--------|---------|
| | Anzahl | | |
| | in | Pro- | Pro- |
| | 1 000 | zent | zent |
| | | Mio. M | M/Konto |
| Arbeiter/ | | | |
| Angestellte | 3 976 | 73,2 | 45 914 |
| Intelligenz | 29 | 0,5 | 643 |
| LPG-Mitglieder | 513 | 9,4 | 7 554 |
| PGH-Mitglieder | 41 | 0,7 | 534 |
| Einzelhandw. | 122 | 2,2 | 2 523 |
| übr. Selbständige | 117 | 2,2 | 2 351 |
| Sonstige | 636 | 11,8 | 2 392 |
| Summe | 5 434 | 100 | 61 911 |
| | | | 100 |
| | | | 11 393 |

Quelle: Staatsbank Berlin, unveröffentlichtes statistisches Material.

den alten Bundesländern – um einen mehr als zweifelhaften Ausweg handelt und daß sinnvollere Szenarien denkbar sind¹⁷. Außerdem partizipieren auch in Westdeutschland bei weitem nicht alle Älteren am Wohlstand¹⁸.

Obwohl im Osten die Rentenanpassungen auf höherem Niveau als im Westen erfolgen, wird sich die Einkommens- und Vermögensstruktur auf lange Zeit deutlich unterscheiden. Die hohe Zahl der Arbeitslosen (1,16 Millionen), Kurzarbeiter

17 Vgl. Richard Hauser/Gerhard Wagner, Altern und soziale Sicherung, in: Paul B. Baltes/Jürgen Mittelstraß (Hrsg.), Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin-New York 1992.

18 Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Landessozialbericht Armut im Alter, Düsseldorf 1992, S. 9ff.

(143 400), Teilnehmer an Umschulung und Weiterbildung (295 000), Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (203 000), Empfänger von Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld (826 000) – jeweils Stand September 1993 – lassen auf mittlere Sicht nicht erwarten, daß künftige Rentenbezieher ihre Alterseinkommen durch Betriebsrenten oder eigene Vermögenseinkommen wesentlich ergänzen können. Davon besonders betroffen sind die Frauen; sie stellen über 60 Prozent der Arbeitslosen. Von den 45- bis unter 55jährigen Frauen waren Anfang 1992 rund 22 Prozent und von den 55- bis 60jährigen rund 34 Prozent arbeitslos¹⁹. Diese Sachverhalte haben gravierende Folgen für die Alterssicherung, da Altersübergang, Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe sich in der Rentenberechnung als beitragsgeminderte Zeiten niederschlagen. Damit ist die Altersarmut für viele Frauen vorprogrammiert²⁰.

2. Wohnen

Zum Erbe der DDR gehört ein Wohnbestand, dessen Qualität vom Volksmund in Abwandlung des Textes der Nationalhymne bereits Jahre vor dem Herbst 1989 folgendermaßen persifliert wurde: „Einverstanden mit Ruinen und der Zukunft zugewandt.“ 1989 hatten 18 Prozent der Wohnungen kein Bad bzw. keine Dusche, 24 Prozent keine Inntoilette, 53 Prozent keine moderne Heizung und 84 Prozent kein Telefon, bei beträchtlichen territorialen Unterschieden. Während in Ost-Berlin 95 Prozent der Wohnungen über ein Innen-WC und 63 Prozent über eine moderne Heizung verfügten, waren es in Sachsen 62 Prozent bzw. 38 Prozent. Für das Wohnumfeld, vor allem in den Neubausiedlungen der Großstädte, waren und sind städtebauliche Uniformität und Mängel in der Infra- und Versorgungsstruktur typisch²¹. Der Vergleich mit dem bundesdeutschen Standard läßt erkennen, daß die älteren Menschen in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins sich deutlich mit schlechteren Wohnverhältnissen zufriedengeben müssen, die Konsequenzen hinsichtlich Art und Umfang gegebenenfalls erforderlicher Hilfe- und Betreuungsleistungen haben (vgl. Tabelle 7).

19 Vgl. Evelyn Grünheid, Strukturen der Erwerbslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost Anfang 1992, in: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sonderausgabe April 1993, S. 19f.

20 Vgl. Hanna Haupt, Vorprogrammierte Altersarmut von Frauen – jetzt auch im Osten?, in: Sozialreport. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, (1993) 1, S. 2f.

21 Vgl. Wilhelm Hinrichs/Waldemar Eisenberg, Wohnen in den neuen Bundesländern, in: G. Winkler, Sozialreport (Anm. 5), S. 167f.

Tabelle 7: Wohnsituation von Älteren (60 Jahre und älter) und Jüngeren (unter 60 Jahre) in den alten und in den neuen Bundesländern (in Prozent)

| Merkmale der Wohnsituation | Ost (1990) | | West (1989) | |
|--|------------|--------|-------------|--------|
| | Jüngere | Ältere | Jüngere | Ältere |
| <i>Größe</i> | | | | |
| - Wohnfläche in qm | 73,8 | 58,4 | 98,8 | 83,5 |
| - Zahl der Wohnräume über 6 qm | 3,4 | 2,8 | 4,0 | 3,5 |
| <i>Ausstattung</i> | | | | |
| - Ohne Innenbad | 9,4 | 17,2 | 3,0 | 2,9 |
| - Ohne Innen-WC | 12,4 | 21,6 | 3,3 | 3,6 |
| - Ohne Zentralheizung | 41,8 | 56,9 | 15,7 | 20,2 |
| - Ohne Balkon | 56,9 | 70,8 | 29,1 | 33,1 |
| - Ohne Keller | 4,2 | 3,7 | 5,7 | 4,2 |
| - Ohne Garten | 51,7 | 53,7 | 38,2 | 43,8 |
| <i>Modernität</i> | | | | |
| - modern | 56,2 | 39,5 | 82,1 | 77,7 |
| - leichte Mängel (keine Sammelheizung) | 29,3 | 34,2 | 13,4 | 17,3 |
| - Substandard (kein Bad) darunter: | 14,5 | 26,2 | 4,5 | 5,1 |
| - extremer Substandard (kein Innen-WC) | 12,4 | 21,6 | 3,3 | 3,6 |
| <i>Eigentumsform</i> | | | | |
| - Eigentümer | 30,4 | 29,2 | 48,0 | 48,1 |
| - Mieter | 69,6 | 70,8 | 52,0 | 51,9 |

Quelle: SOEP-West (1989), SOEP-Ost (1990), personenbezogene Auswertung. Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Längsschnittuntersuchung privater Haushalte in Deutschland, die seit 1984 im jährlichen Rhythmus durchgeführt wird (SOEP-West). 1990 wurde sie auf das ehemalige Gebiet der DDR ausgeweitet (SOEP-Ost).

Für Gesamtdeutschland gilt, daß die Ausstattung der Wohnungen um so schlechter ist, je älter die Bewohner sind, allerdings weniger dramatisch in den alten Bundesländern (vgl. Tabelle 8).

Dennoch sind, wie die o.g. empirische Befragung („Senioren' 92 nbl“) belegt, rund 73 Prozent der älteren Menschen in den neuen Bundesländern mit ihren Wohnbedingungen zufrieden und ist der Anteil jener, die an ihrer Wohnung etwas auszusetzen haben (Größe und Lage der Wohnung, zu kalt, bauliche Mängel, Renovierungsbedürftigkeit) in den letzten fünf Jahren konstant geblieben. Die einzige, aber für die Älteren in hohem Maße bedeutsame Ausnahme bei der Beurteilung ihrer Wohnqualität stellt das Merkmal „zu teuer“ dar. Als Folge der Mieterhöhungen und der Umlage der (stark gestiegenen) Betriebskosten im Herbst 1991 wuchs der Anteil derjenigen, denen ihre Wohnung zu teuer ist, von 4 Prozent (1987/88) auf 19 Prozent (1992). So zahlten 93 Prozent der

Tabelle 8: Verteilung von modernen und schlecht ausgestatteten Wohnungen nach ausgewählten Altersgruppen (in Prozent)

| Haushaltstyp/ Alter des ältesten Haushalts- mitglieds | Ost (1990) | | West (1989) | |
|---|--------------------------------------|--|--------------------------------------|--|
| | Anteil moderner Woh- nungen | Anteil extremer Substan- dard | Anteil moderner Woh- nungen | Anteil extremer Substan- dard |
| <i>Alle Altenhaushalte insgesamt</i> | 40,5 | 22,4 | 76,7 | 3,9 |
| <i>Alter</i> | | | | |
| 60-69 Jahre | 43,6 | 17,8 | 80,2 | 2,5 |
| 70-79 Jahre | 37,7 | 23,3 | 75,6 | 4,5 |
| 80 Jahre und älter | 37,3 | 32,1 | 72,0 | 5,5 |
| <i>Ein-Personen-Haus- halte insgesamt</i> | 41,8 | 27,1 | 73,9 | 5,3 |
| <i>Alter</i> | | | | |
| 60-69 Jahre | 53,5 | 19,5 | 78,0 | 3,6 |
| 70-79 Jahre | 39,4 | 27,9 | 72,5 | 5,3 |
| 80 Jahre und älter | 34,2 | 32,8 | 71,9 | 6,9 |

Quelle: SOEP-West (1989), SOEP-Ost (1990), haushaltsbezogene Auswertungen.

Befragten bis September 1991 eine Miete (inklusive Betriebskosten) von unter 100 DM; für 7 Prozent betrug die monatliche Miete 100 DM und mehr. Ab Oktober zahlten knapp 6 Prozent eine Miete von unter 100 DM und ein Drittel von über 300 DM. Insgesamt hat sich für die Befragten die durchschnittliche Monatsmiete vervierfacht; sie stieg von durchschnittlich 59 DM auf 252 DM. Mit der Mieterhöhung zum 1. Januar 1993 ist von einem weiteren Anstieg zwischen 80 und 120 DM auszugehen.

Die dennoch hohe Wohnzufriedenheit kann – wie Zufriedenheitsbewertungen überhaupt – nur mit der „subjektiven Perspektive“ erklärt werden. Anders als die (in der Regel jüngeren) Wissenschaftler, Politiker und Journalisten, die von eigenen Maßstäben, Interessen, Klischees und Stereotypen ausgehen und „Alter“ vielfach vor allem unter den Aspekten Bedarf, Mangel und Armut diskutieren, beurteilen Ältere ihre soziale Lage vor dem Hintergrund ihrer geschichtlichen und generationsspezifisch gebrochenen sozialen und individuellen Erfahrungen sowie spezifischen Lebensweisen und Ansprüchen.

3. Erwerbstätigkeit

Gegenwärtig sind etwa noch 20 000 bis 30 000 Ostdeutsche im Rentenalter erwerbstätig; genauere Aussagen zur Struktur der Erwerbstätigkeit (Wirtschaftsbereich, Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht u. a.) liegen z. Z. nicht vor. In der Untersuchung „Senioren '92 nbl“ gaben von den 1001 Befragten lediglich sechs (0,6 Prozent)

an, noch ganztätig zu arbeiten, 24 (2,4 Prozent) waren noch stundenweise erwerbstätig. Von denen, die nicht mehr berufstätig waren, würden aber 12,4 Prozent gern wieder arbeiten.

Das Interesse der Älteren an einer erneuten Erwerbstätigkeit korrespondiert mit der Schulbildung, der beruflichen Qualifikation und dem früheren funktionalen Arbeitsinhalt (Tätigkeit und beruflicher Status). Finanzielle Gründe für eine Weiterarbeit sind unter den gegebenen sozialen Bedingungen vielleicht doch nicht so bedeutsam, eher schon der Familienstand. Für die Geschiedenen (rund 8 Prozent aller Befragten) könnten neben den sozialen Beziehungen und kommunikativen Kontakten durchaus auch wirtschaftliche Gründe als Motiv eine Rolle spielen. Erwerbstätigkeit im Alter ist ferner abhängig vom kalendrischen Alter und vom Gesundheitszustand; letzterer wird gemäß dieser Befragung von den Höherqualifizierten besser eingeschätzt als von jenen mit niedrigerem Bildungs- und Qualifikationsniveau.

Daß Erwerbstätigkeit im Rentenalter, sofern Interesse daran besteht, künftig realisiert werden kann, wird gegenwärtig kaum von jemandem angenommen. Dagegen sprechen die steigende Zahl von Arbeitslosen und der hohe Anteil von Männern und Frauen, die Vorruhestandsregelungen in Anspruch nehmen (müssen). Der im Osten neue Trend zum „frühen Ruhestand“ zeigt, daß es gesellschaftliche, systemimmanente Gesetzmäßigkeiten gibt, die nicht ohne weiteres durch staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. individuelles oder kollektives Handeln gestaltet werden können. Das hängt damit zusammen, daß die Konstituierung des Alters ein Resultat der industriellen gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ist und soziale Probleme älterer Erwerbstätiger struktureller Bestandteil der Produktionsverhältnisse sind²². Demzufolge ist der drastische Rückgang der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern, der quantitativ den der alten Länder bereits weit übertrifft, ebenso wie die Abnahme älterer Erwerbstätiger seit Beginn der siebziger Jahre in den modernen Industrieländern nicht mit dem Druck der Arbeitslosigkeit, Rationalisierungszwängen oder mit neuartigen Qualifikationsanforderungen *allein* zu begründen. Da es keine Eigengesetzlichkeit der Technik gibt, die vermittelt über Rationalisierungs- und Effizienzerfordernisse ein Überangebot von Arbeit schafft, bleibt nach den Ursachen, d. h., nach der gesellschaftlichen Zwecksetzung der Arbeit und den daraus erwachsenden Interessen, die letztlich Ver-

²² Vgl. Josef Ehmer, Sozialgeschichte des Alters, Frankfurt am Main 1990, S. 64-69.

wertungsinteressen der Kapitaleigentümer sind, zu fragen. Offensichtlich bestimmen diese Interessen die gesellschaftliche Realität stärker als alle noch so guten und vernünftigen psychologischen, soziologischen und ökonomischen Gründe, die dafür sprechen, die Arbeit gleichmäßiger auf alle Altersgruppen zu verteilen²³.

Was die Erwerbstätigkeit im Alter anbelangt, ist vielleicht ein generelles Umdenken vonnöten. Es erscheint widersinnig, in einer Zeit, wo weltweit in der Sprache der Ökonomen „einem enorm steigenden Angebot an Menschen eine deutlich sinkende Nachfrage gegenübersteht“²⁴ und niemand eine Antwort darauf hat, wie die Zukunft der Arbeit gestaltet werden kann, das Recht auf Arbeit für Ältere zu fordern. Genausowenig hat es Sinn, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit festzuschreiben, obwohl die Jungen auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen haben.

4. Gesundheitliche und soziale Betreuung

Mit der Vereinigung Deutschlands ist in den neuen Ländern auch das Gesundheits- und das soziale Versorgungssystem umorganisiert worden, „wobei weniger Maßstäbe der ‚Modernisierung‘ als des im Westen herrschenden Besitzstanddenkens angelegt wurden“²⁵.

Angesichts der Tatsache, daß es zum Zeitpunkt des Beitritts keine Konzeptionen, Modellvorstellungen und Lösungsvarianten gab, wie die Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zu gestalten sei, und angesichts der kurzen Zeit, innerhalb der die Umorganisation erfolgte, verlief der Transformationsprozeß innerhalb der Kommunen mit erstaunlicher Effizienz. Das schließt nicht aus, daß es noch geraume Zeit dauern wird, bis allerorten die volle institutionelle Funktionsfähigkeit erreicht sein wird; vielfältige ungelöste Probleme und Aufgaben werden künftig noch zum Alltag der ostdeutschen Alten (und Behinderten) gehören²⁶. Die für die DDR typischen Versorgungsdefizite bei bestimmten Medikamenten und Verbrauchsmaterialien gehören jedoch der Vergangenheit an, und die ambulante Grundbetreuung hat sich offensichtlich durch die Umstrukturierung des Betreuungssystems nicht verschlech-

tert. Wie vor fünf Jahren hatten 1992 85 Prozent der befragten älteren Menschen eine bestimmte Ärztin bzw. einen Arzt, die sie seit mehr als zwei Jahren betreuten. 74 Prozent gehen regelmäßig zu diesen Medizinerinnen. Allerdings sind die für ältere Menschen besonders bedeutsamen Hausbesuche nach der Wende um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Eine vor allem quantitative Angebotsverbesserung in der häuslichen Pflege bringen die rund 1000 Sozialstationen, die in den vergangenen zwei Jahren durch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege in den neuen Ländern eingerichtet worden sind und die die 5585 staatlichen und 124 konfessionellen Gemeindefachstellen abgelöst haben, in denen rund 7000 Mitarbeiterinnen beschäftigt waren, sowie die etwa 120 bis 150 ehemaligen Betreuungs- und Beratungsstellen für ältere Menschen.

Der Wechsel hat neben einer Optimierung der häuslichen Krankenpflege gleichzeitig zu einem Rückgang der zeitaufwendigen psychologischen Betreuung geführt, die vor der Wende nicht extra berechnet wurde, da diese zum Konzept der ganzheitlichen Betreuung gehörte. So gibt es nach einer Analyse aus Dresden gegenwärtig für ca. 40 Prozent der Leistungen im Rahmen der psychosozialen Betreuung und der begleitenden Dienste (Prävention, Rehabilitation), die von Sozialstationen erbracht werden, keine gesicherte Finanzierung mittels geregelter Kostensätze²⁷. Seit über einem Jahr kämpfen dort die Pflegekräfte um die finanzielle Anerkennung jener Stunden, in denen sie Sterbenden die Hand halten, mit Einsamen reden oder einfach für jemand da sind – bisher ohne Erfolg.

Auch andere Leistungen wie die Bereitstellung einer Haushaltshilfe oder von Mittagessen gibt es nicht mehr in gewohntem Umfang – teils aus Kostengründen (für das Mittagessen mußten die älteren Menschen über Nacht statt 0,30–0,50 Mark 5,50 DM bezahlen), teils weil die Haushaltshilfe als eigenständige Dauerleistung nicht oder nur in begrenztem Umfang von den Leistungsträgern finanziert wird. Dadurch und durch das Auslaufen vieler Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) – rund 50 Prozent der Stellen in den ostdeutschen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege waren 1991/1992 mit ABM-Kräften besetzt – kommt es zum Aufreißen „ambulanter Löcher“²⁸.

23 Vgl. Martin Kohli, Altern in soziologischer Perspektive, in: B. Baltes/J. Mittelstraß (Anm. 17), S. 245.

24 Hans Magnus Enzensberger, Die große Wanderung. 33 Markierungen, Frankfurt am Main 1992³, S. 30.

25 Irma Hanke, Die „Dritte Republik“: Wandel durch Integration?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/92, S. 19.

26 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer, Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 51.

27 Vgl. Roswitha Jensch, Analysen der Arbeitsgruppe Sozialstationen der Stadt Dresden. „Auswertung des Experten-Ratings zur Finanzierung der Sozialstationen“, Dresden 1991 (unv. Ms.).

28 Vgl. Roland Schmidt, Sozialstationen und ambulante Dienste in Brandenburg: Problemlagen und Perspektiven, Kurzinformation des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), Berlin 1993, S. 11.

Vor diesem Hintergrund stimmt es hoffnungsvoll, daß aus den neuen Ländern Denkanstöße und Innovationen in Richtung eines höheren Niveaus der Integration und Betreuung ausgehen. Nachdem nach der Wende der Verlust von Altenklubs, psychosozialen Beratungs- und Betreuungsstellen, Kostenfreiheit bei Inanspruchnahme sozialer und gesundheitlicher Dienste, Sachleistungen u.a., vor allem aber die phantasielose Übertragung westlicher Versorgungsstrukturen beklagt wurden²⁹, gibt es zunehmend Diskussionen, Konzeptionen und Modellprojekte gegen „altbewährte“ Lösungen. Das von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialstationen, der Wohlfahrtsverbände und des Dezernats für Gesundheit und Soziales der Stadt Dresden vorgestellte Modellprojekt „Sockelfinanzierung“, das Wege zur Finanzierung einer ganzheitlichen, an den Bedürfnissen der betroffenen Bürger orientierten flächendeckenden sozialen Betreuung und Pflegeversorgung aufzeigt, gehört ebenso dazu, wie das von Bonn geförderte Modell Gemeindepsychiatrie in Leipzig, das Brandenburger Modell zur Umstrukturierung der Polikliniken oder das Modellprojekt „Seniorenhof Plagwitz“. Die Selbsthilfe Plagwitz e.V. fördert z.B. die Begegnung und Selbsthilfe unter dem Motto „Altersvorsorge durch tätige Mithilfe“, die Vernetzung von professionellen und ehrenamtlichen Diensten bei der wohnortnahen Rehabilitation und Pflege sowie Leistungen für und mit den Menschen nach genossenschaftlichem Vorbild, einschließlich der Möglichkeit, Nebenverdienste zu erlangen.

Letztlich sind diese Projekte gegen die mit der Übertragung altbundesdeutscher Regelungen (und dort wohl bekannten) importierten Mängel (Lücken und Unzweckmäßigkeiten, Koordinierungs- und Vernetzungsdefizite, Dominanz von Verbandsinteressen u.a.m.) gerichtet. Es besteht durchaus die Chance, daß aus der Improvisation – die angesichts des Entwicklungsstandes der DDR auf diesem Gebiet und des Tempos der Übertragung „eingefahrener“ Lösungen und Interessenlagen nicht zu vermeiden war – mit Phantasie und gutem Willen der beteiligten Akteure eine Integration werden kann, die künftig zu einer Expansion der sozialen Sicherheit und Lebensqualität führt. Die angeführten Beispiele zeigen, daß dieses zumindest auf regionaler Ebene machbar ist.

²⁹ Vgl. exemplarisch: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.), Zukunft sozialer Einrichtungen und sozialer Dienste in den neuen Bundesländern, Referate der Fachkonferenz am 21. und 22. November 1991 in Magdeburg, Bonn 1992.

IV. Resümee

Die Darstellung ausgewählter Lebenslagen älterer Menschen in den neuen Bundesländern verdeutlicht, daß das weitgehend nivellierte Lebensniveau – gemessen am Durchschnitt altbundesdeutscher sozialer Lagen – erkennbar niedriger ist als in den alten Ländern und auf absehbare Zeit auch bleiben wird. Die Lebensbedingungen sind das Resultat der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der DDR. Arbeitslosigkeit und Vorruhestand werden *künftig* neue und stärker differenzierte soziale Ungleichheiten zur Folge haben; die soziale Frage stellt sich infolge von Arbeitslosigkeit, Verarmung und Marginalisierung bestimmter sozialer Gruppen anders als in den alten Bundesländern. Dies alles hat beträchtliche Folgen für die Selbstorientierung der älteren Mitbürger im Osten Deutschlands und findet seinen Niederschlag in anderen Alltagsproblemen, Bedürfnissen, Politikinteressen, Erwartungen, Ängsten und Sorgen sowie im Zufriedenheitsniveau. Daher muß davon ausgegangen werden, daß es – bei partieller Angleichung der Lebensverhältnisse – zu einer Verfestigung bestehender Ungleichheiten zwischen den Alten in Ost und West kommen wird. Hieraus ergeben sich spezielle Aufgaben für die Altenpolitik und -arbeit in den neuen Bundesländern, wobei die Einbeziehung der Betroffenen denkbar ist und vorteilhaft wäre.

Eine Besonderheit in den neuen Ländern besteht gerade darin, daß die Mehrheit der in den vergangenen drei Jahren entstandenen Vereine, Interessengruppen und Projekte³⁰, die die Interessen der älteren Menschen vertreten und Angebote offerieren, sich ausdrücklich auch an die (noch nicht im Rentenalter stehenden) Vorruheständler wenden. Dies bietet die Chance, Möglichkeiten und Potentiale zur aktiven Bürgerbeteiligung zu erschließen. Der Vorruhestand ist für diese „jungen Alten“ nicht Endpunkt einer vorhersehbaren, freiwillig eigenständigen Entscheidung, sondern Ergebnis äußerer, selbst nicht zu beeinflussender politischer oder betriebswirtschaftlicher Zwänge. Dieser Status wird von vielen Betroffenen als so unbefriedigend angesehen, daß er überwunden werden muß. Zudem bringen die Menschen gute Voraussetzungen mit: Männer wie Frauen waren erwerbstätig, verfügen über ein relativ hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau und wollen ihre materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse und Interessen, die sich nicht einseitig auf Fürsorgeleistungen beschränken lassen, auch in dieser Lebensphase befriedigen.

³⁰ Vgl. K.-P. Schwitzer/G. Winkler (Anm. 11), Anhang Organisationen, Verbände, Vereine, Modellprojekte.

Bert Rürup/Werner Sesselmeier: Die demographische Entwicklung Deutschlands: Risiken, Chancen, Optionen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/93, S. 3–15

Die demographische Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2030 hat Auswirkungen auf die Faktor-, Güter- und Kapitalmärkte sowie auf die Sozialversicherungen. Die parallele Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials erfordert langfristig verschiedene Kompensationsstrategien – Steigerung der Arbeitsproduktivität, Erhöhung der Lebensarbeitszeit, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, gezielte Einwanderungspolitik –, wobei es bei der Realisierung in entscheidendem Maße auf deren Kombination ankommt. Auf der Konsumseite ist eine Zunahme der altersspezifischen Konsum- und Dienstleistungsnachfrage zu erwarten. In der Gesetzlichen Rentenversicherung wird es zu einer Verschlechterung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern kommen. Insgesamt steht die Politik aufgrund der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung vor einem Verteilungsproblem. Herausragende Aufgabe ist es dabei, allen betroffenen Gruppen bereits jetzt die damit verbundenen Konsequenzen bewußt zu machen und die notwendigen Schritte einzuleiten, damit aus diesem Verteilungsproblem kein Akzeptanzproblem wird.

Gerhard Bäcker: Im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer zwischen demographischem Wandel und anhaltender Arbeitslosigkeit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/93, S. 16–26

Während in der aktuellen Diskussion gefordert wird, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fördern und das Rentenalter möglichst bald heraufzusetzen, um die anstehenden demographischen Belastungen bewältigen zu können, wird in der Praxis nach wie vor die Frühverrentung als Mittel zum Personalabbau und -umbau eingesetzt. Die Analyse der hinter diesem Widerspruch stehenden unterschiedlichen Entwicklung des demographischen Wandels und des Arbeitsmarktes ergibt, daß die Strukturverschiebung in der Alterszusammensetzung der Erwerbspersonen in den nächsten 20 Jahren zunächst noch langsam verlaufen wird und daß zugleich ein anhaltendes Arbeitsmarktgleichgewicht zu erwarten ist. Unter diesen Voraussetzungen ist auf mittlere Sicht nicht mit einer substantiellen Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu rechnen. Allerdings wird mit dieser Krisenbewältigungsstrategie den längerfristigen Problemen und Herausforderungen des demographischen Umbruchs nur unzureichend Rechnung getragen, weshalb für eine präventive Politik der Beschäftigungs- und Qualifikationsförderung älterer Arbeitnehmer plädiert wird.

Malte Ristau/Petra Mackroth: Latente Macht und neue Produktivität der Älteren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/93, S. 27–38

Ob der starke Anstieg des Anteils der älteren Menschen an der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland künftig stärker als „Alterslast“ oder als „Alterskapital“ bewertet wird, hängt auch von den Älteren selbst ab. Alter ist heute eine eigenständige lange Lebensphase mit spezifischen Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten. Nachdem ein Wandel des Alters erkannt worden ist, wird über Entberuflichung, neuen Teilhabedarf, verändertes Konsumverhalten, ausgeweitete Interessen und neue Leitbilder diskutiert. Die neue Produktivität der Älteren spornt auch etablierte Organisationen, Verbände und Institutionen an, ihre Angebots- und Organisationsstruktur zu überdenken. Dies gilt für die Gewerkschaften ebenso wie für die großen Volksparteien, die die Älteren als Parteinachwuchs entdecken. Die latente Macht und das neue Engagement der Älteren machen sie zu einem wichtigen Faktor in unserer Gesellschaft.

Klaus-Peter Schwitzer: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern. Das andere deutsche Alter

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/93, S. 39–47

Die mit der Einheit Deutschlands einhergehenden Veränderungen im sozialen System stellen für die älteren Menschen in den neuen Bundesländern, wie für alle ehemaligen DDR-Bürger, einen Bruch der bisherigen Lebensperspektive dar. Daraus ergeben sich Konsequenzen für nahezu alle Lebensbereiche; sie betreffen Erwerbsbiographien, Einkommensverläufe, Familienbeziehungen, Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung u. a. m. Anhand sozio-demographischer Trends und ausgewählter Lebensbedingungen wird gezeigt, wie sich die soziale Lage älterer Menschen verändert hat bzw. verändern wird. Bei partieller Angleichung der Lebensverhältnisse wird es zu einer Verfestigung bestehender Ungleichheiten zwischen den Alten in Ost und West kommen, so daß es auf Jahre hinaus zwei „deutsche Alter“ geben wird. Aus den aktuellen und absehbaren Problemen ergeben sich spezifische Aufgaben für die Altenpolitik in den neuen Ländern; zugleich gehen von diesen Impulse aus, die für Innovationen und Reformen in Gesamtdeutschland